

Erbfreunde

**Deutschland und Frankreich
im 21. Jahrhundert**

Herausgegeben von Wolfgang Bergsdorf,
Manuela Spindler, Wolfram Vogel,
Heinrich H. Kill und Sergej Lochthofen

Ringvorlesung der Universität Erfurt in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Erfurt und dem Deutsch-Französischen Institut, Ludwigsburg.
Präsentiert von der Thüringer Allgemeinen.

© Universität Erfurt 2006 | Verlag der Bauhaus-Universität Weimar

Druck: Druckhaus Gera GmbH

Umschlaggestaltung: diverse, München; Michael Diebold

Redaktion: Charlotte Bensch

Satz: Rahel Ueding

Fotos: Archiv Universität Erfurt, Homepage FH Erfurt (Naumann) und privat (Vogel).

Umschlagfoto: Unterzeichnung des Elysée-Vertrages in Paris 1963.

© Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

ISBN: 1-23456-789-0

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Corine Defrance Sozio-kulturelle Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland nach 1945	7
Adam Krzemiński Der polnische Blick auf Deutschland und Frankreich	25
Frank Baasner Die Rolle der Sprachen in Europa	37
Ulrich Pfeil Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990	53
Daniel Vernet Das „Non“ der Franzosen zur EU-Verfassung. Europa als Geisel der Innenpolitik	73
Jürgen Liminski Familienpolitik à la français: Was wir von Frankreich lernen können und was nicht	83
Jean-Luc Bredel Neue Aspekte der Kulturpolitik Frankreichs	103
Andreas Naumann Auf der Suche nach Arkadien	115

Etienne François	127
„Erinnerungsorte“ im Vergleich Deutschland und Frankreich	
Wolfram Vogel	145
Die Rolle Deutschlands und Frankreichs für die EU-Verfas- sung	
Autorenverzeichnis	162

Vorwort

Der Begriff der „Erbfeinde“ ist uns allen geläufig. Auch wenn er nie die breiten Bevölkerungsschichten beiderseits des Rheins durchdrungen hatte, bezeichnete er bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts das Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen – ein Verhältnis, das generationenübergreifend durch Jahrhunderte kriegerischer Auseinandersetzungen gekennzeichnet war.

Heute genießen Deutschland und Frankreich eine privilegierte Sonderbeziehung in Europa. Der Begriff der „Erbfreundschaft“ als Spiegelbild der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 ist trotz aller wissenschaftlich unzulässigen Verkürzung treffend. Er impliziert, dass die engen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen beider Länder eine Dimension angenommen haben, die unabhängig vom politischen Führungspersonal tradiert werden können.

Das Fundament dieser Erbfreundschaft liegt einerseits in einem historisch einmaligen Aussöhnungsprozess zwischen ehemaligen Kriegsgegnern begründet. Andererseits mündete die enge Bindung zwischen Deutschland und Frankreich aber auch in eine Schlüsselfunktion beider Länder für den Fortgang der europäischen Integration, eine „Schrittmacherrolle“, die gerade auch in einer EU der 27 Mitgliedstaaten von zentraler Bedeutung ist. „Deutschland und Frankreich im 21. Jahrhundert“ – so der Untertitel der Ringvorlesung – wird vor dem Hintergrund sowohl ihrer bilateralen als auch gesamteuropäischen Dimension zu einer hochrelevanten Problematik der politischen Diskussion.

Wie vielschichtig die Beziehungen beider Länder zueinander sind, welche Bedeutsamkeit sie im europäischen Kontext entfalten, zeigen die Beiträge der Erfurter Ringvorlesung im Sommersemester 2006. Die deutsch-französischen Beziehungen werden dabei in ihrer ganzen Bandbreite und aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert: von ihren sozio-kulturellen Aspekten nach 1945, dem Verhältnis Frankreichs zur ehemaligen DDR, über die Rolle beider Länder für die EU-Verfassung bis zum polnischen Blick von außen auf das oft dominant auftretende „Tandem“. Daneben werden ausgewählte Politikfelder wie die Sprach-, Kultur-, Erinnerungs- und Familienpolitik beleuchtet und die Unterschiede zum deutschen Nachbarn herausgearbeitet.

Wir, die Herausgeber, danken der Rednerin und den Rednern der Reihe, die engagiert vortrugen, sich den Fragen des Publikums stellten und ihre Beiträge anschließend für die Publikation überarbeiteten. Die Thüringer Allgemeine begleitete die Reihe publizistisch. Zu danken ist Oberbürgermeister Ruge und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung Erfurt für den schönen Rathausfestsaal als Veranstaltungsort und die freundliche, flexible und professionelle Unterstützung bei der Durchführung der Vortragsreihe. Dem Universitätsverlag der Bauhaus-Universität Weimar gebührt Dank für die Veröffentlichung dieses Buches in schöner Qualität und in bewundernswert kurzer Frist. Wie bei allen Bänden, so gilt auch hier wieder, dass ohne die freundliche Unterstützung der Sparkassenfinanzgruppe die Publikation nicht zustande gekommen wäre. Nicht vergessen werden darf Charlotte Bensch, die die Veranstaltungen vorbereitete und organisatorisch begleitete. Frau Bensch betreute zudem mit viel Engagement diese Veröffentlichung. Ihr und allen anderen Mithelfenden gilt unser ausdrücklicher Dank.

Wolfgang Bergsdorf
Präsident der Universität Erfurt

Manuela Spindler
Staatswissenschaftliche Fakultät, Internationale Politik, Universität Erfurt Heinrich

Wolfram Vogel
Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg

Hermann Kill
Rektor der Fachhochschule Erfurt

Sergej Lochthofen
Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen

Sozio-kulturelle Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland nach 1945*

Die Initiative, die General de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer ergriffen, war ein Akt des Mutes und der Vision. Diese beiden herausragenden Staatsmänner ermöglichten es unseren beiden Ländern, den Teufelskreis der Konflikte, des Hasses und der Rachgier zu durchbrechen, indem sie beide Länder aufforderten, sich ihrer Schicksalsgemeinschaft klar bewusst zu werden. In dem von ihnen vorgezeichneten Weg lernten Deutschland und Frankreich allmählich, sich zu verstehen, zusammenzuarbeiten und Bande einer wirklichen Solidarität zu knüpfen.¹

Mit diesen Worten gab Jacques Chirac wenige Tage vor dem 40. Geburtstag des Élysée-Vertrages im Jahre 2003 die interpretatorische Richtung dieses Ereignisses vor. Alles scheint also mit dem Élysée-Vertrag von 1963 angefangen zu haben und darüber hinaus mit dem Kanzler und dem General. Das ist eine typische Art und Weise, den Primat der Politik und des staatlichen Handelns zu betonen. Kann sich wirklich die Versöhnung auf einen von Staatsmännern vorangetriebenen Prozess zwischen zwei Staaten reduzieren lassen? Gegen diese Personalisierung historischer Prozesse wenden sich sämtliche Wissenschaftler, weil sie ausblendet, welchen wichtigen Beitrag weitere Politiker wie der französische Regierungschef Robert Schuman (1886–1963) oder der deutsche SPD-Politiker Carlo Schmid (1896–1979) und andere für die deutsch-französische Annäherung leisteten und weil sie die Rolle der nicht-staatlichen Akteure übersieht.²

* Vortrag gehalten am 2. Mai 2006 im Rathausfestsaal Erfurt.

1 Chirac, Jacques, „Mit gebündelter Kraft. 40 Jahre Freundschaft können den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der EU stärken“, in: *Rheinischer Merkur*, 3/15.1.2003.

2 Defrance Corine/Pfeil, Ulrich (Hg.), *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945–1963–2003*, München 2005, S. 7–41.

Und das Thema der sozio-kulturellen Beziehungen stellt insbesondere die Frage nach den verschiedenen, staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren: unter diese letztgenannte Kategorie sind offiziöse – oft professionelle – Milieus und private Akteure – Individuen oder Organisationen – zu zählen. Diese privaten Akteure waren Kulturvermittler zwischen beiden Ländern und haben sich für die transnationale Verständigung und Annäherung engagiert, ein Engagement, das verschiedene Formen annehmen konnte.³ Die Mittler werden auch durch ihre Verankerung in der Zivilgesellschaft gekennzeichnet, die eine Sphäre von gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen bezeichnet, die explizit keine politische Funktion und nicht direkt durch den Staat kontrolliert werden, auf seine Aktionen jedoch Einfluss nehmen bzw. sie ergänzen können. Diese Organisationen sind dabei wesentlich mehr als Koordinierungsstellen privater Interessen, sondern verfügen über kollektive Identitäten. Ihr Handeln zielt auf den Informationsfluss und die Kontaktaufnahme in einem transnationalen Kontext ab.

Der maßgebliche Einfluss der zivilgesellschaftlichen Mittler auf die deutsch-französische Annäherung ist von großer Bedeutung, um diesen Prozess zu verstehen. Diese Perspektive, die die Personalisierung der deutsch-französischen Versöhnung nach 1945 relativiert, will gar nicht die Rolle des Staates in den gesellschaftlichen Beziehungen klein reden. Staaten und Regierungen besitzen jedoch nicht das Monopol und die Vorherrschaft in den sozio-kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Das staatliche Handeln ist stets in seiner Verbindung mit einer Bewegung „von unten“ zu sehen, weil sich Versöhnung nicht von oben „verordnen“ lässt, sondern nur durch eine tiefe Veränderung der Mentalitäten zu erreichen ist.

Deshalb werden in einem ersten Teil die Interaktionsformen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der bilateralen sozio-kulturellen Arbeit dargestellt werden. Im zweiten Teil werden die Ziele, Aufgaben und Aktivitäten der Privatorganisationen beleuchtet und eine sozio-kulturelle Studie dieser Vermittler versucht. In historischer Perspektive bleibt dann noch

3 Marmetschke, Katja, „Mittlerpersönlichkeiten. Neuere biographische Arbeiten zur Mittlerfunktion zwischen Frankreich und Deutschland“, in: *Lendemains*, 25 (2000) 98/99, S. 239–257; Bock, Hans Manfred, „Créateurs, organisateurs et vulgarisateurs. Biographies de médiateurs socio-culturels entre la France et l'Allemagne au XXe siècle“, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 33 (2001) 4, S. 453–467.

eine weitere wesentliche Frage zu klären: warum sind die bilateralen Annäherungsversuche der Zwischenkriegszeit gescheitert, die auch eine starke zivilgesellschaftliche Komponente hatten, und warum ist es nach 1945 gelungen, eine dauerhafte Versöhnung zwischen den beiden Völkern zu verankern? Welcher Lernprozess wurde auf beiden Seiten durchlaufen, um nach den Erfahrungen aus den 1920er und 1930er Jahren die Sache nun besser zu machen?

1. Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure zwischen Konkurrenz, Rivalität und Kooperation

Ab 1945 besaß die französische Besatzungsmacht wie die weiteren drei Alliierten eine besondere Verantwortung für das besiegte Deutschland. Dabei galt es, „das deutsche Volk umzuerziehen“,⁴ wie es damals hieß. Die Deutschen sollten über die notwendige Entnazifizierung hinaus zur Demokratie erzogen und aus ihrer Isolierung herausgeholt werden. Die zuständigen Stellen der französischen Militärregierung wie auch eine Reihe von Personen „mit gutem Willen“ verstanden sehr schnell, dass neben Zwangsmaßnahmen auch ein Weg gefunden werden musste, um der fatalen so genannten „Erbfeindschaft“ ein Ende zu bereiten und die Bevölkerung in die deutsch-französische Annäherung aktiv einzubinden. Diese Annäherung sollte zudem der beste Garant für die Sicherheit Frankreichs sein, die die französischen Verantwortlichen zu gewährleisten hatten. In diesem Rahmen organisierte die Abteilung für „Jugend und Sport“ der französischen Militärregierung die ersten Jugendtreffen der Nachkriegszeit auf deutschem Boden, bei denen sie auf den Beitrag von nicht-regierungsamtlichen Akteuren setzte. Zu diesen aus der Zivilgesellschaft stammenden Mitarbeitern gehörte Joseph Rovon (1918–2004), der sich auf dem Gebiet der „Volkserziehung“ schon engagiert hatte. Ab 1947 akzeptierte er, für die Abteilung „Jugend und Sport“ zu arbeiten, weil er dachte, dass dieser Umweg durch eine offizielle Stelle für seine Mission und die Durchsetzung seiner Ziele fruchtbar sein könnte.⁵

4 Defrance, Corine, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin, 1945–1955*, Straßburg 1994; Zauner, Stefan, *Erziehung und Kulturmission Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949*, München 1994.

Wer waren damals die Privatorganisationen, die mit der französischen Militärregierung zusammenarbeiteten? Die ältesten sind das *Bureau international de liaison et de documentation (BILD)* und seine deutsche Zwillingsschwester, die *Gesellschaft für Übernationale Zusammenarbeit (GÜZ)*, die Ende 1945 von dem Jesuitenpater Jean du Rivau (1903–1970) gegründet wurden. Sie editierten (und editieren noch heute) die beiden Zeitschriften *Documents* und *Dokumente*, die als Kommunikationskanäle über den Rhein hinweg konzipiert waren.⁶

Die zweite Verständigungsorganisation auf französischer Seite war das *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle*, das das Bulletin *Allemagne* editierte und sich zu einer Drehscheibe der zivilgesellschaftlichen Aussöhnungsarbeit entwickelte. Es wurde 1948 von dem Philosophen Emmanuel Mounier (1905–1950) gegründet. Alfred Grosser (geb. 1925) und seine Mutter wurden als Generalsekretär und Schatzmeisterin die tragenden Kräfte des Komitees. Bewusst agierte diese Organisation außerhalb der Militärregierung, akzeptierte aber, mit der Militärregierung für die Organisation von Veranstaltungen zusammenzuarbeiten.⁷ Noch im Jahre 1948 wurde auf deutscher Seite durch Privatinitiative (Theodor Heuss, Fritz Schenk und Carlo Schmid) die erste zivilgesellschaftliche Organisation gegründet: das *Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg*.⁸

Mehrere Annäherungsorganisationen wurden Ende der 1940er bis Anfang der 1950er Jahre auf beiden Seiten gegründet. Diese Vereine können als Pionierorganisationen und Wegbereiter der deutsch-französischen Annäherung betrachtet werden. Doch darf auch nicht aus dem Auge verloren wer-

den, dass zu diesem Moment für die privaten Akteure allerhöchstens die Zeit der *Annäherung* gekommen war. Es wäre ein Anachronismus zu behaupten, dass sie sich bereits der Versöhnung verschrieben hätten. In der öffentlichen Meinung wurde weiterhin ein weitgehend negatives Bild vom anderen gezeichnet. Der Annäherungsprozess erforderte sehr viel Hartnäckigkeit und Kreativität seiner Protagonisten. Lucien Tharradin, der Bürgermeister von Montbéliard, schrieb 1950 in dem Bulletin *Allemagne*: „Auf Haß kann nichts aufgebaut werden, und jene, die sich heute am unversöhnlichsten zeigen, gehören vielleicht zu denen, die am besten vor dem Unterdrücker gekrochen sind.“⁹

Ab 1948 hat die Kulturabteilung der Militärregierung immer mehr mit den französischen und deutschen Privatorganisationen kooperiert. Eine wichtige Etappe war das europäische – aber in erster Linie deutsch-französische – Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951. Diese riesige Zusammenkunft (ungefähr 35.000 Teilnehmer) markiert den „Staffelwechsel“ von der Militärregierung zu den privaten Jugendorganisationen.¹⁰

Andererseits ist diese Zeit die Phase der „Normalisierung“ der französischen Kulturpolitik in der Bundesrepublik, die von dem *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle* bereits 1951 als Banalisierung und Rückkehr zu den traditionellsten Formen der auswärtigen Kulturpolitik auf Kosten der interkulturellen Kommunikationsarbeit kritisiert wurde. Die internationalen Begegnungen wurden zurückgefahren, und gerade die Zahl der Jugendaustauschprogramme sank erheblich.

Von Gegenseitigkeit konnte in den deutsch-französischen Kulturbeziehungen jedoch zum damaligen Zeitpunkt noch nicht gesprochen werden; vielmehr mussten sich die Westdeutschen bzw. die Bundesrepublik nach 1949 den reziproken Charakter in dieser bilateralen Beziehung erst erarbei-

- 5 Rovan, Joseph, *Erinnerungen eines Franzosen, der einmal Deutscher war*, München 2000; Bock, Hans Manfred, „Wiederbeginn und Neuanfang in den deutsch-französischen Gesellschafts- und Kulturbeziehungen 1949 bis 1955“, in: *Lendemains*, 21 (1996) 84, S. 58–66.
- 6 Gurvel, Michel, „Le fondateur Jean du Rivau“, in: *Documents*, 45 (1990) 1, S. 125–131; Mézières, Raïssa, „Documents, revue des questions allemandes et l'idée européenne, 1945–1949“, in: *Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin* (Université de Paris I–Panthéon-Sorbonne), 5 (1998), S. 33–50; Ménudier, Henri, „La revue Documents et le BILD“, in: *Passerelles et Passeurs* (Hommages à Gilbert Krebs et Hansgerd Schulte), Asnières 2002, S. 233–256.
- 7 Grosser, Alfred, *Une vie de Français. Mémoires*, Paris 1997; Albrecht, Carla, „Das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle als Wegbereiter des Deutsch-Französischen Jugendwerks“, in: *Lendemains*, 27 (2002) 107/108, S. 177–189.

- 8 Bock, Hans Manfred (Hg.), *Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg*, Opladen 1998.
- 9 Tharradin, Lucien, „Rencontre de Maires français et allemands à Stuttgart“, in: *Allemagne*, 8 (1950).
- 10 Plum, Jacqueline, „Das Europäische Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951: Ein jugendpolitischer Einigungsversuch“, in: *Lendemains*, 27 (2002) 107/108, S. 190–201; dies., *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1955. Das Beispiel der Jugendbewegungen und privaten Organisationen*, Doktorarbeit, Universität Bonn (Prof. Dr. Klaus Hildebrand), Juli 2004.

ten. Ein erster Schritt dahin war die Einrichtung des Generalkonsulats der Bundesrepublik in Paris im Juli 1950, das den Beginn der deutschen Kulturarbeit in Frankreich ermöglichte. Eine wichtige Etappe in dem Prozess der Gleichberechtigung sollte die Unterzeichnung eines Kulturabkommens sein. Es wurde am 23. Oktober 1954 unterzeichnet und markierte eine paradoxe Wende, weil sie auch für den Beginn einer Durststrecke in den bilateralen Kulturbeziehungen, zumindest auf zwischenstaatlicher Ebene (wegen der Sprachenfrage) steht. Noch 1963 konnte die offizielle kulturelle Zusammenarbeit im Sog des Kulturabkommens keinerlei Erfolgsbilanz vorweisen. Zum Beispiel verzögerte sich weiterhin die Einrichtung von deutschen Kulturinstituten in Frankreich. Darüber hinaus hatte die Unterzeichnung des Kulturabkommens viele Sorgen und Empörung bei den zivilgesellschaftlichen Austauschorganisationen hervorgerufen. Sie äußerten im Oktober 1954 ihre Besorgnis darüber, dass das Kulturabkommen erneut die klassischen zwischenstaatlichen Kulturbeziehungen favorisieren würde und sich der Staat des Primats auf diesem Feld bemächtigen wolle. Aus diesem Grund begannen sie sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in Frankreich zusammenzuschließen, um eine bessere transnationale Kooperation und Koordination zu gewährleisten.¹¹

Die Bilanz der Kulturbeziehungen auf zwischenstaatlicher Ebene war weit davon entfernt, die Erwartungen auf beiden Seiten zu befriedigen. Doch konnte der deutsche Botschafter in Paris im Dezember 1963 auf die „Exponentialkurve“ des bilateralen Austausches im Verlauf der vorausgegangenen zehn Jahre hinweisen.¹² Diese Feststellung betraf jedoch in erster Linie die er-

heblichen Fortschritte, die die zivilgesellschaftlichen Partner dies- und jenseits des Rheins in der Zwischenzeit gemacht hatten. Zusammenfassend können wir daher feststellen, dass der Zeitabschnitt zwischen 1949 und 1963 trotz aller Schwierigkeiten und mentaler Barrieren eine sehr wichtige Zeit für die Intensivierung des Erfahrungsaustausches darstellte. Eine neuartige Konzeption transnationaler Kommunikation zeichnete sich ab, die ihren Niederschlag dann im Élysée-Vertrag fand.

So stellt das Jahr 1963 keine wirkliche Zäsur für die gesellschaftlichen Beziehungen und die Versöhnung dar, sondern bedeutet in vielerlei Hinsicht ein Ergebnis des bisher Erreichten. Der Élysée-Vertrag wirkte dann jedoch wie ein Katalysator, indem er den verschiedenen Formen des bilateralen Austausches neue Impulse gab. Fünf Jahre später konnte eine durchaus positive Bilanz gezogen werden. Strukturelle Ungleichgewichte waren ausgeglichen und man konnte von Reziprozität sprechen: Zu erinnern sei hier nur kurz an die Einweihung des Deutschen Hauses in der Cité Universitaire im Jahre 1956, an die Eröffnung der DAAD-Außenstelle in Paris im Dezember 1963, an den Aufbau eines Netzes von Goethe-Instituten in Frankreich, der 1963 gerade erst angefangen hatte, an die Umwandlung der Deutschen Historischen Forschungsstelle in ein Bundesinstitut im Jahre 1964, dem heutigen Deutschen Historischen Institut, an die Zunahme der Begegnungen und der Städtepartnerschaften nach 1963.¹³

11 Defrance, Corine, „Les relations culturelles franco-allemandes dans les années cinquante. Acteurs et structures des échanges“, in: Miard-Delacroix, Hélène, Hudemann, Rainer (Hg.), *Wandel und Integration: deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre*, München 2005, S. 241–256; dies., „Es kann gar nicht genug Kulturaustausch geben“: Adenauer und die deutsch-französischen Kulturbeziehungen 1949–1963“, in: Schwabe, Klaus (Hg.), *Adenauer und Frankreich, 1949–1963. Stand und Perspektiven der Forschung zu den deutsch-französischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur*, Rhöndorfer Gespräche, vol. 21, Bonn, 2005, S. 137–162; Bock, Hans Manfred, „Private Verständigungs-Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich 1949 bis 1964 als gesellschaftliche Entstehungsgrundlage des DFJW“, in: ders. (Hg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963–2003*, Opladen 2003, S. 13–37.

12 Botschaft der BRD in Paris an das AA, 3.12.1963; Politisches Archiv/Auswärtiges Amt [PA/AA], B 94, Bd. 1199.

13 Bock, Hans Manfred, „Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen“, in: Alter, Peter (Hg.), *Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftige Aufgaben*, Bonn 2000, S. 196–217; Zinied-Brand, Victoria, *Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Français in Deutschland seit 1945*, Frankfurt a. M. 1999; Michels, Eckard, „Vom Glück der verspäteten Arbeitsaufnahme: die Anfänge des Goethe-Instituts in Paris“, in: *Lendemains*, 26 (2001) 103/104, S. 97–107; Werner, Karl Ferdinand, *Deutsches Historisches Institut 1958–1983. Institut Historique Allemand*, Paris 1983; Paravicini, Werner (Hg.), *Das Deutsche Historische Institut Paris. Festgabe aus Anlaß der Eröffnung seines neuen Gebäudes, des Hôtel Duret de Chevry*, Sigmaringen 1994; dies., „Du franco-allemand à l'histoire européenne: L'Institut historique allemand de Paris depuis 1964“, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, 162 (2002), S. 150–156.

Hervorgehoben werden soll in diesem Zusammenhang auch das im Juli 1963 gegründete Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW), dessen Organisation eine funktionale Verbindung zwischen privaten Initiativen und staatlicher Repräsentanz ausweist. Auf dieser institutionellen Grundlage vollzog sich ab 1963 der größte Teil der sozio-kulturellen Austauschvorgänge zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Die Gründung des DFJW markiert den Anfang der seit 1963 steigenden Institutionalisierung der bilateralen Kulturbeziehungen.¹⁴

Wenn wir nun zu einer ersten Schlussfolgerung kommen wollen, dann bleibt festzuhalten, dass bei der deutsch-französischen Annäherung nicht alles von den staatlichen Akteuren geleistet wurde und nicht alles im Jahre 1963 anfang. Wenn wir den „Mythos 1963“ dekonstruieren wollen, sollten wir aber zugleich aufpassen, nicht neue Mythen zu konstruieren. Die These von Bernard Lallement, Präsident des Vereins der französisch-deutschen Gesellschaften, dass der tiefe Versöhnungs- und Freundschaftswillen bei Deutschen und Franzosen im Jahre 1945 bereits existiert habe, weil sich beide als „Opfer des gleichen kriminellen Irrsinns fühlten“¹⁵, verfälscht genauso die damalige Realität. 1945 war es noch zu früh, um von „Versöhnung“ zu sprechen: Die größten Optimisten erahnten vielleicht eine Annäherung, doch war der künftige Weg für die Gesellschaften auf beiden Seiten des Rheins noch weit. Sicherlich war die Entwicklung ermutigend, aber man sollte sich davor hüten, sie überzubewerten. So blieb die Zahl der Partnerschaften noch sehr bescheiden. Acht Jahre nach der Unterzeichnung der ersten „jumelage“ im Jahre 1950 hatten sich nur 25 weitere Städte verschwistert, eine Zahl, die allein genommen auf die Schwierigkeiten hinweist, denen sich der Abschluss einer deutsch-französischen „Städtepartnerschaft“ ausgesetzt sah.¹⁶

14 Bock, Hans Manfred (Hg.), *Deutsch-Französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963-2003*, Opladen 2003, S. 13–37; Bock, Hans-Manfred/Pfeil, Ulrich, „Kulturelle Akteure und die deutsch-französische Zusammenarbeit: Formen, Ziele, Einfluß“, in: Defrance/Pfeil (Hg.), (Anm. 2), S. 215–234.

15 Lallement, Bernard, „Vous avez dit: société civile?“, in: *Documents*, 54 (1999) 5, S. 96–102.

16 Defrance, Corine, „Les premiers jumelages franco-allemands, 1950-1963“, in: *Lendemains*, 21 (1996) 84, S. 83–95.

Die Bewertung der Rolle der verschiedenen Akteure bei der bilateralen Annäherung und Versöhnung hat vor kurzem zu einer Kontroverse unter den Historikern geführt. Der Bonner Historiker Ulrich Lappenküper bekräftigt, dass nicht die Kultur und nicht die Wirtschaft eine enge deutsch-französische Verständigung bewirkt hätten, sondern einzig die Politik.¹⁷ Diese These legt aber ein autoritäres Politikverständnis zugrunde und ist deshalb anfechtbar. Mentalitätsveränderungen können nicht regierungsamtlich verordnet werden, sondern stellen sich als langwieriger Lernprozess dar, der auf unterschiedlichen Ebenen verläuft. Zugleich kann eingewandt werden, dass es neben den unbestrittenen politischen Erfolgen (Schuman-Plan) auch Spannungen (Saarfrage) und eklatante Misserfolge gab, und hier sei nicht zuletzt an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) erinnert, die im August 1954 von der französischen Nationalversammlung abgelehnt wurde, so dass der französische Hochkommissar André François-Poncet gar jegliche Hoffnung auf eine deutsch-französische Versöhnung aufgeben wollte.¹⁸ Zweifels- ohne hat der Schuman-Plan das Tor zur Annäherung aufgeschlagen, doch bleibt es erklärungsbedürftig, warum die gerade angesprochenen Probleme in den deutsch-französischen Beziehungen während der 1950er Jahren nicht auf die Gesellschaften beider Länder durchschlugen. Eine entscheidende Antwort ist in den sozio-kulturellen Banden zu finden, die sich in den 1950er Jahren zwischen der Bundesrepublik und Frankreich entwickeln konnten, so dass das Bild vom „Erbfeind“ auf dem Müllhaufen der Geschichte blieb.

17 Lappenküper, Ulrich, „Primat der Außenpolitik. Die Verständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich 1949–1963“, in: Conze, Eckart/Lappenküper, Ulrich/Müller, Guido (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln 2004, S. 45–63; ders., *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*, 2 Bände, München 2001.

18 Bericht von André François-Poncet, 30. Juni 1954, in: *Les rapports mensuels d'André François-Poncet, Haut-Commissaire français en Allemagne 1949–1955*, veröffentlicht von Hans Manfred Bock, 2 Bände, Paris 1996, S. 1200.

2. Überblick über die Verständigungsvereinigungen

2.1 Ein neuer Ansatz: der erweiterte Kulturbegriff

Mehrmals wurde schon angedeutet, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure eine innovative Konzeption der Kulturarbeit zu der damaligen Zeit entwickelt hatten. Das Ziel ihrer Arbeit lag darin, breite Kreise der Bevölkerung (Techniker, Journalisten, Lehrer, Gewerkschafter usw.) aus verschiedenen gesellschaftlichen Tätigkeitsbereichen in ihre Arbeit einzubeziehen, damit sie die französischen und deutschen „Realitäten“ kennen lernen. Alfred Grosser beschrieb es folgendermaßen und kann daher als ein Urheber des so genannten erweiterten Kulturbegriffs bezeichnet werden:

Die Definition des Wortes Kultur müsste so erheblich erweitert werden. Es handelt sich nicht nur um Literatur und Kunst, sondern auch um Jugendarbeit, Bildung, Kinovereine, Wahlsoziologie und Gemeindeverwaltung [...]. Um das andere Land zu verstehen, genügt es nicht, seine Weine zu verkosten und seine Musik zu hören. Man muss auch wissen, welchen ökonomischen, sozialen und politischen Problemen es gegenübersteht.¹⁹

Zweifelsohne liegt in der sich daraus ergebenden Erweiterung der Klientel der größte Unterschied zum „intellektuellen Locarno“ aus der Zwischenkriegszeit. Trotz aller kultureller Zusammenarbeit zwischen gewissen deutschen und französischen Eliten blieb dieser von den Regierungen der beiden Länder veranlasste Annäherungsprozess nur eine zerbrechliche Fassade. Es gelang nicht, das Bild vom Nachbarn zu verändern, das weiterhin vom „Erbfeind“ durchdrungen war. Zudem kam der alte Hass wieder an die Oberfläche, als die ersten politischen und diplomatischen Erschütterungen Anfang der 1930er Jahre und stärker noch nach der „Machtergreifung“ Hitlers 1933 das bilaterale Verhältnis belasteten.²⁰

19 Vermerk von Alfred Grosser für Roger Seydoux, Generaldirektor für kulturelle und technische Angelegenheiten, 6.2.1957, von dem eine Kopie im Auswärtigen Amt erhalten ist, PA/AA, B. 90, Bd. 204.

20 Bock, Hans Manfred u.a. (Hg.), *De Locarno à Vichy, les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930*, Paris 1993.

In den 1950er Jahren waren diese neuen Formen transnationaler Beziehungen jedoch noch kein allgemeiner Konsens, sondern mussten zwischen regierungsamtlichen und nicht-staatlichen Akteuren ausgehandelt werden. Die verschiedenen Diskussionen dokumentieren dabei die Bemühungen, den Begriff der Kultur neu zu definieren. Mit zeitlicher Verzögerung, aber nachweisbar bereits ab Anfang der 1960er Jahre fanden diese Ideen dann jedoch Schritt für Schritt auch Eingang in die konzeptionellen Überlegungen der bundesdeutschen Kulturpolitiker.

2.2 Was waren die Formen der Kulturarbeit?

Um nun eine Typologie der Privatorganisationen zu erstellen, wollen wir einen Blick auf ihre Aktivitäten richten. Bei den größeren Vereinen, wie dem *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle* und *BILD* handelte es sich in erster Linie um Institutionen, die gezielt Austausch und Begegnung organisierten. Ihr Aktionsfeld richtete sich aber vor allem an die Jugend und die Mittler. Die wichtigsten dieser Organisationen veröffentlichten Zeitschriften oder Bulletins, die ihnen zum einen die Möglichkeit gaben, ihre Aktivitäten in die Öffentlichkeit zu tragen, zum anderen aber auch ihre Konzeptionen darzulegen sowie über die Geschehnisse im Nachbarland zu berichten.

Weniger kennen wir die Verständigungsaktivitäten der lokalen Verbände. Sie waren zweifellos bescheidener: deutsch-französische Wochen, kleine Ausstellungen, punktuelle Vorträge. Leider wissen wir bislang nur wenig über ihr Funktionieren, ihre Aktivitäten und das Publikum. Das sichtbarste Resultat dieser Arbeit war die Anbahnung einer beachtlichen Anzahl von Städtepartnerschaften. Die Städtepartnerschaft ist symptomatisch für den Neuanfang nach 1945, denn sie diente der Demokratisierung transnationaler Beziehungen und wollte mit dem Elitismus der ersten Nachkriegszeit brechen. Diese Form des Austausches ging zwar über den deutsch-französischen Rahmen hinaus, doch die größte Verbreitung fand er in dem bilateralen Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Frankreich.²¹ Im Mittelpunkt bei den Treffen standen Kontakte zwischen der Jugend und den Jugendbe-

21 Palayret, Jean-Marie, „De la CECA au Comité des Régions. Le Conseil des Communes et des Régions d'Europe. Un demi-siècle de lobbying en faveur de l'Europe des Régions“, in: Bitsch, Marie Thérèse (Hg.), *Le fait régional et la construction européenne*, Brüssel 2003, S. 85–113; Bock, Hans Manfred,

gleitern. Im Gegensatz zur aktuellen Situation war in der Anfangsphase der Austausch auf wirtschaftlicher Ebene noch nicht so entwickelt.

Der eigentliche Aufschwung der Städtepartnerschaften setzte mit dem Jahr 1958 ein. Bis 1963 verfünffachte sich ihre Zahl (130), und 1969 zählte man ca. 400 Städtepartnerschaften. Im Jahre 1981 konnte die 1.000. Städtepartnerschaft gefeiert werden. Heute zählen wir ca. 2.500 zwischen deutschen und französischen Städten und Kommunen, so dass etwa drei Viertel der deutschen und französischen Bevölkerung in einem Ort wohnt, der mit einem Ort auf der anderen Seite des Rheins freundschaftlich verbunden ist. So gelang es über die Jahre, die Idee der deutsch-französischen Verständigung tief in den Gesellschaften der beiden Länder zu verankern.

2.3 Wer sind die sozio-kulturellen Vermittler?

Auch wenn wir heute sehr viel mehr über die Mechanismen der deutsch-französischen Verständigung wissen, so bleiben doch weiterhin wichtige Grundfragen unbeantwortet: Wo sind die sozialen, kulturellen, professionellen und geographischen Ursprünge zu suchen? Welcher politischen Partei standen die Träger der Annäherung nahe und welchen individuellen Parcours hatten sie zurückgelegt, um sich schließlich für die deutsch-französische Aussöhnung zu engagieren?

Wieder einmal wissen wir das meiste über die bekannten Mittlerpersönlichkeiten. Allgemein lässt sich für Frankreich feststellen, dass diejenigen, die bereits sehr früh bereit waren, dem „neuen Deutschland“ die Hand zu reichen, dem Linkskatholizismus und dem europäischen Föderationsgedanken verbunden waren, die in einem engen Wechselverhältnis zueinander standen. Zu nennen sind hier der Philosoph Emmanuel Mounier, Joseph Rován und Jean Moreau.²² Auf deutscher Seite kamen die Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung zumeist aus dem katholisch-rheinländischem Milieu aus dem Umkreis Adenauers: Anzuführen sind hier Elsie Kühn-

„Europa von unten? Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepartnerschaften“, in: Jünnemann, Annette/Richter, Emanuel/Ullrich, Hartmut (Hg.), *Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt/M. 1994, S. 13–35.

- 22 Bock, Hans Manfred, „Gesellschaftliche Neubegründung interkulturellen Austauschs. Ur-, Vorgeschichte und Struktur des Deutsch-Französischen Jugendwerks 1949–1963“, in: *Lendemains*, Nr. 107/108, 2002, S. 139–145,

Leitz, Gründerin des Vereins der deutsch-französischen Gesellschaften, eine der beiden wichtigsten Dachorganisationen der Verständigungsverbände; ein anderer war Eugen Ewig, junger Historiker bzw. Mediävist aus dem katholisch-abendländischen Milieu und Gründungsvater der Deutschen Historischen Forschungsstelle in Paris; nicht zu vergessen auch der erste diplomatische Vertreter Bonns an der Seine, Botschafter Wilhelm Hausenstein.²³ Mit Ausnahme von Carlo Schmid tat sich die sozialdemokratische Opposition schwer in diesem Kreis.²⁴ Auf bundesdeutscher Seite gab es aber in der unmittelbaren Nachkriegszeit allgemein keine herausragenden Mittlerpersönlichkeiten, die Rován oder Grosser das Wasser reichen konnten. Angemessener scheint es daher, von „Ansprechpartnern“ zu sprechen. Diese Asymmetrie erklärt sich mit dem politischen Kontext: Nach dem Trauma der deutschen Besetzung und dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschlands war einzig die französische Seite in der Lage, den Trägern des Demokratisierungsprozesses in Westdeutschland die Hand zu reichen.

Wenn man nun die Lebensläufe der Mittler betrachtet, fällt auf, dass die Erfahrung des Widerstandes eine wichtige Rolle spielt: Diese wird von zahlreichen Mitgliedern des *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle* geteilt, so der Germanist Edmond Vermeil oder der Schriftsteller Vercors (1902–1991). So lässt sich konstatieren, dass das Engagement der Kulturmittler für die deutsch-französischen Beziehungen zumeist aus dem Geist ihres Engagements in der Résistance entstand. Diese Erfahrung verbindet sich oft mit den Erfahrungen, die nicht wenige in den Konzentrationslagern machten: Ich denke hier vor allem an Jean du Rivau, den späteren Gründer des *BILD*, der als Widerstandskämpfer ab 1944 in Mauthausen und Dachau einsaß; auch an Joseph Rován, der als Résistant verhaftet und im Juli 1944 nach Dachau deportiert wurde; genannt sei abschließend Jean Tharradin, der Bürgermeister von Montbéliard, der drei Erfahrungen kombiniert: zuerst Kriegsgefangener in Deutschland (1940), dann Widerstandskämpfer (ab

hier S. 142; Chenaux, Philippe, *Une Europe vaticane? Entre le Plan Marshall et les traités de Rome*, Brüssel 1990.

- 23 Reuss, Peter-Matthias, *Die Mission Hausenstein (1950–1955)*, Sinzheim 1995; Lappenküper, Ulrich, „Wilhelm Hausenstein – Adenauer erster Missionschef in Paris“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 635–678.
- 24 Bock, Hans Manfred, „Vom Beruf des kulturellen Übersetzens zwischen Deutschland und Frankreich, oder: Verzagen die Mittler?“, in: *Lendemains* 22 (1997) 86/87, S. 1–19, hier S. 12.

1942), und schließlich die Deportation in das KZ Buchenwald ab Oktober 1943. Diese Widerstandskämpfer verfügten selbstverständlich über die größte moralische Legitimation, um den Deutschen – den deutschen Demokraten – die Hand zu reichen. Ihre Schicksale verdeutlichen, dass die KZ – Orte des Leidens und des Todes – zugleich Orte der Begegnung zwischen ausländischen deportierten Widerstandskämpfern und internierten deutschen Demokraten waren, die ein gemeinsames Erlebnis teilten, sich kennen und bisweilen auch schätzen lernten.

Neuere Forschungsergebnisse zeigen zudem, dass sich ehemalige Kriegsgefangene und ihre Organisationen auch relativ schnell für die deutsch-französische Annäherung engagierten und vollwertige Akteure auf diesem Feld waren. Ab Dezember 1952 akzeptierte die *Fédération mondiale des Anciens Combattants* den Kontakt zu den deutschen Organisationen ehemaliger Kriegsgefangener. Der Historiker François Cochet vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass die Kenntnis und das Verständnis für den ehemaligen Gegner aus der Gefangenschaft resultierte, so dass nicht wenige ehemalige Kriegsgefangene ihre Ressentiments hinten anstellten und dem ehemaligen Feind zumeist früher als die Organisationen der ehemaligen Deportierten die Hand zur Versöhnung reichten. Ihren Höhepunkt erreichte diese Phase zwischen 1957 und 1963 und drückte sich u. a. in der Anbahnung von Städtepartnerschaften aus. Die Städtepartnerschaft zwischen Saint-Étienne und Wuppertal aus dem Jahre 1962 ist ein Beispiel dafür.²⁵

Eine weitere Frage betrifft die Nationalität der Mittler und ihre grenzüberschreitenden Erfahrungen. Es ist sicherlich kein Zufall, dass die beiden wichtigsten Mittlerpersönlichkeiten, Joseph Rovani und Alfred Grosser, deutsche Emigranten sind, die die französische Staatsbürgerschaft angenommen hatten. Genauso wenig scheint es ein Zufall zu sein, dass die einflussreichste Mittlerpersönlichkeit auf deutscher Seite, Carlo Schmid, Kind deutsch-französischer Eltern war und somit über eine doppelte Kulturerfahrung ver-

25 Cochet, François, „La captivité de 1939–1945 et les jumelages des villes: du rêve au réveil“, in: Caucanas, Sylvie/Cazals, Rémy/Payen, Pascal (Hg.), *Les prisonniers de guerre dans l'histoire. Contacts entre peuples et cultures*, Paris 2003, S. 293–304.

26 Weber, Petra, „Die deutsch-französischen Beziehungen im Spiegel von Autobiographien: Zum historischen Quellenwert der Erinnerungen Carlo Schmidts und Joseph Rovans“, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 33 (2001) 4, S. 469–486.

fügte.²⁶ In dieser Hinsicht erscheinen neue Studien dringlich, die sich mit dem Engagement bzw. dem Nicht-Engagement von Kindern für die deutsch-französische Kooperation beschäftigen, die aus deutsch-französischen Beziehungen stammen, d.h. während der deutschen Besatzung Frankreichs (auch Kinder von französischen Zwangsarbeitern in Deutschland/STO) und der französischen Besatzung eines Teils von Deutschland nach 1945 gezeugt wurden (Alfred Grosser bezeichnete die deutsch-französischen Ehen als „Human-kapital“ für das bilaterale Verhältnis).²⁷

Wir wissen heute nur wenig über die Rolle der ehemaligen französischen Zwangsarbeiter in Deutschland oder über die ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, die nach ihrer Freilassung in ihrem Gastland blieben. Ungefähr 140.000 ehemalige Kriegsgefangene entschieden sich Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre für Frankreich,²⁸ doch ist der Kenntnisstand über ihr Eintreten für die deutsch-französische Annäherung bis heute unzulänglich. Diese Feststellung überrascht nur wenig, konzentrierte sich die historische Interesse in den letzten Jahren doch vor allem auf die bekannten Mittlerpersönlichkeiten, deren Aktivitäten auf ihrem intellektuellen Kapital und ihrer großen Reputation beruhten. Dabei blieb das individuelle Engagement der „einfachen Leute“ weitgehend im Schatten der Forschung.

2.4. Die unterschiedlichen Phasen

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg markieren die Zeit der Pioniere, die bis in die 1950er Jahre hohe Hindernisse zu überwinden hatten. So lässt sich diese Zeit als die Jahre der historischen Mittler bezeichnen, die oft mit dem Willen ihre Sache verfolgten, eine historische Mission erfüllen zu müssen: die deutsch-französische Versöhnung.

Erst Ende der 1950er Jahre und mit besonderer Dynamik nach Unterzeichnung des Elysée-Vertrages stieg die Zahl der deutsch-französischen Ver-

27 *Es begann mit einem Kuß. Deutsch-alliierte Beziehungen nach 1945*, hg. vom Alliierten Museum, Berlin 2005, S. 35.

28 Théofilakis, Fabien, „Les prisonniers de guerre allemands en mains françaises au sortir de la Seconde Guerre mondiale: gestion et enjeux“, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 36 (2004) 3/4, S. 383–398. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es ca. eine Million deutsche Kriegsgefangene in Frankreich. Während des Krieges weilten 1,6 Millionen französische Kriegsgefangene in Deutschland, davon blieb eine Million bis zum Ende des Krieges.

einigungen und der Städtepartnerschaften auf exponentielle Weise. Für die 1960er Jahre können wir getrost von einem „goldenen Zeitalter“ der deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen sprechen, das zumindest auf quantitativer Ebene bis zur Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges anhielt. Trotz dieser Erfolgsbilanz verliefen diese Jahre nicht ohne Höhen und Tiefen. Ab Ende der 1960er Jahre wussten die Pioniere, dass die missionarische Epoche beendet war, denn die Mission der Annäherung war erfüllt. Das *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle* zog daraus die Konsequenzen und löste sich im Jahre 1967 selbst auf.

Mitte der 1970er Jahre brach eine Zeit neuer Fragen und Probleme an: Auf quantitativer Ebene entwickelten sich die westdeutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen weiterhin erfreulich, doch nicht wenige fragten sich nach der Qualität der Begegnungen. Alfred Grosser sprach mit Blick auf das DFJW von „Massenwandern statt nachdenken“. Diese Bemerkung galt auch für die Städtepartnerschaften, die zunehmend unter einem qualitativen Schwund litten. Der Grund dafür liegt in der Aufteilung der Aufgaben in der Nachkriegszeit.²⁹ Für ein gewisses Erschlaffen spricht auch die Tatsache, dass in den 1970er und 1980er Jahren verschiedene Organisationen von der Bildfläche verschwanden oder in einen Schlummerzustand zurückfielen.

Anfang der 1980er Jahre entstand bei den französischen und deutschen Intellektuellen- und Kulturmilieus der Eindruck, dass die Kultur im Vergleich zu Wirtschaft und Politik zum Stiefkind in den deutsch-französischen Beziehungen geworden war: Es verbreitete sich das Gefühl nicht ausreichender Kenntnisnahme der geistigen und kulturellen Entwicklungen im jeweiligen Partnerland. Etliche vertraten folglich die Auffassung, dass der Élysée-Vertrag im kulturellen Bereich nicht all seine Früchte getragen habe.³⁰ Die beiden Regierungen reagierten ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mit einer starken Institutionalisierung der Kulturbeziehungen: so entstanden der Fernsehkanal *Arte*, der deutsch-französische Kulturrat, das Hochschulkolleg, das 1999 zur deutsch-französischen Hochschule umgewandelt wurde, und die deutsch-französische Filmakademie, oder heutzutage das gemeinsame deutsch-franzö-

29 Vgl. Bock (Anm. 21); Picht, Robert, „Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen seit 1871“, in: Düwell Kurt/Link, Werner, *Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871*, Köln 1981, S. 185–202, hier S. 196.

30 Defrance, Corine, „Warum ist die Kultur nicht Gegenstand des Élysée-Vertrages?“, in: Defrance/Pfeil, (Anm. 2), S. 175–191.

sische Schulbuch für den Geschichtsunterricht. Damit stellt sich die Frage nach der Rolle der privaten Akteure in den bilateralen Beziehungen, die sich durch die neue Welt- und Europaordnung neu strukturieren muss.

Zusammenfassung

Seit über zehn Jahren gibt eine gewisse „freundschaftliche Gleichgültigkeit“ in den bilateralen Beziehungen Anlass zu Sorge: „Während das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland auf staatlicher Ebene exzellent ist, ignorieren sich die beiden Gesellschaften. Warum?“, so fragte sich die französische Tageszeitung *Le Monde* am 23. Januar 2004. Die „Basis“ scheint nicht mehr zu folgen. Bereits im Jahre 1998 hatte das Haus der Geschichte in Bonn bei der Vorbereitung der Ausstellung „Vis-à-vis: Deutschland-Frankreich“ das Desinteresse junger Menschen am Alltag der deutsch-französischen Zusammenarbeit notiert.³¹ Gleichzeitig berichtete die Zeitschrift *Documents* vom Eindruck eines deutlichen Epochenwandels und einer Banalisierung der bilateralen Kontakte. Dieser Zustand kann mit dem „zeitlichen und mentalen Abstand zum Zweiten Weltkrieg und zum Kalten Krieg“ erklärt werden: „Die Motivation für ein Engagement wird wahrscheinlich in Zukunft weniger von dem Willen bestimmt werden, die gemeinsame Vergangenheit zu überwinden, sondern von dem Willen, eine gemeinsame Zukunft zu gestalten.“³² Und das französische „Nein“ bei der Europa-Abstimmung im Frühling 2005 wird die Gestaltung dieser gemeinsamen Zukunft noch schwieriger machen.

1998 war auch das Jahr des Potsdamer Gipfels, bei dem die beiden Regierungen einen Appell an die Zivilgesellschaft formuliert hatten, sich „voll und ganz für die Neubelebung dieser Beziehungen einzusetzen“.³³ Dieser Appell wurde übrigens nicht von denen begrüßt, an die er sich richtete. Bernard Lallement gab zu bedenken:

31 Stirken, Angela, „Vis-à-vis: côte à côte, coexistence, confrontation. Objectif, concept et réalisation de l'exposition“, in: *Vis-à-vis: Deutschland – Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte, Bonn 1998, S. 13–19, hier S. 13.

32 Démerin, Patrick, „L'état des relations franco-allemandes. Une enquête réalisée par Documents, introduction“, in: *Documents*, 53 (1998) 4, S. 23–25, hier S. 23.

Wenn die Regierungen davon ausgehen, dass die Aktivitäten der Deutsch-Französischen Gesellschaften integraler Bestandteil ihrer eigenen deutsch-französischen Politik sind, wie sie immer wieder behaupten, und wenn sie sie ermutigen wollen, neuen Schwung zu entwickeln, dann müssen sie ihnen spezielle Mittel zu diesem Zweck zur Verfügung stellen.³⁴

Aber zugleich ist auch darauf zu achten, dass der Aufruf zu einer neuen Mobilisierung der einen nicht zu einem Desengagement der anderen führt. Die Reorganisation der Instituts français in Deutschland und der Goethe-Institute in Frankreich und anderen westlichen Ländern zur Jahrtausendwende schürte neue Ängste: So sollte das Maison de Tübingen in Aix-en-Provence (gegründet 1991) die Schließung des Goethe-Instituts in Marseille kompensieren, und im Jahre 2001 erklärte das französische Außenministerium nach der sehr kontroversen Schließung des Institut français, dass das Maison de Montpellier in Heidelberg die Kontinuität der französischen Präsenz in der Neckarstadt garantieren würde.³⁵ Gleichzeitig wurde die Sorge vorgebracht, dass die Verstärkung der transnationalen Aktivitäten von Städten, Gemeinden, Ländern und Regionen sowie die Kooperationen im Grenzgebiet die staatliche Ebene dazu bewegen könnte, ihr Engagement weiter zurückzufahren. Wirkliche Dynamik entwickeln die deutsch-französischen Beziehungen jedoch erst – und das ist eine Lehre aus dem Élysée-Vertrag – wenn Staat, Länder, Kommunen, Mittlerpersönlichkeiten und die vielen zivilgesellschaftlichen Akteure an einem Strang ziehen.

33 Vgl. die deutsch-französische Erklärung am Ende der Gipfelgespräche in Potsdam vom 1.12.1998 in: Jardin, Pierre/Kimmel, Adolf (Hg), *Les relations franco-allemandes depuis 1963*, Paris 2001, S. 470–472.

34 Lallement (Anm. 15) S. 96–102.

35 Ménudier, Henri, „La réforme des réseaux culturels. Les Instituts Français en Allemagne. Les réformes de 2001 et 2002“, in: *Documents*, 56 (2001), 2, S. 4–9, und in der gleichen Ausgabe: Védrine, Hubert, „La réorganisation du réseau culturel français en Allemagne“, S. 10–12.

Adam Krzemiński

Der polnische Blick auf Deutschland und Frankreich*

Deutschland und Frankreich aus polnischer Perspektive: Darüber zu sprechen ist eine schwierige Aufgabe. Wenn man die Geschichte im Jahre 1989 beginnen lässt und alles davor Liegende ausblendet, dann war bis vor kurzem die Welt völlig in Ordnung. Die polnische Strategie war einfach: Man wollte in die NATO, und man wollte in die Europäische Union. Die NATO sollte militärische Sicherheit geben, die Europäische Union den zivilisatorischen Aufstieg bringen. Vehikel der Annäherung Polens an den harten Kern, also an die Alt-EU-Länder Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten war das „Weimarer Dreieck“. Das „Weimarer Dreieck“ wurde im Sommer 1991 von drei Außenministern in Weimar proklamiert, sozusagen als Platzhalter für Polen, das nicht mehr die Sicherheit des inzwischen aufgelösten Warschauer Paktes hatte und noch nicht die Sicherheit der NATO. Das war zur Zeit des Janajew-Putsches in Moskau, als es einige Tage lang aussah, als ob eine Roll-back-Aktion der Sowjets – noch gab es die Sowjetunion – einsetzen könnte. Polen erhielt mit dem „Weimarer Dreieck“ so etwas wie eine förmliche Sympathiebekundung der Westeuropäer. Aber das deutsch-polnisch-französische „Weimarer Dreieck“ war ein informelles Gremium. Es sollte eine Übung, eine Vorstufe der Annäherung Polens an die EU sein. Es sollte Polen das Gefühl geben, irgendwann einmal in den transatlantischen Strukturen aufgehoben zu sein. Warum ein „Weimarer Dreieck“? Weil die Polen die deutsch-französischen Erfahrungen seit den 70er Jahren als ein Modell der Versöhnung, der Freundschaft, des Dialogs und auch der Teilung der nationalen Souveränität verstand, ein Modell, das zu kopieren wäre. Nicht nur für die deutsch-polnischen Beziehungen, sondern zukünftig vielleicht auch für die polnisch-ukrainischen, die polnisch-litauischen, die polnisch-weißrussischen, also überall dort, wo die Beziehungen Polens zu den östlichen Nachbarn mehr oder weniger belastet waren. Das deutsch-französische Modell war bereits in den 70er und 80er Jahren, also noch lange vor der

* Vortrag gehalten am 9. Mai 2006 im Rathausfestsaal Erfurt.

Wende, schon in der Zeit der ersten Ost-Politik der SPD und der FDP mit Willy Brandt und Helmut Schmidt, mit vielen institutionellen Brückenschlägen kopiert worden. Es gab zum Beispiel 1974 die Schulbuchkommission nach dem deutsch-französischen Modell, und Ende der 70er Jahre entstanden viele Städtepartnerschaften. All das waren Kopien der institutionellen Bindungen, die es auch zwischen Deutschland und Frankreich gab. Was es nicht gab, das war der Jugendaustausch, ein deutsch-polnisches „Jugendwerk“. Man sprach darüber, aber die damalige kommunistische Regierung hatte Angst vor einem massiven Jugendaustausch mit Westdeutschland. Mit der DDR gab es natürlich einen Austausch – wie der von-statten ging, steht auf einem anderen Blatt, aber es waren immerhin Hunderttausende, wenn nicht Millionen DDR-Jugendliche, die nach Polen fuhren und umgekehrt –, aber mit Westdeutschland begann das „Jugendwerk“ erst in den 90er Jahren. Zusammenfassend könnte man sagen: So wie die Erbfeindschaft der Franzosen und Deutschen in Freundschaft übergegangen war seit dem Elysée-Vertrag, den Adenauer und de Gaulle in den 60er Jahren unterzeichneten, so wurde im Jahre 1990/91 auch die deutsch-polnische Interessengemeinschaft proklamiert.

Und dennoch stimmt dieser Vergleich hinten und vorne nicht. Man braucht sich nur die Potenziale der drei Länder vor Augen zu halten. Während Deutschland und Frankreich über Jahrhunderte in ihrer feindlichen Konstellation letztendlich gleichwertige Gegner waren – mal fielen im 17. Jahrhundert die Franzosen in das Heilige Römische Reich Deutscher Nation ein, mal fielen die Preußen und die Deutschen in Frankreich ein –, so kann man das im polnischen Falle nicht behaupten. Polen war schlicht nicht existent im 19. Jahrhundert. Die preußische Historiographie hat diese Tatsache ausgeradiert, nicht nur aus der Geschichte Europas, sondern auch aus dem deutschen historischen Bewusstsein, nicht nur dem der Preußen, sondern später, nach der Vereinigung Deutschlands 1871, auch aus dem historischen Bewusstsein der Nation. „Polen“ war eine ethnische Gruppe, ein geographischer Begriff, geteilt zwischen drei Großmächten. Niemand rechnete mit Polen als einem relevanten Nachbarn, der souverän sein könnte. Aus dieser historischen Position heraus von den Deutschen als gleichberechtigter Nachbar anerkannt zu werden, war nicht einfach. Dafür brauchte es fast das ganze 20. Jahrhundert, mit Weltkriegen, mit Vertreibungen, mit Vernichtungen, mit Zerstörungen.

Die polnisch-französischen Beziehungen dagegen sind anders gelagert. Es gab in Polen seit der napoleonischen Zeit eine große Affinität zu Frankreich. Frankreich war die einzige Ordnungsmacht – oder Mächtegern-Ordnungsmacht – in Europa, auf die man in Polen setzte. Wir singen bis heute in der polnischen Nationalhymne, dass wir von Napoleon lernen wollen, wie man siegt. Diese Bewunderung Frankreichs ist ein Ergebnis des 19., zum Teil auch schon des 18. Jahrhunderts. Bereits während der Französischen Revolution gab es diese Bewunderung in Polen, und noch vor der endgültigen Zerschlagung des polnischen Staatswesens gab es eine starke Affinität zu Frankreich, zur Zeit der Girondisten, aber auch zur Zeit der Jakobiner, noch vor der Dritten Teilung und vor dem Kościuszko-Aufstand. Dann, unter Napoleon, setzte sich dieser Glaube an Frankreich fort. Man glaubte, dass Napoleon zuerst Preußen und Österreich und schließlich auch Russland schlagen würde. Auf diese Weise könnte Polen als Staatswesen auf die europäische Bühne zurückkehren. Die Affinität existierte auch noch im 20. Jahrhundert: Im Ersten Weltkrieg gab es in Frankreich polnische militärische Verbände, und noch in Versailles hat Frankreich polnische Wünsche und Ansprüche unterstützt. Mit den Jahren 1938, 1939 und 1940 kam dann die endgültige Zäsur in der polnischen Orientierung auf Frankreich. Nachdem Frankreich nach dem Überfall Hitlers im September 1939 Polen im Stich ließ und nur formal den Krieg erklärte, und nachdem es sich dann aus dem Krieg zurückzog, ist es für die Nachkriegsgeneration, zu der ich gehöre, aber auch für die Jüngeren, nicht mehr die Macht, auf die man setzen wollte und könnte – obwohl es nach wie vor verdeckte Affinitäten gibt, eine Sehnsucht nach einem gewissen französischen Autoritarismus, von dem man nicht so gerne spricht. Wir sprechen von der französischen Freiheitsliebe, von der republikanischen Tradition, aber es gibt auch eine parallele französische Tradition, nämlich die Tradition eines autoritären, äußerst zentralisierten Staates. Angefangen mit den Bourbonen, dann unter den Jakobinern, unter Napoleon, auch unter der Vichy-Regierung, gehört dieser Zug zur französischen Staatstradition. De Gaulle, der auch polnische Erfahrungen hatte, nahm sich, was man in Frankreich nicht gerne zugibt, in einigen Dingen Piłsudski zum Vorbild. Piłsudski, der polnische Staatsgründer, hatte 1926 einen Staatsstreich erfolgreich durchgeführt. De Gaulle kannte Polen. Er war vor dem Krieg als junger Offizier in Polen, und einiges in der französischen Verfassung, der de Gaulle'schen Verfassung, ähnelt diesem autoritären Vorbild

aus der polnischen Zwischenkriegszeit auf verblüffende Weise. Heute findet man gerade bei den polnischen Rechten und Konservativen den Wunsch, das Modell des zentralisierten französischen Staates zu kopieren. Hierin besteht ein Konflikt, in dem wir uns sehr oft befinden, wenn wir mit Deutschen und Franzosen sprechen, nämlich: Welches Staatsmodell wollen wir? Die Deutschen raten den Polen, das Land so aufzubauen wie die Bundesrepublik gebaut ist, das heißt stark regionalisiert, also auf polnisch: mit starken Wojwodschaften, und dezentralisiert, weil das einfach besser funktioniert. Die Franzosen raten umgekehrt zu einem zentralisierten Staat. Der Präsident solle alles in der Hand haben. Auf der rechten Seite der polnischen Politik, beim jetzigen Präsidenten Lech Kaczyński, gibt es die klare Tendenz, die Befugnisse eines französischen Präsidenten auch nach Polen zu übertragen, das heißt, den Präsidenten zu stärken und das Parlament zu schwächen. Dafür gibt es zwar keine guten Gründe, aber genaue Vorstellungen, warum man das so machen sollte.

Mit dieser Skizze wird deutlich, wie der Blick Polens auf die beiden Kernländer Europas ist. Einerseits möchte man dazugehören, und man nimmt dafür eine längere Anlaufphase hin. Auf der anderen Seite sieht man, dass die beiden Staaten mit den beiden Gesellschaften und den beiden Geschichten, der französischen und der deutschen, nicht gleich sind. Man muss also differenzieren, man kann sich auswählen, welches Modell einem besser passt. Damit kommen wir zu der eigentlichen Frage: Was ist die Rolle Polens in diesem „Weimarer Dreieck“, in diesem harten Kern? Gibt es diesen harten Kern überhaupt noch? Was ist voriges Jahr passiert, als die europäische Verfassung abgelehnt wurde? Ist das nur ein Zufall der Geschichte, oder ist damit vielleicht auch die ganze Vorstellung einer Vertiefung der Europäischen Union erst einmal ad acta gelegt? Nicht, weil die Verfassung abgelehnt wurde, sondern weil sie so abgelehnt wurde, in einem Referendum, fast als rote Karte für eine bestimmte Philosophie der europäischen Vereinigung, vielleicht auch der Osterweiterung. Spielte bei der französischen Ablehnung der Verfassung die Innenpolitik eine Rolle? In einem zentralistischen Staatsmodell hat der Bürger keine andere Möglichkeit, dem Präsidenten zu schaden. Da wählt man die erstbeste Gelegenheit – und ein Referendum ist eine gute Gelegenheit –, ihm zu zeigen, dass man seine Politik nicht stützen will. Oder verbarg sich dahinter auch eine Ablehnung des außenpolitischen Konzepts der Osterweiterung? Das kommt nicht von ungefähr. Die Verfassung geht auf

eine deutsch-französische Initiative zurück. Ich erinnere an die von Joschka Fischer im Jahr 2000 begonnene wichtige Debatte über die Finalität der Europäischen Union, also die Gerinnung der europäischen Strukturen in einer absehbaren Zeit, mit dem Ziel, die erweiterte EU mit 25, 30, 32 Mitgliedern funktionsfähig zu erhalten und sie zu einer wirklichen Einheit zu machen. Nach dieser Debatte kam es zum Verfassungskonvent, und in diesem Konvent spielten die Franzosen die Hauptrolle. Beim Streit um die Präambel ging es nicht wirklich um die Anrufung Gottes, sondern es ging um die französische Sicht der Geschichtsphilosophie. In der ersten Fassung der Präambel fand sich eine ziemlich einfach gestrickte französisch-aufklärerische Auffassung der europäischen Geistesgeschichte. Der erste Satz lautete: „Europa ist der Hort der Humanität.“ Punkt. Keine zwei Weltkriege, kein Massenmord, nichts. Aus französischer Sicht haben wir als Europäer keinen Grund, uns überhaupt für etwas zu schämen und etwas zu bewältigen. Die Präambel pries nur die Glorie und zählte die Gründe für einen europäischen Stolz auf, sie sagte nichts vom europäischen Kolonialismus und den anderen dunklen Seiten in der europäischen Geschichte. Alles atmet französischen Triumphalismus. Gegen diese Präambel regte sich starker Widerstand in Ostmitteleuropa, weil wir eine völlig andere Geschichte Europas kennen. Wir Polen, Tschechen, Ungarn, Ukrainer – die zwar nicht dazugehören –, wir ostmitteleuropäischen Juden können keine triumphalistische Geschichte Europas skizzieren, wir können nicht sagen, wir sind stolz. Wir sind nicht nur nicht stolz, wir sind entsetzt angesichts der europäischen Geschichte des letzten Jahrhunderts. Wir wissen, dass die Vereinigung Europas eine Reaktion auf die europäischen Katastrophen war, und dieses Bewusstsein finden wir in der französischen Lesart der Geschichte nicht. In der deutschen Lesart dagegen ist dieses Bewusstsein da. Unabhängig von dem Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen und anderen Meinungsverschiedenheiten wissen wir Polen und die Deutschen, dass wir uns unsere Geschichte vergegenwärtigen und ihrer Opfer gedenken müssen. Wie wir das tun, ob zusammen oder getrennt, und wo, ob in Berlin, Breslau oder Görlitz, ist gleichgültig. Wir wissen, dass wir uns der Geschichte stellen und sie bewältigen müssen (dieses deutsche Wort haben wir in den polnischen Debatten der 80er und 90er Jahre übernommen). Es gibt also zwei verschiedene Perspektiven, einerseits den Triumphalismus, der zu uns aus Frankreich kommt, auf der anderen Seite das Bewusstsein des Verbrechens.

Das Konzept funktionierte mehr oder weniger bis zum 11. September 2001. Die Polen wussten, dass sie in Deutschland einen Anwalt für die eigenen Bestrebungen hatten, in die EU und in die NATO aufgenommen zu werden. Sie wussten auch, dass eine Aufnahme in die NATO ohne Amerika nicht geht, und die Aufnahme dort war einfacher und schneller zu bekommen als die Aufnahme in die EU. Wir wussten, dass die Widerstände in Frankreich größer waren als in Deutschland, was zum Teil verständlich war, denn Polen ist weit weg, und in Frankreich gibt es Ängste, dass die Osterweiterung der Europäischen Union die französische Vorreiterrolle und die Rolle Frankreichs als informelle Führungsmacht in Europa schmälern würde. Das war schon zu erkennen in den Versuchen Mitterrands, Polen einen Ersatz für den Beitritt anzubieten, einen Ersatz für die NATO, die OSZE und die Europäische Union – damals noch die EWG – in Form einer Assoziation oder Erweiterung ohne Erweiterung. Dennoch wurde dann auf Druck zum Teil auch aus Deutschland das Datum 2000 genannt. Sowohl Chirac als auch Kohl kamen 1995 nach Warschau und kündigten an, dass Polen 2000 Mitglied der Europäischen Union sein werde. Sie haben sich nicht um viele Jahre geirrt: drei Jahre später war es soweit. Aber die Welt war mittlerweile völlig verändert. Wir hatten den 11. September, und die direkten Reaktionen in Polen, in Deutschland und in Frankreich waren zuerst vergleichbar, nämlich eine Identifikation mit den Amerikanern. *Le Monde* schrieb: Wir sind alle Amerikaner –, aber man stand gerade drei Monate zu dieser Parole. Dann begann ein Streit auf zwei Ebenen. Die eine Ebene war: Inwiefern können wir EU-Europäer oder wir NATO-Mitglieder unterschiedlicher Meinung sein und dennoch weiterhin partnerschaftliche Politik betreiben? Kann es bei aller Differenzierung auch so etwas wie eine europäische Außen- bzw. Sicherheitspolitik geben, in Umrissen zumindest? Und die zweite Ebene war 2002, als die Beitrittsverhandlungen schon abgeschlossen waren, die Frage, inwiefern man den alten westeuropäischen Strukturen, dem Elysée-Vertrag, neue Strukturen überstülpt. Im Jahre 2002 näherte sich der 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages. Die deutschen Politiker waren dafür, diese Gelegenheit zu nutzen, den Elysée-Vertrag um einen dritten Partner zu erweitern und damit faktisch das „Weimarer Dreieck“ nicht nur symbolisch zu sehen, sondern ihm einen formalisierten Rahmen zu geben. Dazu kam ein absolutes „Non“ aus Paris. Die deutsch-französische Ehe dulde keinen Nebenbuhler. Die Deutschen wichen zurück, und die Polen wurden nicht mehr eingeladen zu

den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag, obwohl auch das noch im Gespräch war.

Das war im Januar 2003, schon nach dem Abschluss der Verhandlungen in Kopenhagen. Bis 2003 also funktionierte die deutsch-polnische Interessengemeinschaft vorzüglich. Am 7. Dezember 2000, zum 30. Jahrestag des Kniefalls und der Unterzeichnung des zweiten Grenzvertrags (den ersten hatte die DDR 1950 unterzeichnet), enthüllte Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammen mit dem polnischen Ministerpräsidenten in Warschau eine Gedenktafel. Anschließend flog er direkt nach Nizza, wo er eindeutig polnische Belange vertrat. Dort entstand der „Nizza-Vertrag“, für den die Polen dann „bereit sein sollten zu sterben“, nach dem Spruch eines polnischen Politikers. Zwei Jahre später, im Herbst 2002, gelang es in letzter Minute in Kopenhagen aufgrund der guten Beziehungen Schröders und des damaligen polnischen Ministerpräsidenten Leszek Miller, Polen finanziell zu helfen, weil die polnischen Unterhändler nicht gemerkt hatten, dass ihnen eine Milliarde Euro fehlte für die Eigenfinanzierung der Finanztransfers aus der EU nach dem Beitritt. Diese Milliarde bekamen sie, weil Gerhard Schröder sie dem französischen Staatspräsidenten aus der Tasche ziehen konnte. Zwei Wochen später war der 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages. Man hörte kein Wort darüber. Eine Woche später kam der „Brief der Acht“, mit dem acht EU-Mitgliedstaaten und NATO-Mitglieder Amerika in der Irak-Krise unterstützten. Dieser Brief wurde den Deutschen und den Franzosen nicht zur Einsicht gegeben, eine absichtliche Brüskierung seitens der Ideengeber dieses Briefes, der Amerikaner, Spanier und Briten. Die Polen haben ihn auch unterzeichnet, waren aber nicht die Ideengeber. Seit diesem „Brief der Acht“ trat eine Umkehrung der bisherigen Allianzen ein. Chirac sagte rüde: „Solange die keine Ahnung von der großen Politik haben, sollen sie ihr Maul halten“ – er meinte die „Polaken“ und die Tschechen und die anderen. Damit entstand als Ersatz für das „Weimarer Dreieck“ das „Petersburger Dreieck“, Frankreich, Deutschland und Russland mit Putin als dem großen Friedensfreund – im Vergleich zu dem Kriegshetzer Bush. Wir fanden uns in zwei Hemisphären wieder. Polen gehörte seitdem zum „neuen“ Europa, wie es der amerikanische Verteidigungsminister nannte, die Kerneuropäer dagegen, Deutschland und Frankreich, bekamen einen neuen Freund in Moskau. Die nächsten drei Jahre bis 2005 brachten eine klare Verschlechterung der Beziehungen innerhalb des Dreiecks. Das war am 9. Mai 2005 in Moskau zu sehen: Da wurde beobach-

tet, wer wo saß und wie er von wem empfangen wurde oder wie man mit wem sprach, und noch schlimmer war es zum 750. Jahrestag der Gründung Königsbergs, als Putin, der russische Staatspräsident, die beiden Freunde aus Paris und Berlin nach Kaliningrad einlud, aber nicht die unmittelbaren Nachbarn dieser russischen Exklave, also nicht den litauischen Staatspräsidenten und nicht den polnischen Staatspräsidenten. Die beiden Alliierten haben das akzeptiert. Sie dachten wohl: „Wir haben nicht eingeladen, also was sollen wir uns darum scheren, wie Putin mit den Polen umgeht?“

Das war im Sommer 2005. Heute sind wir in der nächsten Phase, der Phase des Streites um die Gas-Pipeline, die über die Ostsee Polen umgeht und ihm wirtschaftlich schadet. Dafür werden in Polen zum Teil – nach meiner Meinung absurde – historische Vergleiche herangezogen. Der polnische Verteidigungsminister sagte vor einiger Zeit in Brüssel, das sei die Fortsetzung der Politik von Hitler und Stalin im August 1939. Man sieht, wie weit weg wir uns von der Interessengemeinschaft bewegt haben, in der wir vermeintlich oder tatsächlich in den 90er Jahren lebten.

Zum Schluss möchte ich die heutige Situation skizzieren, die uns auch in den nächsten Jahren noch beschäftigen wird. Alle drei Länder, Deutschland ebenso wie Frankreich und Polen, stellen meiner Ansicht nach für die EU ein Problem dar. Welches Problem ist Frankreich? Da ist zum einen die Ablehnung der Verfassung, eine faktische Ablehnung der Ost-Erweiterung durch die Bevölkerung, wofür das Bild des polnischen Klempners steht, „le plombier polonais“. Aber dahinter verbirgt sich mehr, eine tiefe Verstörung des französischen Selbstverständnisses nach dem Zerfall des Kommunismus, nach der Vereinigung Deutschlands und nach der Ost-Erweiterung; eine Unsicherheit über die künftige Rolle Frankreichs. In Frankreich beobachten wir dieselbe retardierende Phase wie in vielen europäischen Ländern, Deutschland und Polen inklusive, eine Re-Nationalisierung der politischen Strategien. Chirac spricht vom Wirtschaftspatriotismus, ein Wort, das man auch umdrehen kann: Wirtschaftsegoismus. Ähnliche Worte hörten wir bei der Ratifizierung des Verfassungsvertrages im deutschen Bundestag. Es waren SPD-Politiker – aber auch CSU-Politiker –, die zwar nicht vom „plombier polonais“, aber von einem gefährlichen Fliesenleger sprachen. Das zeigt, dass es auch hierzulande die soziale Angst gibt vor der Gefahr, die aus dem Osten kommt in Gestalt hunderttausender Arbeitswilliger, die die deutschen und französischen Arbeitsmärkte überflu-

ten. Gleichsam als neue Entdeckung wurden die nationalen Interessen betont; von Gerhard Schröder hörten wir, dass die deutsche Politik in Deutschland gemacht werde – als ob das jemand beanstanden würde –, wir hörten auch vom „deutschen Weg“. Zugleich sind aber – und das ist zu erwähnen, damit das Bild nicht ganz so trüb aussieht – die Meinungsumfragen in Polen erstaunlich positiv für Deutschland und die Deutschen. Heute sind wir in Polen mitten in einer Rechtswende. Die Präsidentschaftswahlen 2005 gingen zugunsten des nationalkonservativen Kandidaten, Lech Kaczyński, aus, und die Parlamentswahlen zugunsten der Partei seines Bruders, PiS (Recht und Gerechtigkeit). Die Koalition, die daraufhin zustande kam, mit der „Selbstverteidigung“, einer populistischen Gruppierung, und der „Liga der Polnischen Familien“, einer eminent anti-europäischen Gruppierung, stellt jetzt die Regierungsmehrheit. Sie muss jetzt lernen, sich auch auf dem internationalen Parkett zu bewegen, obwohl sie mit anti-europäischen Parolen – zumindest was die beiden kleineren Parteien betrifft – auf Stimmenfang gingen. Die jüngsten Meinungsumfragen sind dennoch erstaunlich positiv für Deutschland und die Deutschen, in allen drei Bereichen, also in Wirtschaft, Politik und Militär. In der Wirtschaft, obwohl die Polen sehen, dass Deutschland nach der Vereinigung viel an eigener wirtschaftlicher Potenz und auch an Reformfähigkeit verloren hat. Deutschland ist nicht mehr die Nummer 1 beim Pro-Kopf-Einkommen wie 1988 in der alten EWG, es ist nicht mehr die Nummer 6 wie dann 1995 in der EU. Deutschland ist heute die Nummer 11. Es ist nicht mehr das Land des Wirtschaftswunders. Trotzdem steht es in der repräsentativen Meinungsumfrage an erster Stelle der Wirtschaftspartner. An zweiter Stelle stehen die übrigen Europäer, die Amerikaner erst weiter hinten.

Auf der Liste der erwünschten politischen Partner stehen die Deutschen und Deutschland an zweiter Stelle, hinter Amerika. Das zeigt, dass die Affinität zu und die Rückversicherung durch Amerika nicht nur vor dem Hintergrund der polnischen Geschichte verständlich ist, sondern auch wegen der wirtschaftlichen und politischen Mentalität, die es mit sich bringt, dass wir Polen eher „angelsächsisch“ „ticken“, reagieren, denken und funktionieren als „rheinisch“. Die Tradition des „rheinischen Kapitalismus“, der auf starke soziale Sicherheit und Reglementierung baut, aber auch auf reglementierte Gerechtigkeit, ist für einen großen Teil der polnischen Bevölkerung unglaubwürdig. Etwa ein Drittel lehnt dieses Modell ab, sieht es als zu starr an und zieht das amerikanische Modell vor.

Und selbst als militärischer Partner rangiert Deutschland an dritter Stelle. An erster Stelle stehen die USA, die größte und stärkste Macht in der NATO, dann Großbritannien, das ist Tradition schon aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Aber dass die Deutschen an dritter Stelle kommen, das ist schon eine Revolution, wenn man bedenkt, was für eine Wandlung das bedeutet innerhalb von 15 Jahren. Meinungsumfragen in den 60er Jahren ergaben, dass 6 Prozent der Polen Sympathien für Deutsche hatten. Heute sind es 23 Prozent, ein deutlicher Anstieg. An erster Stelle liegen die Tschechen, an zweiter die Franzosen – sie sind beliebt, aber man traut ihnen nicht. Hier gibt es alte Sympathien und alte Sentiments, aber man setzt nicht auf sie, sobald es um politische, wirtschaftliche oder militärische Fragen geht. Dagegen setzt man in Polen durchaus auf die Deutschen, was zeigt, dass in den Gefühlen der polnischen Menschen gegenüber diesem unmittelbaren Nachbarn eine Revolution vonstatten gegangen ist. Das bestätigt auch die Haltung der Polen in den Westgebieten zum Beitritt zur EU, also in den früheren deutschen Ostgebieten, in Pommern, Niederschlesien und im südlichen Teil Ostpreußens. In statistischen Darstellungen wird ganz Polen durchgängig blau, also pro-europäisch gezeigt, aber in diesen eben genannten Gebieten konnte man ganz genau die Umrisslinie der Grenzen von 1939 sehen. Alles, was deutsch gewesen war, zeigte sich dunkelblau. Polen, die heute in Stettin, Trebnitz oder Waldenburg und Liegnitz leben, waren stärker pro-europäisch eingestellt als die Ost-Polen in Przemyśl oder Białystok. Das zeigt, dass die Ängste, mit denen die nationalistisch orientierten Politiker operierten, in der Bevölkerung keinen Widerhall fanden. Und dasselbe war zu beobachten bei der Wahl des Staatspräsidenten. Den am Ende dann doch unterlegenen Kandidaten, Donald Tusk, beanstandeten die Rechten als unpatriotisch, weil sein Großvater zwei Monate lang bei der deutschen Wehrmacht war. Westpolen hat für ihn votiert, nicht, weil die Menschen Sympathien für den Großvater hatten, sondern weil diese Geschichte für sie irrelevant war.

Es gibt also einen enormen Wandlungsprozess in der polnischen Gesellschaft, und das ist für mich nicht nur ein Hoffnungsschimmer, sondern es ist ein Fundament, auf dem man bauen kann. Wir werden die momentane retardierende Phase, eine Phase des rückwärtsgewandten Patriotismus, überwinden, und die Generation, die demnächst zum Zuge kommen wird, wird souverän, selbstbewusst und offen gegenüber den beiden Nachbarn, den Kern-Europäern, auftreten. Die Frage ist, wie sich in den nächsten Jahren

Frankreich und Deutschland entwickeln werden. In amerikanischen „Time“-Magazin fand ich vor kurzem eine sehr positive Einschätzung der französischen Reformen abgedruckt. Vom Fernsehen kennen wir Bilder von Studenten, die wochenlang revoltieren gegen die geplanten Reformen. Die Amerikaner sind offenbar der Ansicht, dass dies nicht so schwer wiegt; es gebe eine typisch französische Art, mit Reformen umzugehen: man sagt zuerst „Non“ und geht auf die Straße, man rebelliert, aber dann arrangiert man sich doch damit.

Wie wird sich Deutschland entwickeln? Das wird in Polen mit einiger Sorge beobachtet, denn wir sind auf Deutschland als dem wichtigsten Nachbarn unmittelbar im Westen angewiesen. Das zeigen alle wirtschaftlichen Daten, das zeigt sich aber auch in der Politik. Interessanterweise hat man sehr auf einen radikalen Wechsel in Deutschland gesetzt bei den Bundestagswahlen im September 2005. Die deutsche Große Koalition ist derzeit ein Modell für eine Große Koalition, die bei uns schon vor ihrem Zustandekommen gescheitert ist. Aber letztendlich kann wahrscheinlich niemand eine Antwort auf die Frage geben, ob Deutschland tatsächlich das so bewunderte Modell, das von Ludwig Erhard in den 50er Jahren geschaffen und dann weiterentwickelt wurde, reformieren wird in eine liberale Richtung, so dass die deutsche Wirtschaft wieder mehr in Bewegung kommt, oder ob die Deutschen sich weiterhin an ein Modell klammern werden, das wir bewundert haben, aber das uns längst überholt scheint. Das ist aber genau die Frage, die man sich in Polen stellt.

Frank Baasner

Mehrsprachigkeit in Europa. Überlegungen unter besonderer Berücksichtigung von Deutsch und Französisch

Die Bildung freier Institutionen ist in einem Land, das sich aus mehreren Nationalitäten zusammensetzt, nahezu unmöglich. Fehlt einem Volk das Zusammengehörigkeitsgefühl, sprechen und schreiben verschiedene Bevölkerungsgruppen gar verschiedene Sprachen, so kann es die für die Funktionsfähigkeit der Repräsentativsysteme unerlässliche Gesamtheit nicht geben.

John Stuart Mill: Betrachtungen über die repräsentative Demokratie (1861), Paderborn 1971, S. 242.

Europa ist Vielfalt. (...) Auch dass die Europäer nicht eine Sprache sprechen, kann uns nicht stören. Die Schweiz liefert uns das klassische Beispiel dafür, dass sprachliche Vielfalt nicht begrenzt, sondern bereichert. (...) Die Mehrzahl der Sprachen ist kein Hemmnis, sondern ein Ansporn.

Walter Hallstein, Die europäische Gemeinschaft, Düsseldorf 1973, S. 112.

Wer mag nun Recht haben? Die Standpunkte könnten unterschiedlicher nicht sein, und eine Vermittlung zwischen beiden Denksätzen scheint mindestens so schwierig zu finden wie der Weg aus der Verfassungskrise, in welche die Europäische Union (EU) mit den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Mai/Juni 2005 geraten ist. Vielleicht ist die Sprachenfrage sogar so tief mit der Entstehung der EU verwoben, dass sie selbst Ursache so mancher Krise in der Fortentwicklung der EU ist.

Die aktuelle Krise der EU hat unterschiedliche Gesichter: Da ist zunächst die mangelnde Geschlossenheit nach außen. Der zentrale Punkt dabei ist, dass wir nicht mit einer Stimme sprechen – und das heißt eben auch nicht mit einer Sprache. Auf den ersten Blick ist diese Situation zwar nicht durch

die Mehrsprachigkeit bedingt. Aber wie soll eine gemeinsame Stimme und Meinung erreicht werden, die sich dann ja durchaus in einer einzigen Sprache äußern könnte (faktisch in Englisch), wenn die Meinungsbildung in so vielen unterschiedlichen Sprachräumen stattfindet? Würde eine gemeinsame Sprache nicht automatisch zu mehr Einheit des politischen Projekts führen?

Es handelt sich um eine Problematik, die unmittelbar an die Substanz des EU-Projekts und des europäischen Selbstverständnisses rührt. Kann die Einheit nur auf Kosten des Verzichts auf kulturelle Vielfalt erreicht werden?

Von Anfang der europäischen Einigungsbewegung an war es eine nie bestrittene Grundregel, dass die kulturelle und vor allem sprachliche Selbstständigkeit aller Mitgliedstaaten gesichert wird. Die Gleichberechtigung aller offiziellen Amtssprachen und noch dazu der Schutz der übrigen (auch regionalen) Sprachen gehört zum grundlegenden Kanon europäischer Politik. Allerdings gibt es eine Kehrseite dieser strahlenden Medaille: Wer die Problematik des Demokratiedefizits der EU ernst nimmt, wird immer wieder auf die sehr gering ausgeprägte europaweite Öffentlichkeit aufmerksam, die ihrerseits einer der Gründe für die wenig ausgeprägte Fähigkeit der EU ist, nach außen mit einer Stimme zu sprechen. Der gemeinsame öffentliche Raum bleibt ein Desiderat. Wir können zwar über eine unbegrenzte Anzahl von Medien aller Art verfügen und dabei in Dutzenden von Sprachen an der Konstituierung von Öffentlichkeit teilhaben, einen für alle EU-Bürger zugänglichen öffentlichen Raum gibt es trotzdem nicht – oder nur zu kleinen Teilen. Dies hängt mit der Vielsprachigkeit der Gesamt-EU zusammen und ebenso mit der Tatsache, dass nur wenige Bürger über ausreichende Sprachkenntnisse in mehreren anderen EU-Sprachen verfügen. Übersetzungen sind ein Weg aus dieser Sackgasse, aber nur dort, wo der politische Wille und das entsprechende Budget da sind, wird flächendeckend übersetzt – in allen anderen Fällen ist die stillschweigende Einigung auf ein international akzeptiertes Basisenglisch die traurige Realität.

Das Paradox lässt sich kurz und knapp auf den Punkt bringen: Auf der einen Seite hält man fast ideologisch an der absoluten Gleichberechtigung aller Amtssprachen fest und fordert eine breite Mehrsprachigkeit (Muttersprache + zwei moderne Sprachen), auf der anderen Seite kommunizieren genau diejenigen, die solche Forderungen erheben, untereinander in einem Englisch, das man der Sprache Shakespeares zuliebe anders nennen sollte.

Neu an der heutigen Situation ist, dass man das Problem der Mehrsprachigkeit auch in der EU nicht mehr so leicht verdrängen kann wie bisher. Mit dem Beitritt von 10 neuen Mitgliedstaaten, zu denen aller Voraussicht nach bald zwei weitere hinzukommen werden, ist die Komplexität der allseitigen Übersetzung derart angestiegen, dass von dem bisherigen System abgewichen werden muss. Für die interne Arbeit wird nun auf EU-Ebene mit so genannten „Relais-Sprachen“ gearbeitet, in die zunächst übersetzt wird und von denen dann wiederum in die übrigen Sprachen gedolmetscht wird. Diese Relaisprachen sind Deutsch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch und Polnisch. Es gibt also plötzlich Sprachen erster und zweiter Ordnung.

Der Moment scheint günstig, um sich ein genaues Bild zu verschaffen, die Diskussion anzuregen und mögliche Optionen für die Zukunft zu skizzieren. In einem ersten Schritt möchte ich in Erinnerung rufen, welche Funktionen Sprachen in der heutigen Gesellschaft (und überhaupt) haben, um dann in Kapitel 2 die heutige Situation auf EU-Ebene genauer in den Blick zu nehmen. Kapitel 3 nimmt die deutsch-französischen Bemühungen um die „Partnersprache“ unter die Lupe, Kapitel 4 schließlich befasst sich mit möglichen Aspekten der weiteren Entwicklung.

1. Die Funktionen von Sprache

Eine ausdifferenzierte Sprache gehört zu den wenigen Dingen, die uns von den meisten Tieren unterscheidet. Die Frage, warum es unterschiedliche Sprachen gibt, hat viele Antworten gefunden, die bei uns bekannteste ist vermutlich die Geschichte vom Turmbau zu Babel. Die Ausdifferenzierung der Sprachfamilien und der Einzelsprachen ist ein langsamer Prozess, bei dem nicht nur unterschiedliche Worte für dieselben Dinge geprägt werden, sondern bei dem die Welterkenntnis und -interpretation unmittelbar und untrennbar mit der sprachlichen Gestaltung der Welterkenntnis verbunden ist. Eine Sprache, die kein Personalpronomen „Ich“ hat, dürfte ein anderes Verhältnis zur Individualität entwickelt haben als die Sprachen, wo dieses Wort zu den ersten gehört, die kleine Kinder lernen. Vergangenheitsformen, Variationen von Singular-Plural, semantische Spezialgebiete, die sich aus der

Lebenssituation der Sprechergruppe ergeben, unterschiedliche Formen im Verhältnis von Mündlichkeit und Schriftlichkeit – die Liste der Bereiche, in denen und durch die unterschiedliche Welterkenntnisformen entstehen, könnte lang fortgesetzt werden. Fest steht, dass es bei Sprache nicht nur um den Austausch von technischen Informationen geht, sondern um einen Beitrag zur Identitätsbildung. Sprachen sind somit Kulturträger über Zeit- und Raumgrenzen hinweg.

Neben diese eher philosophische Ebene tritt die politische Ebene. In der Herausbildung der modernen Staaten hat die jeweilige Sprachsituation eine erhebliche Rolle gespielt. Natürlich gibt es staatliche Gebilde, die mit einer mehrsprachigen Gesellschaft funktionieren – Indien wäre ein solches Beispiel, aber auch Senegal mit Stammes-, Verkehrs- und Amtssprache. Und innerhalb Europas ist es die Schweiz, die stets als Beispiel für ein mehrsprachiges Staatswesen zitiert wird. Häufiger aber, zumindest in Europa, ist die Zusammengehörigkeit durch eine gemeinsame Sprache definiert worden. Dabei gibt es Fälle, wo zuerst die Nationalstaatlichkeit erreicht und dann auf die Gemeinsamkeit der einen Nationalsprache hingearbeitet wurde, durchaus mit harten politischen Maßnahmen (Frankreich ist hierfür das beste Beispiel). Bei der entgegen gesetzten Variante ist zuerst das auf die gemeinsame Sprache aufbauende kulturelle Nationalbewusstsein da, bevor es zu einer Staatenbildung kommt (hierfür können Deutschland und Italien als Beispiel dienen). Für einige Länder ist die politische Unabhängigkeit, die teils erst sehr spät eintrat, gleichbedeutend mit der Anerkennung der eigenen Sprache als Amtssprache (hierfür mag Finnland als Beispiel dienen). In der europäischen Geschichte spielt also die Ausbildung und die Anerkennung von als national definierten Sprachen eine zentrale Rolle. Bis ins 21. Jahrhundert hinein sind zahlreiche Konflikte innerhalb der EU und auch starke regionale Autonomiebewegungen durch die Existenz einer eigenen Sprache gerechtfertigt. Katalonien, das Baskenland und Galizien in Spanien, Korsika in Frankreich, Wales und Schottland in Großbritannien leiten aus ihrer sprachlichen Situation auch politische Ansprüche auf mehr Eigenständigkeit ab. Diesen Denkansatz könnte man zu Recht als romantisch oder neo-romantisch bezeichnen, denn die (politische) Nationalisierung von Sprachen hängt eng mit dem idealistischen und romantischen National- und Kulturbegriff zusammen. Wilhelm von Humboldt hatte es als Sprachwissenschaftler auf den Punkt gebracht, als er einen Aufsatz „Über den Nationalcharakter von

Sprachen“ verfasste. Und die modernen Philologien des 19. Jh. stehen alle in der Tradition der Vorstellung, dass Sprache und Kultur für die Identität einer Volksgruppe unverzichtbar sind.

Ob sich die heutigen Politiker des romantischen Charakters ihrer Position bewusst sind oder nicht: Die Wertschätzung von Sprachen ist ein wesentlicher Punkt im Zusammenleben zwischen Staaten und Gesellschaften. In diesem doppelten philosophisch-politischen Sinn sind alle Sprachen der EU gleichwertig und gleichberechtigt. Wenn man also einzelne Sprachen in Kategorie 1, andere in Kategorie 2 einordnen würde, käme dies einer politischen Zweiklassengesellschaft gleich.

Nun haben Sprachen aber auch sehr praktische Funktionen, denen sich jeder Mensch bewusst ist und die bei der sprachpolitischen Diskussion in der EU ohnehin im Vordergrund stehen. Sprache dient dem Austausch zwischen Menschen, zwischen Individuen und Gruppen.

Diese kommunikative Funktion sollte man klar und deutlich von den Funktionen einer Sprache als Mittel der Welterkenntnis unterscheiden. Wenn z.B. Lateinunterricht (und Griechisch) über lange Zeit fester Bestandteil der höheren schulischen Bildung war, so gewiss nicht, weil man sich mit Latein gut in der Welt zurechtfinden oder es im Gespräch mit den noch verbleibenden römischen Söldnern benutzen könnte. Zwischen einem kulturell definierten Lateinunterricht und dem Erwerb einer modernen Fremdsprache in der Schule liegen Welten – deshalb, sei am Rande bemerkt, ist es in der deutschen Debatte ein folgenschwerer Irrtum, die lateinische Sprache alternativ zu modernen Fremdsprachen zu stellen.

Was die praktischen kommunikativen Funktionen von Sprachen angeht, so steht der Austausch von Informationen im Vordergrund. Man könnte auch von Arbeitssprachen sprechen. Für diese Funktionen gibt es Sprachen unterschiedlicher Reichweite. Aus heutiger Sicht unterscheidet man in der Regel drei Niveaus von Sprachen (hierbei handelt es sich nicht um essentialistische Einschätzungen nach dem Motto „das Schwäbische an und für sich“, sondern um funktionale Beschreibungen nach dem Motto „welche Sprache erfüllt in welchem Kontext welche Aufgabe“).

Auf Niveau 1 „globale Sprachen“ geht es um Sprachen, die in einem sehr großen Raum oder sogar weltweit als Verkehrssprachen dienen. Dies ist zunehmend die Rolle des Englischen, vielleicht hat eines Tages das Chinesische oder das Spanische diese Rolle, im Moment jedenfalls nicht. Die Funktion

einer weltweiten Verkehrssprache ist konzentriert auf den Austausch von Informationen, sie existiert mit vielen Abweichungen in der Aussprache und mit einer hohen Fehlertoleranz. Man kann mit guten Gründen sagen, dass sich das Englische u. a. deswegen durchgesetzt hat und deshalb so beliebt ist, weil man es mit großen Fehlern und Akzenten sprechen darf, ohne dafür schief angesehen zu werden. Die Varietäten, in denen einem Weltbürger oder einem Europäer das Englische begegnet, sind so vielfältig, dass die Idee einer schwierigen unumgehbaren Norm zurücktritt. Das Global English wird seine Rolle als weltweite Verkehrssprache in Zukunft noch ausbauen und somit eine weltweit relevante Schlüsselqualifikation bleiben.

Auf Niveau 3 sind alle lokalen und regionalen Sprachen angesiedelt, die in kleinen Staaten bisher Amtssprache waren oder eine regionale historisch fest verankerte Identität haben (siehe oben). Diese Sprachen funktionieren innerhalb der Räume, in denen sie von der Bevölkerung gesprochen werden. Zu einem gewissen Teil werden sie auch von Bürgern erlernt, die nicht Muttersprachler sind. Auffällig ist nun, dass einige der nationalen Sprachen von sehr vielen Bürgern anderer Ländern gelernt werden. Diese Sprachen, die abgesehen vom globalen Englisch von vielen Schülern und Erwachsenen gelernt werden, spielen eine Rolle als internationale Verkehrssprachen unterhalb des globalen Niveaus. Diese Sprachen gehören zu Niveau 2, „Sprachen mit internationaler Reichweite“. Wir werden bei der Analyse der Situation in der EU auf diese Ebene zurückkommen.

2. Die heutige Realität von Mehrsprachigkeit in der EU

Im Jahre 2006 sind 25 Staaten Mitglied in der Europäischen Union, dazu gehören 450 Millionen Bürger mit unterschiedlichem sprachlichem Hintergrund. Diese sprachliche Vielfalt ist Teil der kulturellen Identität Europas und einer der Grundwerte des EU-Projekts. Bereits 1958 wurden vom Ministerrat die offiziellen Sprachen der Europäischen Gemeinschaft festgelegt und ihre rechtliche Gleichstellung beschlossen. Allerdings gab es damals bei sechs Gründerstaaten nur vier amtliche Sprachen. Das Prinzip wurde jedoch bis heute beibehalten. Artikel 22 der Charta der Grundrechte der EU verankert die Vielsprachigkeit als Prinzip.

Mit jedem Beitritt ist die Liste der offiziellen Sprachen länger geworden. Diese zunehmende sprachliche Vielfalt innerhalb der EU hat für unterschiedliche Gruppen ganz verschiedene Folgen: Auf der Ebene der gemeinsamen Institutionen wie Kommission, Parlament und Rat stellt sich das Problem der Übersetzung und der Arbeitssprachen. Was die Übersetzungen, z.B. während der Sitzungen des Europaparlaments angeht, so ist man aufgrund der stark angestiegenen Anzahl möglicher Sprachkombinationen zu einem zweistufigen Übersetzungssystem übergegangen (siehe oben). Dieser pragmatische Ansatz erlaubt es, der Problematik Herr zu werden, ohne das in diesem Bereich politisch sinnvolle und unverzichtbare Prinzip der Übersetzung in alle Amtssprachen aufzugeben.

Anders stellt sich die Situation überall dort dar, wo Menschen, Gruppen, Unternehmen oder Institutionen innerhalb der EU miteinander kommunizieren müssen. Hier ist nur selten ein Budget für Dolmetscher vorgesehen, und so muss man sich anders arrangieren. Die häufigste Lösung ist diejenige, dass sich diejenigen Individuen mit der europäischen Kooperation befassen, die mehr als eine Sprache sprechen. In den meisten Fällen ist dies Englisch, weil es die am meisten schulisch und beruflich gelernte Fremdsprache ist und zudem den Vorteil hat, auch weltweit als Verkehrssprache akzeptiert zu sein. Die gesellschaftliche Realität erschöpft sich aber nicht in einem mehr oder minder gut beherrschten internationalen Englisch, sondern ist komplexer.

2.1. Die Eurobarometer-Umfrage

In einer vor kurzem veröffentlichten (Februar 2006), sehr umfangreichen Umfrage von Eurobarometer (Eurobarometer Spezial 243/64.3.) sind Bürger aus allen Mitglied- und Kandidatenstaaten zu ihren sprachlichen Kompetenzen befragt worden. Dabei lässt sich insgesamt gegenüber der letzten vergleichbaren Umfrage von 2001 ein deutlicher Fortschritt erkennen, denn bei damals 15 Mitgliedstaaten erklärten sich 47% fähig, an einem Gespräch in einer Fremdsprache teilzunehmen. 2006 sind es 56% der Bürger, 44% geben an, in keiner Fremdsprache über ausreichende Kenntnisse für die Teilnahme an einem Gespräch zu verfügen. Allerdings gibt es zwischen den einzelnen Staaten erhebliche Unterschiede. Während in einigen Ländern bzw.

Regionen ohnehin mehrere Amtssprachen gelten und daher auch flächendeckend gelernt werden (Luxemburg, Katalonien usw.), gibt es andere Länder, in denen aus historisch gewachsenen Gründen eine bestimmte andere europäische Sprache traditionell gelernt wird – dies gilt z.B. für das Schwedische in Finnland. Unterhalb des dominierenden Englisch als erste Fremdsprache gibt es also ein sehr differenziertes Bild, in dem die kleineren Mitgliedstaaten ein insgesamt höheres Niveau an Fremdsprachenkompetenz haben – 95% der Letten und 97% der Slowaken geben an, mindestens eine Fremdsprache zu beherrschen.

Wenn man nun auf die Verteilung derjenigen Sprachen schaut, die als Fremdsprachen in der EU gelernt werden, so wird man nicht überrascht sein, dort die „großen“ Sprachen weit vorne zu finden. 13% haben Englisch als Muttersprache und 38% beherrschen Englisch ausreichend, so dass Englisch mit 51% die in der EU am meisten gesprochene Sprache ist. Deutsch folgt an zweiter Stelle mit 32%, wobei 18% Muttersprachler und 14% Fremdsprachenlerner sind. An dritter Stelle folgt Französisch mit 12% Muttersprachlern und 14% Fremdsprachenlernern. Dann fällt die Anzahl derer, welche die Sprache als Fremdsprache beherrschen, stark ab. Nur 3% geben an, Italienisch als Fremdsprache zu beherrschen, für Spanisch sind es 6%, für das Polnische nur 1%. Damit wird klar, dass den drei ersten Sprachen sowohl aufgrund ihrer Bedeutung als Muttersprache als auch wegen ihrer Rolle als (vor allem schulisch) erlernter Fremdsprache eine besondere Rolle als Sprachen internationaler Dimension zukommt. Es ist kein Zufall, dass Englisch, Deutsch und Französisch die inoffiziellen Arbeitssprachen der gemeinschaftlichen EU-Institutionen sind. Auch in der Gesellschaft sind es vor allem diese drei Sprachen, die für europäische Vielsprachigkeit stehen, also faktisch neben dem internationalen Englisch in beachtlichem Ausmaß als internationale Sprachen präsent sind. Auf diese besondere Rolle des Deutschen und Französischen neben dem Englischen werde ich in Abschnitt 3 noch einmal zurückkommen.

Neben der geographischen Verteilung der Mehrsprachigkeit in der Bevölkerung fällt zudem ein starker Unterschied zwischen Altersgruppen und Bildungsniveaus auf. Je jünger und je gebildeter die Befragten sind, umso mehr Sprachen beherrschen sie. Sieht man diese Entwicklung in einem etwas größeren zeitlichen Rahmen, kann man davon ausgehen, dass sich in den nächsten Jahren eine zunehmende Elite in Fragen der Mehrsprachigkeit her-

ausbilden wird, die gleichzeitig bessere Karrierechancen im privaten und öffentlichen Sektor haben wird. Parallel hierzu bleibt ein großer Teil der Bevölkerung von den Chancen der Mehrsprachigkeit ausgeschlossen. Aus Sicht der EU – dies ergibt sich aus allen offiziellen Dokumenten zu diesem Thema – muss es das Ziel bleiben, möglichst viele Bürger der EU an die Mehrsprachigkeit heranzuführen und somit das Ideal der gelebten europäischen Sprachvielfalt schrittweise zu erreichen. Auch wenn man das Ideal der EU-Institutionen, vor allem der Kommission, teilt, ist Skepsis angebracht. Es wird aller realistischen Wahrscheinlichkeit nach weiterhin und zunehmend so sein, dass zwischen den mehrsprachigen (und keineswegs nur zweisprachigen) Europäern und denen, die aufgrund eines insgesamt geringen Bildungsniveaus nur eine Sprache sprechen, ein tiefer Graben liegt. Trotzdem sollte nichts unversucht bleiben, um den Fremdspracherwerb zu fördern.

2.2. Die Sprachpolitik der Europäischen Union

Für lange Zeit hatte sich die Kommission in Fragen der Bildung und der Sprache weitgehend zurück gehalten. Da ihre Kompetenz im gesamten Bereich der Kultur nur ergänzend zur nationalen oder regionalen Ebene ist, stand im Mittelpunkt der Programme die Förderung und Bewahrung der Vielsprachigkeit, etwa durch bewusste Förderung der kleinen und vom Aussterben bedrohten Minderheitensprachen.

Sehr viel aktiver ist die EU seit etlichen Jahren in all jenen Bereichen, wo es um die Mobilitätsförderung geht. Das mittlerweile auch durch einen schönen und erfolgreichen Film (*L'auvergne espagnole*, Barcelona für ein Jahr) bekannt gewordene Erasmus- bzw. Socrates-Programm wendet sich an Studierende und soll dazu beitragen, den gemeinsamen Studien- und Forschungsraum Realität werden zu lassen. Allerdings ist die Reichweite dieses Programms relativ begrenzt. Auf Deutschland bezogen nehmen nur 1,02% der Studierenden an dem Programm teil, das sind 0,025% der gesamten Bevölkerung. Noch geringer ist die quantitative Tragweite des Leonardo-Programms, mit dem junge Menschen im Bereich der beruflichen Bildung zur Mobilität motiviert werden sollen. 2002 gab es für Deutschland 8108 Teilnehmer, und somit 0,01% der Bevölkerung. Im Bereich der Mobilitäts-

förderung gilt es ebenso wie bei den Zielvorstellungen zur Mehrsprachigkeit, das unbestritten richtige und ehrgeizige Ziel im Blick zu bewahren und dennoch realistisch und pragmatisch zu sein. Mobilität ist kein Selbstzweck und wird nicht für alle Bürger der EU eine gelebte Wirklichkeit sein. Auch hier besteht das Risiko einer europäischen Zweiklassengesellschaft zwischen jenen, die alle Chancen des Binnenmarktes zu nutzen wissen und jenen, die aus unterschiedlichen Gründen wenig mobil sind.

In den letzten Jahren hat sich die Sprachpolitik der EU erheblich erweitert und dynamisiert. Abgesehen von den Mobilitätsprogrammen, die weitergeführt und ggf. noch verstärkt werden, hat die EU im November 2005 ein wichtiges Grundsatzpapier veröffentlicht und neue Initiativen angekündigt. Man darf durchaus von einer neuen Qualität der Sprachpolitik sprechen, denn nach langjähriger vornehmer Zurückhaltung in Sachen Sprachen und Kultur stehen nun diese Punkte plötzlich im Rampenlicht des allgemeinen Interesses. Dies hat, wenn man auf die Binnenorganisation der EU schaut, unmittelbar mit den Folgen der Erweiterung von 2004 zu tun. Denn alle bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die neuen Mitgliedstaaten in den möglichen Netzwerken nicht ausreichend mitwirken können (und zwar aus sprachlichen Gründen) und dass umgekehrt die „alten“ Mitglieder sprachlich und kulturell zu wenig von den neuen Mitgliedern wissen. Das neue Gemeinschaftsinteresse für Sprachenpolitik erklärt sich aber auch aus Gründen der Integration innerhalb unserer nationalen und damit gesamteuropäischen Gesellschaft. Denn hier wird jenseits der Amtssprachen die Frage aufgeworfen, welche sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen die Bürger der EU brauchen, um sich in der sozialen Realität eines Einwanderungskontinents zu rechtzufinden. Und schließlich gehört die Sprachenfrage zum großen Bereich der so genannten Lissabon-Strategie, die Europa in die Wissensgesellschaft und Wettbewerbsfähigkeit führen soll.

Sehr erfreulich zu beobachten ist die Tatsache, dass nun auf breiter Front die Fremdsprachenkenntnisse von offiziellen Stellen nach allgemein nachvollziehbaren Kriterien zertifiziert werden sollen. Dies ist insofern positiv, als von hier bis zur Einforderung von zwei modernen Fremdsprachen auf allen höheren Bildungsniveaus nur noch ein kleiner Schritt ist. Zweite positive Konsequenz der neuen Haltung der EU ist die Tatsache, dass nun die Sprachkompetenzen und ihr Erwerb aus der Monopolisierung durch die Schule gelöst werden. Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich ist die Schule

der Ort, wo flächendeckend für wichtige Schlüsselbereiche in ganz Europa die Grundlagen gelegt werden müssen. Dazu gehört auch die erste Fremdsprache sehr früh und die zweite sobald wie möglich. Dazu gehört aber auch, sei nebenbei als Vorschlag eingebracht, die eines Tages vielleicht mögliche allgemeine Europakunde. Die Rolle der Schule soll nicht gemindert werden. Aber es ist doch eine allgemeine Erfahrung und zudem eine Binsenweisheit, dass es viele Menschen gibt, denen der Fremdsprachenunterricht – und sei es nur, weil er in der Schule stattfindet – allen Spaß an fremden Sprachen nimmt. Zudem haben nicht alle EU-Bürger die Möglichkeit gehabt, eine gute europäische Schule zu besuchen und während ihres jeweiligen Schulbesuchs zwei Fremdsprachen ausreichend zu lernen. Und drittens soll es vorkommen, dass man die schulisch erworbenen Kenntnisse aufgrund mangelnder Anwendungspraxis schnell wieder verlernt. Kurzum: Die Idee, Fremdspracherwerb auch europaweit in der Fortbildung zu implementieren, ist in jeder Hinsicht zu begrüßen.

Der neue Elan der EU speist sich, das habe ich zu zeigen versucht, offenbar aus unterschiedlichen Motivationen. Auf jeden Fall ist er positiv. Die Frage ist nur, wie sich dies auf die konkrete jeweils nationale und insgesamt europäische Fremdsprachenpolitik ausübt. Und hier knüpfe ich an Kapitel 1 und die unterschiedlichen Ebenen und Funktionen von Sprachen an. Denn es entspricht schlechterdings nicht der Wirklichkeit in den EU-Mitgliedstaaten, von einer völligen Gleichheit aller amtlichen Sprachen in ihrer Funktion als gelernter Fremdsprachen auszugehen. Vielmehr haben sich historisch gewachsene und auch durch neuere Entwicklungen bestärkte dominante „Lernsprachen“ herausgebildet, die ihre Rolle als internationale Sprachen auf Ebene 2 unterhalb des globalen Englisch erfüllen. Und hier ist nun die Rolle der deutschen und französischen Sprache ganz unübersehbar eine besondere.

3. Die Rolle von Deutsch und Französisch

Historisch gesehen hat die französische Sprache in den deutschsprachigen Ländern und in ganz Europa zwischen dem 17. und dem späten 18. Jahrhundert einen erheblichen Einfluss gehabt. Das höfische Frankreich und

die „république des lettres“ waren bis in die Aufklärung hinein ein soziokulturelles Modell mit weltweiter und vor allem europäischer Ausstrahlung. Die deutsche Sprache galt in Frankreich hingegen über lange Zeit als unzivilisiert und als Sprache von wissenschaftlichen Pedanten. Erst mit der deutschen Literatur des späten 18. Jhs. und großen Philosophen wie Immanuel Kant wuchs das Interesse, wenn auch noch nicht das Verständnis. Ein Durchbruch in der französischen Wahrnehmung der deutschen Sprache kam erst mit der dominanten Position der deutschen Wissenschaft und Universität im späten 19. Jh. Bis weit ins 20. Jh. hinein wurde daraufhin Deutsch die erste Fremdsprache in Frankreich.

Nachdem das Englische in der Nachkriegszeit zunehmend zur weltweit dominanten Fremd- und Verkehrssprache wurde, nahm das Interesse an der jeweils anderen Sprache in Deutschland und Frankreich zunächst langsam ab. Diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren erheblich beschleunigt. Auf bilateralem Niveau ist die Sprachenfrage daher erneut auf den obersten Platz der politischen Agenda gekommen.

Historisch gesehen handelt es sich bei der Fremdsprachenproblematik im deutsch-französischen Verhältnis also um ein altes Problem, das nun plötzlich wieder hohe politische Bedeutung bekommt. Gründe für die heutige Brisanz scheinen auf der Hand zu liegen: Statistische Daten zeigen das weiterhin sinkende Prestige des Deutschen in der Schule, die neue Positionierung des Fremdspracherwerbs in der Schule bringt das Thema Fremdsprachen insgesamt auf die Agenda. Aber diese Argumente sind nur die Spitze des Eisbergs. Denn die scheinbar bilaterale Problematik ist eine genuin europäische. Französische Politiker (aber auch Linguisten) werden sich wohl zunehmend bewusst, dass die schwindende Bedeutung Frankreichs innerhalb der EU auch das Ende der stillschweigend weiterhin angenommenen zivilisatorischen Sonderrolle und damit der französischsprachigen Kultur einläuten könnte. Der Kampf um die französische Sprache ist also auch ein Kampf um kulturelle Vielfalt in der EU. Aus diesem Zusammenhang erfüllt es französische Politiker (und Intellektuelle) immer wieder mit Grausen zu konstatieren, dass die Deutschen ohne Not auf den Gebrauch ihrer Sprache verzichten: in bilateralen Gesprächen, in den Medien und in der Werbung. Immerhin hat die bilaterale Sprachproblematik das Bewusstsein dafür geschärft, dass die schleichende Einführung des rudimentären Englisch als Verkehrssprache noch nicht die Antwort auf die Frage ist, wie sich große Länder (und Europa)

zur Frage der Sprachenvielfalt (und zwar Sprache hier als kultureller Träger) stellen sollen.

Und hier berühren wir einen Punkt, der äußerst brisant ist und den anzusprechen das Risiko birgt, als Kulturchauvinist eingestuft zu werden. Daher vorab noch einmal mit aller Deutlichkeit: Wenn ich von Sprachen unterschiedlicher kultureller Reichweite in der EU spreche, dann handelt es sich hierbei nicht um ein Werturteil im Sinne von „gute“ und „wichtige“ bzw. „weniger gute“ und „weniger wichtige“ Sprachen. Die prinzipielle Gleichwertigkeit aller Sprachen wird davon nicht berührt. Es geht vielmehr einfach um die historisch schwer zu ignorierende Tatsache, dass es innerhalb der europäischen Kulturgeschichte Sprachen gegeben hat, die bei ihren vielen Nachbarn aufgrund unterschiedlicher Gründe erhebliche Spuren und Einflüsse hinterlassen haben.

Zurück zum Thema: Hinter der deutsch-französischen Diskussion verbirgt sich eine Tatsache, über die (noch) nicht offen in Europa diskutiert wird, nämlich die Tatsache, dass Deutsch und Französisch zu den Sprachen gehören, die in der europäischen Geschichte erheblichen kulturellen Einfluss gehabt haben, und zwar weit über die Staatsgrenzen hinaus. Es geht also unterm Strich um die Frage, welche Rolle die „großen kulturell prägenden Sprachen“ innerhalb Europas und der Welt spielen sollen. Was also wie eine rein bilaterale Sache aussieht, entpuppt sich als höchst explosive Frage nach der europäischen Sprachpolitik, die bisher nicht ausreichend existiert und die insgeheim wohl hofft, das Englische würde als ohnehin dominante Sprache eine wirkliche Politik überflüssig machen. Leider wird diese Dimension in den deutsch-französischen Klagerufen über die Sprachenproblematik nicht sichtbar, bei denen man sich irrtümlich bei der bloßen Statistik lernender Schüler aufhält.

Positiv gewendet wäre es für die gesamteuropäische Bewusstwerdung durchaus fruchtbar, wenn über die Rolle von Sprachen als Kulturträger offen nachgedacht und debattiert würde. Dies könnte anhand von Schlüsselbegriffen geschehen (z.B. Kultur, Zivilisation, Bildung,...), die es einem gleichzeitig erlauben würden, die nationalen Ausdifferenzierungen wie die europäischen Gemeinsamkeiten in den Blick zu bekommen. Diese Rolle von Sprache wird in der EU-Sprachpolitik bisher ausgeklammert. Gerade sie aber wäre ein guter Einstieg in die Problematik der mangelnden Diskussionsmöglichkeit zwischen Europäern. Denn Dialog über Differenzen und Ge-

meinsamkeiten setzt die Existenz von wenn nicht identischen so doch kompatiblen Diskursen und Leitbegriffen voraus. In einem Projekt der ASKO-EUROPA Stiftung versuchen wir in einer internationalen Arbeitsgruppe momentan, die divergierenden Europadiskurse in den Mitgliedstaaten zu analysieren. Ziel ist es, die Voraussetzungen für einen noch nicht bestehenden europaweiten gemeinsamen Europadiskurs zu eruieren. Für eine solche Arbeit ist Mehrsprachigkeit nicht im Sinne der technischen Übersetzung von Fachvokabular erforderlich, sondern im Sinne der kulturtragenden Funktion von Sprachen. Deutsch und Französisch, die neben Italienisch, Spanisch und Englisch sicherlich zu den historisch prägenden Sprachen gehören, könnten bei dieser Dimension europäischer Debatten eine wichtige Rolle spielen.

4. Weitere Entwicklungsperspektiven

Angesicht des vielschichtigen Charakters der sprachlichen Gestaltung Europas kann sich die EU sprachlich in verschiedene Richtungen entwickeln unterschiedliche Szenarien sind denkbar. Eine Möglichkeit wäre eine konsequente Diglossie, d.h. eine gemeinsame Amtssprache für alle europäischen Angelegenheiten als „Deckel“ über die sonstigen gleichberechtigten nationalen oder regionalen Sprachen, die alle sonstigen Funktionen von Sprache abdecken würden. Faktisch bewegt sich die EU auf eine solche Situation zu, auch wenn dies niemand hören möchte und auch wenn es der bisherigen Doktrin radikal widerspricht. Der Vorteil einer solchen Entwicklung wäre, dass die ohnehin am meisten gelernte/gesprochene und weltweit unbestritten führende Verkehrssprache „Englisch“ recht schnell in diese Funktion hineinwachsen könnte – Pflichtenglisch für alle Schüler ist bereits eine Tatsache und würde ohne weitere Probleme akzeptiert. Nachteil wäre eine inhaltliche Verarmung der EU als politisches Konstrukt, weil die juristische und politische Begrifflichkeit Europas eben nicht in der englischen, sondern sehr stark in der französischen (lateinischen) und deutschen Tradition steht. Diese Form von funktionaler Einsprachigkeit wäre also das Ende der kulturellen Vielfalt auf einer sehr grundlegenden gesellschaftlichen Ebene.

Viele Akteure haben sich mit diesem Szenario abgefunden und betrachten alles andere als Luxus und unnötige Anstrengung. Dies gilt weniger für

die Beamten in Brüssel, die in aller Regel mehrere Sprachen aktiv beherrschen, als vielmehr für die nationalen Regierungsmitglieder der großen Mitgliedstaaten, die wenig Sprachkompetenz haben und sich mit einigem Englisch auf der sicheren Seite fühlen – Deutschland und Frankreich sind hierfür exzellente Beispiele, aber auch über England wäre einiges in diesem Zusammenhang zu sagen. Wenn man dieses Szenario für das Ende der Eigenständigkeit Europas und für eine tief greifende Fehlentwicklung hält, müsste man alternative Szenarien entwerfen. Ein Ausgangspunkt hierbei wäre die interne Sprachregelung in der EU, der zufolge Englisch, Französisch und Deutsch Arbeitssprachen sein sollen. Dieser Ansatz könnte wieder offensiver in Erinnerung gerufen werden, auch wenn dies Sensibilitäten weckt. Und zwar mit guten kulturhistorischen Gründen, bei denen es eben nicht um die reine Sprachfunktion der Verkehrssprache geht, sondern um den Transport von sprachlich definierten Begrifflichkeiten, von kulturellem Erbe eben. Pflege des kulturellen Erbes ist (auch) Sprachpflege. Die Kenntnis mehrerer Amtssprachen hat somit das Ziel, nicht etwa alle in gleichem Maße für die tägliche Kommunikation nutzen zu müssen (hierfür wäre passives Verständnis völlig ausreichend), sondern eine ausreichende Kenntnis der Sprachen, ihrer historischen Semantik, ihrer Grammatik zu haben, um sie als Teil des europäischen Erbes zu begreifen.

Nun lässt sich Spracherwerb als Erwerb von Kommunikationskompetenz und Spracherwerb als kulturelle Kompetenz nicht ganz sauber voneinander trennen – aber es muss immer wieder klar gemacht werden, dass mit der unbestrittenen Vorherrschaft des Englischen als „minimaler“ Verkehrssprache noch nicht gegen andere Fremdsprachen als Kulturträger entschieden ist, weil es sich eben um zwei verschiedene Sachverhalte handelt.

Versuchen wir, diese Überlegungen in denkbare Handlungsoptionen zu fassen.

§ 1: Global English ist Pflichtfach für alle Schüler in Ländern mit Schulpflicht. Ziel ist eine mittelmäßige Fähigkeit zum Informationsaustausch weltweit. Dieses Schulfach ist allein gestellt und konkurriert nicht mit anderen Sprachen. Es beginnt sehr früh (5 oder 6 Jahre) und kann nach 7 oder 8 Unterrichtsjahren beendet werden.

§ 2: Die bewusste europäische Sprachpolitik beginnt mit der Erkenntnis, dass Sprachkompetenz nicht nur kommunikative

Kompetenz ist, sondern auch innereuropäische kulturelle Kompetenz. Diese Aufgabe ist nicht nur an die Schulzeit gebunden, sondern betrifft das „lebenslange Lernen“.

- § 3: Im schulischen Bereich, dessen Bedeutung nicht bestritten werden soll, müssen die nationalen Regierungen eine Sprachenfolge definieren, die dazu führt, dass neben dem globalen Englisch (s. § 1) entweder Französisch oder Deutsch als nächste Pflichtsprache etabliert werden, um innerhalb Europas das wechselseitige Verständnis zu fördern. Eventuell könnten Spanisch, Italienisch und Polnisch (also die übrigen Relais Sprachen) in diese Gruppe aufgenommen werden. Eine pseudo-liberale Wahlfreiheit und die Regelung durch Nachfrage ist der falsche Weg. Die hier vorgeschlagene Regelung würde dazu führen, dass jeder Schüler im Rahmen seiner Schulpflicht (bis in der Regel 16 Jahre) Global English (7–8 Jahre) lernt und 4–5 Jahre Deutsch oder Französisch.
- § 4: Für die weiterführenden Schulen (alles nach der bloßen Schulpflicht) ist eine weitere moderne Pflichtsprache vorzusehen. Diese ist entweder auch aus dem Katalog der „mittleren“ Sprachen zu wählen (Deutsch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Polnisch) oder, falls eine dieser Sprachen Muttersprache ist (was ja für die Mehrheit der EU-Bürger zutrifft), eine Sprache des europäischen Nachbarstaats.
- § 5: Die Dauer der schulischen Lernzeit von Sprachen 2 und 3 ist flexibel zu gestalten, d.h. auch 3 oder 4 Jahre führen zu passiver Kenntnis und Verständnisfähigkeit.
- § 6: Die sprachliche Wirklichkeit endet nicht mit der Schulzeit, im Gegenteil. Während der weiterführenden Ausbildungen in Universitäten, Fachhochschulen und Berufsschulen (auch Berufsakademien) müssen Fremdsprachen neben dem Englischen einen völlig anderen Stellenwert bekommen. Es wäre sogar zu überlegen, ob berufliche Diplome und Hochschulabschlüsse nicht obligatorisch auch Sprachprüfungen enthalten sollten, unabhängig vom gelernten bzw. studierten Fach.

Ulrich Pfeil

Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990*

Mit dem Untergang des „anderen“ Deutschland verschwand auch die Erinnerung an die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Einen kleinen Einblick verdanken wir Jana Hensel, die aus ihrer „Zonenkindererfahrung“ zu berichten weiß, dass die französischen Altersgenossen in den gemeinsamen Ferienlagern in der DDR

... bessere Unterkünfte bekommen hatten als wir und dass wir die ganzen drei Wochen über nicht mit ihnen sprechen durften. Auf den Schultern der anderen habe ich sie durchs Klofenster wie Außerirdische beobachtet und ihnen beim Tischtennis verzweifelte Liebesbotschaften zugeworfen, von denen ich wusste, dass sie ihre Adressaten nie erreichen würden. Später dann, wenn alle schliefen, lag ich in meinem Ferienlagerbett und versuchte, mir Paris vorzustellen. Ich träumte von bunten französischen Turnschuhen und Jogginganzügen und zwang mich gegen Mitternacht, wieder an Pawel, Agnieska oder Leschek zu denken, die es ja auch noch gab.¹

Glauben wir dem Schriftsteller Lutz Rathenow, dann war Frankreich für den überzeugten SED-Anhänger die „sympathischste Erscheinungsform“ der westlichen Gesellschaftsordnung oder – in Werbesprache – „die süßeste Versuchung, seit es Klassenfeinde gab.“² Wie schafften es Frankreich und Paris, in den Köpfen der Deutschen hinter der Mauer zum beliebtesten imaginären Reiseziel zu werden, fragt sich Rathenow und sieht die Klischees durch die Wirklichkeit bestätigt. Dank France Gall und Brigitte Bardot habe

* Vortrag gehalten am 30. Mai 2006 im Rathausfestsaal Erfurt.

1 Hensel, Jana, *Zonenkinder*, Reinbek 2002, S.129.

2 Rathenow, Lutz, „Die süßeste Versuchung, seit es Klassenfeinde gibt. Gedanken zum 40. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages“, in: *Berliner Morgenpost*, 22.1.2003.

sich Frankreich nicht nur als „erogene Zone der westlichen Gesellschaft“ profiliert, sondern mit seiner Literatur und Philosophie schließlich auch das subkulturelle Intellektuellenmilieu der DDR überzeugt. Sartre und Camus, so Rathenow, lieferten Muster für subversive Sprachstrategien und stärkten so die oppositionellen Zirkel.

In den Zeiten der deutschen Teilung konnte sich einem der Verdacht aufdrängen, dass sich der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch auch in den Köpfen der Historiker und Politologen festgesetzt hatte und die DDR nicht mehr als Teil des deutsch-französischen Beziehungsgeflechtes mitgedacht wurde. Über fünfzehn Jahre nach dem Mauerfall muss jedoch auch in den deutsch-französischen Beziehungen stärker als bislang gefragt werden, welchen Ort die DDR in diesem Beziehungsgeflecht einnimmt.³ Durch die Einbeziehung des zweiten deutschen Staates ergibt sich nun ein deutsch-deutsch-französisches Dreieckverhältnis, das Thema dieses Vortrags sein soll. Es sollen Antworten auf die Fragen gegeben werden, in welchem Geflecht die drei Staaten und ihre Gesellschaften zueinander standen, welche Rolle die französische Seite in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung spielte, welche Bedeutung der ostdeutschen Seite für die westdeutsch-französischen Beziehungen zukam und in welcher Form die westdeutsche Seite auf die ostdeutsch-französischen Kontakte einwirkte.⁴

1. Das inoffizielle Dreiecksverhältnis – eine politische Perspektive (1949–1974)

Die Entstehung der beiden deutschen Staaten war eine Folge des Ost-West-Konflikts, der spätestens mit dem Bruch der Siegerkoalition im Jahre 1947 einsetzte und sowohl für das Verhältnis Deutschlands zur Welt wie auf innenpolitischem Feld zur wichtigsten Determinante der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte wurde. Die Frankreichpolitik der DDR war in

3 Wolfrum, Edgar, „Wo ist der Ort der DDR in den deutsch-französischen Beziehungen? – Plädoyer für neue Forschungsaktivitäten“, in: *Dokumente* 56 (2000) 1, S. 18–24, hier S. 19.

4 Vgl. Pfeil, Ulrich, *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990*, Köln 2004.

der in diesem Abschnitt behandelten Phase zwischen 1949 und 1973 von zwei Bestimmungsfaktoren dominiert: 1. die Sowjetunion, 2. die Bundesrepublik. Von Beginn ihrer Existenz an unterlag die DDR den Zielen und Interessen ihrer östlichen Hegemonialmacht, für die sie als „Transmissionsriemen“ unverzichtbare deutschlandpolitische Dienste leistete, um deren dauerhaften und maximalen politischen Einfluss in Europa und Deutschland zu sichern. Auf gemeinsamer ideologischer Grundlage bestimmten KPdSU und SED als Parteien der jeweils „herrschenden Arbeiterklasse“ die Leitlinien der sozialistischen Außenpolitik und sahen es als ihre Hauptaufgabe an, die „günstigsten internationalen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus“ zu sichern.⁵ Bei aller prinzipieller Übereinstimmung darf in dieser Beziehung zwischen den „Bruderparteien“ aber nie das Abhängigkeitsverhältnis übersehen werden, das die SED unter die politische Kuratel Moskaus stellte und Michael Lemke fragen lässt, ob man in der Phase zwischen 1949 und 1956 überhaupt von einer DDR-Außenpolitik ausgehen kann.⁶ Als Ausdruck dieser hegemonialen Beziehungshierarchie wies die Sowjetunion der DDR in der „abgestimmten“ Frankreichpolitik beider Staaten in regelmäßiger Folge Aufgaben zu und erwartete ihre umgehende Realisierung. Doch auch wenn die DDR dabei über eine Handlangerfunktion nicht hinauskam, konnte sie sich in dieser Rolle bei dem Versuch, die Integrationsbemühungen des Westens zu unterlaufen, unentbehrlich machen und erwarb erste Handlungsspielräume. Dabei traten bereits Anfang der 1950er Jahre Interessenunterschiede auf, als sich Ulbricht schon für den eigenstaatlichen Weg entschieden hatte, während sich die Sowjetunion eine endgültige deutsche Option noch offen hielt und die DDR in ihrer Notenpolitik 1952 als Faustpfand einsetzte. Gerade in Frankreich hoffte Moskau auf den „Stalingrad-Effekt“ und das Misstrauen des nationaldenkenden Milieus gegenüber der Westintegration, doch die Vorstellung eines bündnisfreien Gesamtdeutschlands im Herzen Europas war weder in der französischen Bevölkerung noch bei den politischen Entscheidungsträgern mehr-

5 Böhme, Waltraud u. a. (Hg.), *Kleines politisches Lexikon*, Berlin (DDR) 1985, S. 104.

6 Vgl. Lemke, Michael, „Die Außenbeziehungen der DDR (1949–1966). Prinzipien, Grundlagen, Zäsuren und Handlungsspielräume“, in: Pfeil, Ulrich (Hg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001, S. 63–80.

heitsfähig. Die schwankende Grundstruktur der sowjetischen Deutschlandpolitik und die unsichere Machtposition der SED, die am 17. Juni 1953 vor der Weltöffentlichkeit einen Offenbarungseid leistete, waren auch den Beobachtern in Paris nicht entgangen. Die selbstbewusst vorgetragenen Friedensappelle der DDR-Regierung an das französische Volk konnten ihre gedachten Empfänger auch deshalb nicht erreichen, weil die SED die ihre Propaganda kennzeichnende konstitutive Widersprüchlichkeit nicht auflösen konnte. Nach außen präsentierte sie zwar einen pazifistischen Diskurs, nach innen trieb sie jedoch die Militarisierung der Gesellschaft unter Verwendung westlicher Feindbilder weiter voran.

Durch die permanente Fixierung der DDR auf ihren zweiten Bestimmungsfaktor Bundesrepublik entstand zwischen beiden deutschen Staaten ein Verhältnis, das unlängst als „asymmetrische Verflechtung in der Abgrenzung“ beschrieben wurde.⁷ Beide hatten ihren Alleinvertretungsanspruch und ihre Magnettheorie formuliert und ließen nichts unversucht, die Sogkraft des anderen zu demagnetisieren. Während die Bundesrepublik auf die Westintegration setzte, zielte die als antiwestlicher Staat konzipierte DDR nach ihrer Gründung auf eine kurzfristige nationalstaatliche Wiedervereinigung Deutschlands nach „antifaschistisch-demokratischem“ Modell und damit auf eine revolutionäre Ausdehnung ihrer eigenen sozialistischen Ordnung auf die Bundesrepublik. Da DDR-Außenpolitik in dieser Periode synonym mit Deutschlandpolitik war, ging es der SED bei dem Aufbau eines bilateralen Beziehungsnetzes mit Frankreich nie um Wechselseitigkeit. Ihre Frankreichpolitik war ein Baustein in dem Versuch, die DDR als souveränen und alternativen deutschen Staat zu legitimieren.

Nachdem die beiden deutschen Staaten in ihre Bündnisse integriert worden waren, bestanden für die DDR im Rahmen ihrer „Zwei-Staaten-Theorie“ nun auch operative Handlungsspielräume für die Gestaltung von Außenbeziehungen. Obgleich sie aus innenpolitischen Erwägungen am Ziel der deutschen Einheit festhalten musste, führte die SED nun in Abgrenzung und Konkurrenz zur Bundesrepublik eine Anerkennungspolitik, die ihr Einflüsse auf Drittländer und Teilbereiche der westdeutschen Gesellschaft

7 Vgl. Bauerkämper, Arnd/Sabrow, Martin/Stöver, Bernd (Hg.), *Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 9ff.

8 Vgl. Lemke, Michael, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln 2001, S. 514.

sowie eigene wirtschaftliche Vorteile beschern sollte.⁸ Diese Politik traf auch in Frankreich auf das bundesdeutsche Wiedervereinigungsgebot, das an einer deutschen Staatsangehörigkeit, am Fortbestand der deutschen Nation und der völkerrechtlichen Isolierung der DDR festhielt. Indem sich die ostdeutsche Regierung um den Ausbau ihres Kommunikationsnetzes in Frankreich bemühte und u. a. nach Kontakten zu Sozialisten und Gaullisten, zur Assemblée nationale, zum Senat und weiteren offiziellen Einrichtungen des französischen Staates Ausschau hielt, versuchte sie die 1955 von der Bundesrepublik verkündete *Hallstein-Doktrin* zu unterlaufen, ihrer eigenen internationalen Anerkennung näher zu kommen und die eigenstaatliche Entwicklung unumkehrbar zu machen. Ab Ende der 1960er Jahre war zur Erreichung dieser Ziele eine Gleichzeitigkeit von Kooperationsbereitschaft und Abgrenzungswille zu erkennen, die sich durch das Beharren auf politischen Dogmen bei simultanem Anpassungsdruck an westliche Kommunikationsformen auszeichnete.

Die SED versuchte diesen zunehmenden Widerspruch zu überspielen, indem sie ihren Staat als eigenständigen Faktor in die deutsch-französischen Beziehungen einzubringen versuchte und ihn als Garanten eines friedlichen Deutschlands präsentierte, der die Lehren aus der Vergangenheit gezogen habe. Sie malte zugleich das Bild einer Bundesrepublik, in der immer noch die alten Kräfte am Werk seien, die Frankreich dreimal innerhalb von 70 Jahren mit Krieg überzogen hätten. Mit dieser Politik konnte die DDR in Frankreich Achtungserfolge in der deutsch-deutschen Systemauseinandersetzung verzeichnen und profitierte von einem gewissen „underdog-Reflex“, der ihr angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik quasi von alleine zufiel. Während der DDR die in allen politischen Milieus anzutreffende weiterhin anhaltende Distanz gegenüber dem mächtigen Nachbarn östlich des Rheins von Nutzen war, blieb die Bundesrepublik für die Ostdeutschen ein permanenter Magnet, dessen Ausstrahlungskraft die SED durch außenpolitische Erfolge einschränken musste, um die innenpolitische Labilität zu überdecken und zu einem gewissen Maße zu kompensieren.⁹

9 Vgl. Richert, Ernst, „Zwischen Eigenständigkeit und Dependenz. Zur Wechselwirkung von Gesellschafts- und Außenpolitik in der DDR“, in: *Deutschland Archiv* 7 (1974) 9, S. 955–982.

Die ständig steigenden Ausgaben und Ansprüche an den West- bzw. Frankreichapparat im SED-Herrschaftssystem waren dabei Ausdruck jener asymmetrischen Beziehungsebene in der Abgrenzung, die sich für die DDR angesichts der ständigen politisch-gesellschaftlichen Herausforderung durch die Bundesrepublik bereits bis 1973 zu einer immer schiefen Ebene entwickelte. Schon damalige Beobachter hatten sich dabei nicht des Eindrucks erwehren können, dass der orthodoxe Kurs der SED weniger Ausdruck innerer Stärke, als vielmehr existentielle Notwendigkeit war.¹⁰ Dabei spielte es eine entscheidende Rolle, dass es der DDR nicht gelang, den ständigen Ziel-Mittel-Konflikt der Doktrin von der *friedlichen Koexistenz* zu überwinden: Während sie sich von Frankreich politische Anerkennung und bilateralen Respekt erhoffte, blieb sie ideologisch weiterhin auf Konfrontation und unterstützte u. a. in Algerien die Gegner des „imperialistischen“ Frankreich.

Obwohl die deutsche Teilung in allen politischen Milieus Frankreichs mit mehr oder weniger offen gezeigter Sympathie beobachtet wurde, ignorierte die Pariser Deutschlandpolitik den SED-Staat bis in die 1960er Jahre tunlichst und blieb stets auf die Bundesrepublik konzentriert. Zum Sinnbild dieser Politik wurde der Abschluss des Deutsch-Französischen Vertrages im Jahre 1963, der den SED-Führern nicht nur das Scheitern ihrer bisherigen Frankreich-Politik vor Augen führte, sondern ihre „Hase-und-Igel-Situation“ gegenüber der Bundesrepublik weiter vertiefte. Auch als ab 1964 die westdeutsch-französischen Missverständnisse über den Élysée-Vertrag offen zu Tage traten, gab de Gaulle Ulbricht nicht die Gelegenheit, die Bundesrepublik in den deutsch-französischen Beziehungen zu überholen, ohne sie einzuholen. Instrumentell setzte er Pankow in seiner „Politik der Nadelstiche“ ein, um Bonn seinen Ärger zu demonstrieren und wieder näher an sich zu binden. Auf die Nachricht des damaligen Informationsministers Alain Peyrefitte im Jahre 1965, dass die deutsche Presse von einer Anerkennung der DDR durch Frankreich schreibe, antwortete der General: „C'est tout ce qu'ils mériteraient, les Allemands. Mais non, je ne reconnaitrai pas Pankow“.¹¹ Erschwerend kam für die SED hinzu, dass de Gaulle zwar eine Reihe kommunistischer Staaten in den 1960er Jahren besucht hatte und mit ihnen eine verstärkte

10 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm, „Außenpolitische Bilanz der DDR“, in: *Deutschland Archiv* 2 (1969) 9, S. 958–966.

11 Peyrefitte, Alain, *C'était de Gaulle. La France reprend sa place dans le monde*, Paris 1997, S. 276.

Kooperation anstrebte, die DDR jedoch bei dieser Reisediplomatie ausklammerte und ihr somit keine gleichrangige Stellung zubilligte.¹²

Auch während der Präsidentschaft Georges Pompidous, als der Anerkennungsdruck auf Bonn und Paris stetig zunahm, kam die DDR nicht über den Status eines „Bleigewichts“ hinaus, das die französische Regierung wiederholt an die außen- und ostpolitischen Aktivitäten der sozial-liberalen Koalition von Kanzler Brandt anlegte. Trotz aller Vorbehalte gegenüber der *Neuen Ostpolitik* erwies sich Frankreich als loyaler Verbündeter, mit dem das Beziehungsnetz kontinuierlich ausgebaut wurde. Gerade die im Élysée-Vertrag festgelegte Konsultationspraxis bewies nun ihre Nützlichkeit und entwickelte sich in dieser delikaten Phase zu einem stabilisierenden Element in der Achse Paris-Bonn. Bei allem Entgegenkommen verlor Frankreich jedoch nie sein wichtigstes Ziel aus den Augen: die Garantie seiner Rechte für Deutschland als Ganzes und für Berlin als eine der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges.¹³

Obwohl sich die Bonner Politiker und die westdeutsche Öffentlichkeit nie ganz sicher waren, ob Frankreich nicht doch eines Tages den Lockungen aus Ost-Berlin erliegen und die DDR vorzeitig anerkennen würde, erwiesen sich die westdeutsch-französischen Beziehungen zwischen 1949 und 1973 als stabilisierendes Moment für den bundesdeutschen Staat. Während die SED zunehmend in die Defensive geriet und sich das Verhältnis zwischen der Parteiführung und den parteilich geführten Ostdeutschen während der Berlin-Krise einem neuen klimatischen Tiefpunkt näherte, ebnete Frankreich der Bundesrepublik als gleichberechtigter Staat den Weg in den Westen. Nicht hoch genug ist der Einfluss einzuschätzen, den die verschiedenen französischen Präsidenten und Regierungen auf die gesellschaftliche Akzeptanz der Westintegration in der Bundesrepublik ausübten.¹⁴ Symptomatisch war, dass sich das Vertrauen der Westdeutschen in ihren eigenen Staat im Moment der

12 Vgl. „M. Ulbricht dénonce le caractère «équivoque» de la politique gaulliste“, in: *Le Monde*, 20.9.1966.

13 Vgl. Wilkens, Andreas, *Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974*, München 1990; ders., „Accords et désaccords. La France, l'Ostpolitik et la question allemande 1969–1974“, in: Pfeil, Ulrich (Hg.), *La RDA et l'Occident* (1949–1990), Asnières 2000, S. 357–378.

14 Vgl. Dreyfus, François-Georges, „L'opinion allemande devant le traité de l'Élysée du 22 janvier 1963“, in: *Relations internationales* 37 (1984), S. 111–119.

Unterzeichnung des Élysée-Vertrages einem neuen Höhepunkt näherte.¹⁵ Westintegration und wirtschaftlicher Aufstieg wirkten auf die nationale Herausforderung demagnetisierend und ließen die DDR mehr und mehr zu einer Negativfolie werden. Die Achse Paris-Bonn und der Ausbau der gesellschaftlichen Kontakte waren vor diesem Hintergrund ein Anzeichen für das zunehmende Desinteresse der Westdeutschen an ihren „deutschen Brüdern im Osten“ und für die Öffnung der bundesdeutschen Gesellschaft nach Westen.

2. Das inoffizielle Dreiecksverhältnis – eine bilderreiche Perspektive (1949–1973)

Es gehörte zu den Charakteristika des Kalten Krieges in Europa, dass die Systemauseinandersetzung nicht mit militärischen Mitteln geführt wurde, sondern diese durch Propagandakampagnen nach innen und außen in Verbindung mit wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen verschiedenster Art ersetzt wurden. Die mit einem enormen organisatorischen und materiellen Aufwand betriebene auslandsinformatorische Arbeit der DDR gegenüber Frankreich, die sich ab 1957/58 ganz der Anerkennungs politik verschrieben hatte, reiht sich in den Kanon dieses ideologischen Wettstreits ein, konnte ihr Hauptziel jedoch nicht erreichen. Zwar erhöhte sich in den 1960er Jahren der Druck auf die von der Bundesrepublik aufrecht erhaltenen *Hallstein-Doktrin*, doch weder die politischen, noch die außenhandelspolitischen und kulturpolitischen Komponenten der DDR-Außenpolitik konnten sie zu Fall bringen. Auch wenn die Regierung in Paris die Anerkennungs bewegung zunehmend in ihre innen- und deutschlandpolitischen Überlegungen einbeziehen musste, reichte das Eigengewicht der DDR nicht aus, um einen Keil zwischen Paris und Bonn zu treiben. Weil die sozial-liberale Koalition in ihrer Politik des „Wandel durch Annäherung“ die Wiedervereinigungsperspektive im Moskauer Vertrag aufrecht erhalten konnte¹⁶, verlor

15 Vgl. Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich (Hg.), *Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945–1963–2003*, München 2005.

16 Vgl. Link, Werner, „Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien“, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 49 (2001) 2, S. 295–316.

die Anerkennungs bewegung „von unten“ einen Teil ihrer politischen Brisanz, so dass die französische Regierung Anfang der 70er Jahre in Abstimmung mit Bonn nicht mehr systematisch gegen Kontakte zwischen staatlichen Theatern und Museen in Frankreich und der DDR intervenierte.

Auch wenn es der SED-Anerkennungs politik nicht gelang, die DDR vor dem Grundlagenvertrag und der Aufnahme in die UNO als gleichberechtigten souveränen Staat in den internationalen Beziehungen zu etablieren, verdeutlicht der Blick auf Frankreich aber auch, dass die DDR bereits in den 1960er Jahren dank ihrer gezielten Imagepolitik als singuläre Identität wahrgenommen wurde. Über das kommunistische Milieu hinaus hatte sie mit ihren kulturellen Leistungen und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des östlichen Lagers auf sich aufmerksam gemacht. Die kulturelle Präsenz der DDR in Frankreich und ihr Selbstverständnis, als Vermächtnisverwalter von Autoren wie Brecht zu fungieren, verstärkten das Bild von einem alternativen deutschen Staat und fügten zu ihrer geopolitischen Realität im Jahre 1949 eine identifizierte Existenz im Jahre 1969 hinzu.¹⁷ Eine dem MfS zur Verfügung stehende Einschätzung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Öffentlichkeitsarbeit der DDR in Frankreich aus dem gleichem Jahr greift im Hinblick auf den Wahrnehmungsgrad ihrer Imagekampagnen daher zu kurz:

Kulturmaßnahmen der DDR – z. B. eine noch so erfolgreiche Brecht-Aufführung – würden deshalb keineswegs der DDR zugute kommen, sondern nur der deutschen Kultur. Die erwähnten Zielsetzungen und die schwierigen technischen Begleitumstände würden es mit sich bringen, dass die einsehbare DDR-Aktivität in Frankreich in Kleinstarbeit besteht, deren faktische Resultate oft kaum nennenswert seien.¹⁸

17 Vgl. Pfeil, Ulrich, „Die deutsche Zweistaatlichkeit in westlicher Perzeption – das Beispiel Frankreich“, in: Burrichter, Clemens/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.), *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Politik – Geschichte. Ein Handbuch*. Mit einer CD-ROM, Berlin 2006, S. 216–251.

18 Einzelinformation über die Einschätzung der Öffentlichkeitsarbeit der DDR in Frankreich durch das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1969; BStU, HVA 141, Bl. 108f.

Mochte dieses Urteil für die 1950er Jahre noch zugetroffen haben, konnte Ost-Berlin die Erfolge seiner kulturellen Produktion zunehmend auf sein eigenes Konto verbuchen und profitierte jetzt von der organisatorischen Bautätigkeit in der formativen Phase der DDR. Das kulturelle Konstrukt „DDR“ ließ sich nun mit seinen unterschiedlich fixierten Facetten über die ab 1957/58 angelegten Kommunikationskanäle exportieren und über die gewonnenen Bildträger vermitteln. Über die weltanschaulichen Grenzen hinweg hatte die SED in den unterschiedlichen kulturellen und politischen Milieus in Frankreich über den Kontakt zu Opinion leaders und Milieuöffnern ihr Aktionsfeld ausdehnen können, so dass bundesdeutsche Beobachter negative Folgen für die westdeutsch-französischen Beziehungen vorhersagten und Bonn immer öfter bei französischen Regierungsstellen vorstellig wurde. Zuträglich war dieser Entwicklung, dass die Kulturbeziehungen durch weltpolitische Ereignisse weniger in Mitleidenschaft gezogen wurden. So traten französische Künstler auch nach der Niederschlagung der Aufstände in Polen (Juni 1956) und Ungarn (Oktober 1956) und der französischen Beteiligung an der Suez-Krise im November 1956 in der DDR auf, so dass bereits in dieser frühen Phase eine Beziehungsnormalität auf niedrigem Niveau entstand.¹⁹

Eine besondere Brückenfunktion kam dem Antifaschismus zu, den die SED zur Ausschaltung innenpolitischer Gegner zum Gründungsmythos der DDR stilisiert hatte²⁰ und nach seiner Ausformung zu einem kulturellen Konstrukt massiv in der transnationalen Kommunikation mit Frankreich einsetzte, um sich als das moralisch „bessere“ Deutschland zu präsentieren. Die DDR instrumentalisierte den Antifaschismus als transnationalen Kitt, indem sie alte französische Feindbilder gegenüber Deutschland an die Bundesrepublik zu heften versuchte. Ohne die Wirkung überbewerten zu wollen, verschaffte der Antifaschismus der SED Anfang der 1970er Jahre eine bis dahin nicht gekannte innenpolitische Legitimation, die für den ostdeutschen Staat auch eine stabilisierende Wirkung auf der internationalen Bühne besaß.

19 Vgl. Bericht über die Beziehungen der DDR zu den westeuropäischen Ländern im IV. Quartal 1956; PA/AA, Bestand MfAA/A 630, Bl. 74–76.

20 Vgl. Pfeil, Ulrich, „Antifascisme et dénazification en zone d'occupation soviétique (SBZ) 1945–1948“, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 32 (2000) 1, S. 101–115; Leide, Henry, *NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR*, Göttingen 2006.

Mit gestärkter Brust zeigte die SED jetzt auch eine vorher nicht gekannte Bereitschaft, die Erinnerung an Exil und Emigration zum Anlass für einen dosierten wechselseitigen Austausch auf verschiedenen sozialen und kulturellen Feldern zu nehmen. In einem eng definierten Rahmen konnten jetzt auch die Erfahrungen der Frankreich-Emigration in die Beziehungen eingebracht werden, deren Vertreter sich jedoch zielgerichtet für politische Zwecke instrumentalisieren ließen und sich weder als Virtuosen der kulturellen Übersetzungsarbeit noch als Artisten in der Verschmelzung ganzer Wertehorizonte betätigten.

Die behutsamen Entwicklungstendenzen in der Perzeption der DDR wurden durch das französische Deutschlandbild erleichtert, in dem traditionell Platz für mehrere „Deutschländer“ war und das stets den gesamten germanophonen Raum im Blick behielt. Auch wenn das DDR-Bild durch Ereignisse wie den 17. Juni 1953²¹, den Mauerbau und die Beteiligung an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ immer wieder eingetrübt wurde, profitierte der ostdeutsche Staat davon, dass er sich in Frankreich immer weniger dem Systemvergleich mit der Bundesrepublik stellen musste. Indem als Vergleichsmaßstab für die DDR eher die anderen Volksdemokratien des Ostblocks herangezogen wurden, konnte sich das Bild eines wirtschaftlich reüssierenden und politisch stabilen Staates herausbilden, von dessen Existenz auch angesichts der unbeweglich erscheinenden Fronten des Ost-West-Konflikts in Zukunft auszugehen war.

Auch wenn die politische und kulturelle Landschaft Frankreichs dem DDR-Bild und seiner Verbreitung Entwicklungsmöglichkeiten eröffnete, markierte sie auch seine Grenzen. Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Industrieländern erwies sich die Stärke der PCF und ihre Brückenkopffunktion nur auf den ersten Blick als günstiger Faktor. In der Tat erleichterten die französischen Genossen nach einer diffizilen Anlaufzeit der DDR ihre Bemühungen um den Aufbau eines breiten Kommunikationsnetzes ab Ende der 1950er Jahre. Partei, Gewerkschaft und Freundschaftsgesellschaft waren stets erster Ansprechpartner. Eine fehlende Koordination von internationalistischen bzw. klassenkämpferischen Ansprüchen und nationalen Interessen

21 Vgl. Pfeil, Ulrich, „Comme un coup de tonnerre dans un ciel d'été“. *Französische Reaktionen auf den 17. Juni 1953. Verlauf – Perzeptionen – Interpretationen*, Berlin 2003.

machten die Parteibeziehungen zwischen SED und PCF aber immer wieder zu einem Drahtseilakt, der wie in den Monaten des „Prager Frühlings“ in regelmäßigen Abständen der Absturz folgte. Da die DDR als ideologischer Musterknabe des kommunistischen Lagers wenig Flexibilität zeigte, wurden weltanschauliche Gemeinsamkeiten von machtpolitischen Differenzen überlagert und ließen die Beziehungen zur PCF zu einem spannungsreichen Feld ihrer Westpolitik werden.

Auch im linken nichtkommunistischen Milieu Frankreichs besaß die DDR ihre Möglichkeiten. Viele seiner Angehöriger sahen in der Existenz der DDR eine Garantie für die europäische Sicherheit und den Frieden und nahmen ostdeutsche Kulturprodukte mit erstaunlicher Aufgeschlossenheit wahr. Förderlich wirkte zudem das fehlende Vertrauen französischer Sozialisten in die Bonner Sozialdemokraten, deren Verhältnis immer konfliktuell war. Doch auch wenn für die DDR dabei immer wieder Krümel vom Tisch fielen, die sie als Bestätigung für ihre Politik auffasste, verhinderte die repressive Politik der SED in ihrem eigenen Land weitergehende Erfolge. Zugleich musste Ost-Berlin mit ansehen, wie die gesellschaftliche Öffnung und die größere außenpolitische Flexibilität Bonns nach der Regierungsübernahme der sozial-liberalen Koalition das Bild der Bundesrepublik weiter aufhellte, während die parallel dazu verlaufenden Abschottungsbestrebungen der SED die DDR im deutsch-deutschen Wettstreit auf französischem Boden wieder zurückwarfen.

Die Bundesrepublik und Frankreich hatten nach 1945 einen Weg eingeschlagen, der in den gesellschaftlichen Beziehungen auf Austausch, Annäherung und Kennenlernen setzte. In seiner kulturgeschichtlichen Einführung in die deutsch-französischen Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert kommt Hans Manfred Bock zu dem Schluss, dass der allergrößte Teil des transnationalen Kulturaustauschs „vermittels gesellschaftlicher Organisationen und Initiativen von Gruppen oder Einzelpersonen“ erfolgte, während die offiziellen Kulturbeziehungen in Obhut der Regierungen nur „die Spitze des Eisberges“ darstellten.²²

22 Bock, Hans Manfred, „Wiederbeginn und Neuanfang in den deutsch-französischen Gesellschafts- und Kulturbeziehungen 1949 bis 1950“, in: *Lendemains* 21 (1996) 84, S. 58-64, hier S. 60.

In der Phase der diplomatischen „Nullbeziehungen“ war die SED auf die Beziehungen zwischen der von ihr weitgehend verstaatlichten DDR-Gesellschaft und der ganzen Breite der französischen Zivilgesellschaft angewiesen, die sie politisieren wollte, um ihr Potential in die Anerkennungsbewegung einzubringen und den „Anerkennungsdruck“ auf die französische Regierung zu erhöhen. Nachdem sie zur Durchsetzung ihres Herrschaftsmonopols nach innen alle zivilgesellschaftlichen Initiativen mit ihrem interaktiven bzw. kommunikativen Charakter so weit wie möglich ausgeschaltet hatte, musste sie die DDR zur Dynamisierung ihrer Anerkennungspolitik und ihrer Imagekampagnen als eine kommunizierende Gesellschaft präsentieren. Sie wollte dieses Ziel über eine zivilgesellschaftliche Fassade erreichen und sich daher nicht völlig gesellschaftlichen Begegnungen über den Eisernen Vorhang hinweg verweigern. Wohl oder übel sah sie sich gezwungen, Kommunikationslöcher im „antifaschistischen Schutzwall“ zuzulassen, die das Informationsmonopol der SED zwar nicht aufheben konnten, aber doch einschränkten und einen bescheidenen Platz für Öffentlichkeit schufen. Das mittlerweile existierende Beziehungsnetz zwischen der DDR und Frankreich ließ die systemübergreifenden Kontakte nach der diplomatischen Anerkennung zu einem politisch-ideologischen Balanceakt zwischen Abgrenzung und Öffnung werden, dessen Ausgang zu diesem Zeitpunkt aber noch offen war.

3. Das offizielle Dreiecksverhältnis (1973–1990)

Nachdem der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 auch in Frankreich enthusiastisch aufgenommen worden war, weckte die Perspektive einer bevorstehenden deutschen Vereinigung wieder alte Ängste und schürte überkommen geglaubte Heterostereotype. Die wirtschaftliche und demographische Macht des nun auch politisch volljährig gewordenen ehemaligen „politischen Zwergs“ Deutschland bewirkte in allen gesellschaftlichen und politischen Milieus Frankreichs ein Nachdenken über das eigene nationale Selbstverständnis und den Platz Frankreichs in dem sich neu konstituierenden Europa. Obwohl Mitterrand immer wieder betonte, die deutsche Vereinigung entspreche einer natürlichen Bewegung in der Geschichte, fiel dem

französischen Staatspräsidenten der Gedanke an diese neue geopolitische Situation sichtlich schwer. Seine Vorstellungen waren von dem aus der französischen Geschichte geborenen Selbstbild bestimmt, in das de Gaulle „une certaine idée de la France“ implantiert und der 1981 gewählte sozialistische Präsident mit ähnlichen Absichten das Paradigma „tenir le rang de la France“ als Ziel seiner außenpolitischen Aktivitäten hinzugefügt hatte. Mit der Vollendung der deutschen Einheit verlor Frankreich jedoch nicht nur den seit 1945 bestehenden Status als Schutzmacht über seinen östlichen Nachbarn, der ihm in der Zukunft als souveräner und gleichberechtigter Partner begegnen würde, sondern mit seinen Rechten für Deutschland als Ganzes und Berlin zugleich sein gewichtigstes Instrument im „Konzert der Großen“. Unabhängigkeit und Einzigartigkeit bei gleichzeitiger Solidarität mit den Verbündeten bildeten eine Kontinuitätslinie der französischen Außenpolitik von Robert Schuman über Charles de Gaulle bis zu François Mitterrand.

Europa als Hauptanliegen der französischen Außenpolitik mit den westdeutsch-französischen Beziehungen als stabilisierende und antreibende Achse ließ wenig Platz für die DDR. Zwar erhoffte sich die Ost-Berliner Führung sowohl von der ambitionierten Formel de Gaulles „Vom Atlantik bis zum Ural“ wie auch von der oftmals pragmatischen Ostpolitik seiner Nachfolger positive Rückwirkungen für ihre eigene Position im internationalen Gefüge, doch musste sie über den gesamten Zeitraum ihrer Existenz immer wieder erkennen, dass visionäre Zielsetzungen zur Überwindung der bipolaren Weltordnung zumeist nur folgenlose Rhetorik blieben, die weder zur Schwächung des Westens noch zu entscheidenden Durchbrüchen in der deutsch-deutschen Konkurrenzsituation zu nutzen waren. Obwohl es stets zum Repertoire der DDR-Frankreichpolitik gehörte, Zwietracht zwischen Paris und Bonn zu sähen und alte Dämonen und Bedrohungsszenarien zu reaktivieren, dominierten im westdeutsch-französischen Verhältnis die gemeinsamen Interessen an Friedenssicherung über potentielle nationale Rivalitäten und ließen dem ostdeutschen Staat kaum Gelegenheit, sich zwischen die beiden Partner zu stellen. Zudem entwickelten die wirtschaftliche Macht der Bundesrepublik und die politische Führungsrolle Frankreichs trotz aller Interessengegensätze und momentanen atmosphärischen Störungen im Verhältnis zwischen Paris und Bonn eine verbindende Komplementarität. Die Akzeptanz dieser Aufgabenverteilung ab den 1970er Jahren erlaubte den Franzosen, sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in der Leadership-Rolle zu wiegen, während

die Bundesdeutschen mit französischer Unterstützung die beschränkte Souveränität ihres Staates innerhalb einer geteilten Nation weitgehend vergessen machen wollten.²³

Von diesen Grundkoordinaten ausgehend konnte Frankreich nach 1973/74 bzw. in größerem Maße ab 1980/81 die bilateralen Beziehungen zur DDR auf offizieller Ebene ausbauen. Auf breiterem westdeutsch-französischen Konsens als noch in den 1960er Jahren entstanden zwischen Frankreich und *l'autre Allemagne* ausgedehntere politische Kontakte, in denen zum Leidwesen der SED-Führung jedoch weder Giscard noch Mitterrand Zweifel an ihrer deutschlandpolitischen Präferenz ließen. Zu einem Zankapfel zwischen Frankreich und der Bundesrepublik entwickelte sich die DDR nur, wenn sie – wie im Fall des sozialistischen Parteichefs und späteren Präsidenten der Republik – für innenpolitische Belange instrumentalisiert wurde²⁴ und dadurch die politischen Freunde auf der anderen Seite des Rheins in die innenpolitische Defensive gerieten, wie es u. a. die Bonner Sozialdemokraten zu ihrem großen Ärger erleben mussten.

Auch wenn sich die Bundesrepublik angesichts des dichter werdenden „anderen“ deutsch-französischen Beziehungsnetzes weiterhin in einer deutsch-deutschen Konkurrenzsituation auf französischem Boden sah und bemüht war, die DDR nicht als gleichrangigen deutschen Staat in Frankreich in Erscheinung treten zu lassen, weisen die gelasseneren Reaktionen der Regierenden in Bonn wie die größere Unaufgeregtheit der öffentlichen Meinung auf ein gestiegenes Selbstbewusstsein und einen Mentalitätenwandel in der Bundesrepublik hin. Die DDR war für die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger zur Negativfolie geworden, deren Existenz auf die „Bonner Republik“ eher affirmativ und systemstabilisierend wirkte.²⁵ So wie sich bei den Regierungen in Paris und Bonn die Überzeugung durchgesetzt hatte, dass wirtschaftliche Produktivität und sozialer Konsens nur auf Grundlage des Gemeinsamen Marktes unter maßgeblicher Führung des west-

23 Vgl. Rosoux, Valérie-Barbara, *Les usages de la mémoire dans les relations internationales. Le recours au passé dans la politique étrangère de la France à l'égard de l'Allemagne et de l'Algérie, de 1962 à nos jours*, Brüssel 2001, S. 64.

24 Vgl. Stephan, Ina, *Aufstieg und Wandel der Parti socialiste in der Ära Mitterrand (1971–1995)*, Opladen 2001.

25 Vgl. Kleßmann, Christoph, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1991, S. 256f.

deutsch-französischen Motors zu erreichen sein würden, hatte sich bei den Bundesdeutschen die Gewissheit verstärkt, dass ihre politische und kulturelle Gegenwart bzw. Zukunft nur im Westen liegen könne. Der scheinbar betonierte Status quo in der deutschen Frage geriet immer mehr in Opposition zu den „dynamischen Zeiten“ in der sich stetig verwestlichenden Bundesrepublik und den zunehmenden westdeutsch-französischen Verflechtungen auf gesellschaftlicher Ebene. Im deutsch-deutschen Verhältnis nahmen hingegen die West-Ost-Verflechtungen eher ab, und den meisten Bundesbürgern kamen schließlich die Strände des französischen Atlantiks und der Côte d’Azur näher vor als das oftmals nur wenige Kilometer entfernte Nachbardorf jenseits des Eisernen Vorhangs, während die Ostdeutschen angesichts der Frustrationen über die unbefriedigende Versorgungslage in der DDR ihren Blick immer stärker auf den Westen fixierten.²⁶

In diesem bilateralen Gleichgewicht hatten sich sowohl die Bundesrepublik als auch Frankreich in den 1980er Jahren nachbarschaftlich eingerichtet, als die Demonstranten in den Straßen von Ost-Berlin, Leipzig und Dresden mit dem demokratischen Slogan „Wir sind das Volk“ das Ende der SED-Herrschaft einläuteten und mit der Fortentwicklung zu der nationalen Variante „Wir sind ein Volk“ die schon beantwortet geglaubte deutsche Frage wieder neu stellten. Angesichts dieser unerwarteten Entwicklung geriet auch die westdeutsch-französische Statik kurzfristig ins Wanken und konfrontierte Paris mit der Herausforderung, die über kurz oder lang zu erwartende Nivellierung des völkerrechtlichen Status’ zwischen den beiden Partnern in ein neues tragfähiges Koordinatensystem zu überführen. Mitterrands Antwort war von der Geschichte geprägt und verlängerte die rote Linie der französischen Deutschlandpolitik auch über die Epochengrenze 1989/90 hinaus, als er das Verbindungsnetz des „couple franco-allemand“ mit der westlichen bzw. europäischen Integrationspolitik weiter verdichtete. Die Existenz der DDR blieb folglich über die gesamten 40 Jahre ein stimulierendes Moment zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, weil beide ihr gegenüber konträre

26 Vgl. Niethammer, Lutz, „Methodische Überlegungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Doppelgeschichte, Nationalgeschichte oder asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?“, in: Kleßmann, Christoph (Hg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999, S. 307–327, hier S. 325f.

Interessen verfolgten und diese aus übergeordneten Beweggründen in Einklang bringen wollten: Weil Ost-Berlin jedes Anzeichen von Interessendivergenz für sich nutzen wollte und das „couple franco-allemand“ auf vielen Feldern wechselseitig aufeinander angewiesen war, zwang die Realität des ostdeutschen Staates beide zu einer engen permanenten Abstimmung, aus der sich eine Katalysatorwirkung ergab, die Frankreich und das vereinigte Deutschland nach 1989/90 neu definieren mussten.²⁷

Die SED hatte sich nach der offiziellen Anerkennung 1973 am Ziel ihrer Wünsche gewährt und meinte, den Status quo in der deutschen Frage unwiderruflich gefestigt zu haben. Ihre konstruktive Mitarbeit in den verschiedenen internationalen Organisationen²⁸ und die Routine, die in die offiziellen ostdeutsch-französischen Beziehungen einzog, sorgten für einen Zuwachs an Anerkennung und gaben der DDR auf internationalem Parkett den Schein der Normalität. Um diesen zu bewahren und die außenpolitischen Handlungsspielräume weiter auszubauen, setzte die SED auf die Dialektik ihrer Politik der friedlichen Koexistenz und versuchte unter Wahrung einer entspannungspolitischen Grundtendenz von den politischen und ökonomischen Vorteilen ihrer Westkontakte zu profitieren, um langfristig das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der sozialistischen Staaten zu verändern.²⁹ Die erfolgreiche Umsetzung dieser Zielsetzung sollte in den folgenden Jahren in erster Linie von zwei Faktoren abhängen: Erstens musste die DDR ihr politisches und wirtschaftliches Eigengewicht wahren, besser noch erhöhen, um sich im Westen als unumgänglicher Verhandlungspartner zu profilieren. Zweitens musste sie die Dialektik von so wenig Öffnung wie nötig, so viel Abgrenzung wie möglich sowohl gegenüber dem Ausland wie gegenüber der eigenen Bevölkerung als schlüssige Einheit auflösen, wenn sich diese Politik nicht auf beiden Ebenen gegen sie wenden sollte.

Während hinter einer scheinbar stabilen Fassade die Erosion schon eingesetzt hatte, interpretierte Honecker die Bereitschaft von Politikern wie Mitterrand zu bilateralen Gesprächen auf höchster Ebene und die diplomatischen Gepflogenheiten folgenden konsensuellen Pressecommuniqués zum

27 Vgl. Woyke, Wichard, *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder Tritt*, Opladen 2000.

28 Vgl. Siebs, Benno-Eide, *Die Außenpolitik der DDR 1976–1989*, Paderborn 1999, S. 392.

29 Siebs, a. a. O., S. 417.

Leidwesen der französischen Kommunisten als Ausdruck eines gewachsenen Eigengewichts der DDR. Die in dem frankreichpolitischen Strategiepapier rituell wiederkehrenden Floskeln von den immer neuen Krisen des Kapitalismus bei parallel dazu konstatierten permanenten Fortschritten des Sozialismus in der weltanschaulichen Konkurrenzsituation gerieten schließlich zur Makulatur mit autosuggestiven Zügen zur Beruhigung des eigenen sozialistischen Gewissens. Die sich als Pyrrhus-Siege herausstellenden diplomatischen Erfolge der DDR wirkten am Ende der Ära Honecker betäubend auf den Wirklichkeitssinn der Partei- und Staatsspitze, der durch die Monopolisierung von Entscheidungsmacht in einem Führungszentrum die Fühler und Antennen für gesellschaftliche Prozesse und internationale Entwicklungen abhandeln gekommen waren. Da jeder Versuch zur Veränderung des Systems die Einheit von Partei und Gesellschaft in Frage stellte, wurden die verschiedenen Warnsignale, wie sie u. a. die PCF sandte, nicht mehr ins Blickfeld genommen. Auch aus den zentralisierten Staatsorganen und Massenorganisationen kamen keine korrigierenden Anstöße mehr, weil in der inszenierten Macht der SED die Regelungsmechanismen und die Fähigkeiten zur Fehlerdiagnose verkümmert waren.

Beunruhigende Nachrichten aus der eigenen Republik erreichten Honecker vielfach nicht mehr bzw. ließ er nicht mehr an sich herankommen. Die einem neuen Personenkult gleichkommende Berichterstattung nach Treffen mit westlichen Politikern ließ auch die meisten Mitglieder des Politbüros bis zum Ende in dem Glauben, dass die prestigösen Westreisen des Staatsratsvorsitzenden und die dem diplomatischen Protokoll geschuldeten Höflichkeits- und Wertschätzungsritualen wie bei den Treffen von Honecker mit Laurent Fabius (1985) und François Mitterrand (1988) die innere Akzeptanz des Systems erhöhen bzw. von sich zuspitzenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Defiziten ablenken würden. Räumlich wie intellektuell auf Entfernung zu den innenpolitischen Problemen sonnte sich der erste Mann der Partei immer selbstverliebt in dem Blitzlichtgewitter der internationalen Presse und kostete die Empfänger in den westlichen Hauptstädten aus. Der gezielte Einsatz von Symbolik gepaart mit Repression nach innen und die bis zum Ende aufrecht gehaltene Zukunftsgläubigkeit der SED täuschten auch den westlichen Beobachter über den wahren Zustand des SED-Staates hinweg, dessen Stabilitätsfiktion erst die Demonstranten im Herbst 1989 wegweisen mussten.

Ihr mutiges Aufstehen gegen eine reformunwillige Führung war der letzte Hinweis, dass der Drahtseilakt der SED zwischen Öffnung und Abgrenzung gescheitert war, nachdem es ihrer Imagepolitik bis in die 1980er Jahre auch in Frankreich gelungen war, die Perzeption der DDR als „Kunstprodukt“ des Kalten Krieges zu überwinden und das eigene Gemeinwesen als stabilen und wirtschaftlich reüssierenden Staates erscheinen zu lassen. Wie wollte die SED ihren Bürgern dauerhaft und überzeugend erklären, dass ihre führenden Politiker in regelmäßigen Abständen in den westlichen Hauptstädten zu Gast waren, während ihnen bei Westreisen eine schier unüberwindbare Mauer im Weg stand? Wie wollte sie das Feindbild vom Westen aufrechterhalten, während sich Honecker und Mitterrand freundschaftlich begrüßten? Wie konnte sie ihre Abgrenzungspolitik legitimieren, wenn sie zur positiven Darstellung der eigenen Politik die zustimmenden Kommentare namhafter französischer Politiker in ihren Presseorganen abdruckte? Eine Antwort sah die SED in dem Ausbau des Apparates der Staatssicherheit als Folge der internationalen Anerkennung zur Abwehr der „politisch-ideologischen Diversion durch den Gegner“³⁰; doch zeigten die Beispiele des „Centre culturel français“ in Ost-Berlin und die Beschattungsaktionen gegenüber französischen Diplomaten sowie anderen französischen Bürgern durch das MfS die Ineffizienz seines aufgeblähten Überwachungsapparates. Auf den freieren Informationsfluss und die steigende Anzahl von Westkontakten konnte das MfS zumeist nur reagieren bzw. das Beobachtete in unzähligen Berichten festhalten; die auch von der DDR unterschriebenen internationalen Vereinbarungen (z.B. KSZE-Schlussakte, Kulturabkommen) schränkten die Handhabe der Staatsorgane jedoch ein und setzten ihren Allmachts- und Abgrenzungsphantasien Grenzen.

Gerade auf dem Feld der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich wurde deutlich, wie sich vordergründige außenpolitische Erfolge wie die diplomatische Anerkennung 1973, die KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975 und auch das Kulturabkommen mit Frankreich von 1980 mittelfristig zu einer neuen Belastung für die SED entwickelten und das Legitimationsdefizit weiter verschärften. Während die

30 Vgl. Vollnhals, Clemens, „Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der „Partei“. Das Ministerium für Staatssicherheit“, in: ders./Weber, Jürgen (Hg.), *Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur*, München 2002, S. 113–156.

Staatspartei die Unterzeichnung von internationalen Verträgen wie selbstverständlich als Zementierung ihrer äußeren wie inneren Position verstand, unterschätzte sie die neuen Verpflichtungen und Erwartungen, die das „Erwachsenwerden“ mit sich brachte. Mit ihrem neuen Status als gleichberechtigtes Mitglied der Staatenwelt musste sie mit der Wechselseitigkeit von transnationalen Beziehungen auch den reziproken kulturellen und gesellschaftlichen Austausch akzeptieren.

Als Konrad Naumann, Mitglied des SED-Politbüros, 1985 dem Parteiorgan der SED Schönfärberei vorwarf, erinnerte Honecker ihn an die Folgen jener Losung des Prager Frühlings „Weg mit der Erfolgspropaganda, her mit der Wahrheit“, die die herrschende kommunistische Partei an den Rand des Abgrunds geführt hatte.³¹ In ihren Potemkinschen Dörfern hatte sich das SED-Regime selbst der gesellschaftlichen „Frühwarnsysteme“ und der Fähigkeit zur Selbstbeobachtung beraubt, so dass die SED – wie auch die westliche Öffentlichkeit – die scheinbaren außenpolitischen Erfolge der DDR unbehelligt von jeglicher Kritik als Zeichen einer weiterhin vorhandenen Leistungsfähigkeit wahrnehmen konnte und nicht registrierte, wie auch die Beziehungen zu Frankreich die innere Aushöhlung ungestört voranschreiten ließ und die innere Auflösung schließlich besiegelte.

Am 10. November 1989 versprach der französische Kommunistenchef Georges Marchais seinem „Genossen“ Egon Krenz die volle Unterstützung seiner Partei auf dem „voie du renouveau“ und sah in dem von ihm erwarteten Neubeginn den einzig gangbaren Weg für die Zukunft des Sozialismus.³² Diese Hoffnung erwies sich als Illusion, als die Sogwirkung des bundesdeutschen Gegenmodells den Vereinigungsdruck permanent erhöhte, und die SED-Führung einsehen musste, dass sich auch Diktaturen auf Dauer nicht mit einer „loyalen Widerwilligkeit“ ihrer Bürger zufrieden geben können, sondern eines Mindestmaßes an Legitimationsglauben, loyaler Zustimmung und aktiver Partizipation bedürfen.

31 Zit. in: Eisenfeld, Bernd: „Flucht und Ausreise – Erkenntnisse und Erfahrungen“, in: Vollnhals/Weber, ebd. S. 341–372.

32 Georges Marchais à Egon Krenz, 10 novembre 1989; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/327, Bl. 11.

Daniel Vernet

Das „Non“ der Franzosen zur EU-Verfassung. Europa als Geisel der Innenpolitik*

Lassen Sie mich zunächst ein paar Sätze über die Europa-Politik bzw. über die Europa-Stimmung in Frankreich sagen, die nicht besonders erfreulich ist. Ich habe als Untertitel dieses Vortrages die Formulierung „Europa als Geisel der Innenpolitik“ gewählt, weil ich der Ansicht bin, dass die Innenpolitik in den letzten Monaten in Frankreich bei allem, was Europa betrifft, eine sehr große Rolle gespielt hat.

Zunächst zum Referendum vor einem Jahr. In Frankreich ist ein Referendum eher ein Plebiszit, anders als in der Schweiz. Die Schweizer sind an häufige Volksabstimmungen gewöhnt, über ganz unterschiedliche Dinge. Das ist in Frankreich nicht der Fall. Hinzu kommt, dass die Franzosen die schlechte Angewohnheit haben, nicht die gestellte Frage zu beantworten, sondern ganz andere Fragen.

Es ist festzuhalten, dass Präsident Chirac seit 1995, seit Anfang seiner ersten Amtszeit, fast alle Wahlen verloren hat, mit Ausnahme der Wahl von 2002 – eine Ausnahme unter verschiedenen Gesichtspunkten. Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2002 erhielt Chirac im ersten Wahlgang knapp 20 Prozent der Stimmen, ein sehr schlechtes, vielleicht das schlechteste Ergebnis eines Präsidenten in Frankreich seit 1969, also fast seit Beginn der Fünften Republik. Aber im zweiten Wahlgang erhielt Chirac mehr als 82 Prozent der Stimmen, weil sein Konkurrent der Rechtsextremist Le Pen war. Das war eine Ausnahme in der französischen Politik. Nach diesen Präsidentschaftswahlen erreichte Chirac bzw. seine Partei eine überwältigende Mehrheit im Parlament. Aber das war, wie erwähnt, eine Ausnahme – alle anderen Wahlen hat Chirac verloren. Im Jahr 1997, nach der Auflösung der Nationalversammlung, hat er die Wahl verloren, er hat danach die Kommunalwahlen, die Regionalwahlen, die Europa-Wahlen verloren; es wäre also überraschend gewesen, wenn er das Referendum gewonnen hätte. Er wollte wahrscheinlich

* Mitschnitt eines Vortrags gehalten am 6. Juni 2006 im Rathausfestsaal Erfurt.

mit diesem Referendum an den Erfolg von Mitterrand nach dem Maastrichter Vertrag anknüpfen. Dieser hatte damals, 1992, ein Referendum über Maastricht, über die gemeinsame Währung, sehr knapp gewonnen. Im Wahlkampf 2002 hatte Chirac angedeutet, dass er möglicherweise ein Referendum über die künftige EU-Verfassung abhalten würde, aber er hatte sich nicht festgelegt. Es gibt Anhaltspunkte für eine Abmachung zwischen Chirac und Blair in diesen Jahren, weder in Frankreich noch in Großbritannien ein Referendum zu organisieren. Blair hat dann aus innenpolitischen Gründen diese Abmachung nicht gehalten und ein Referendum angekündigt. Ich weiß nicht, ob Blair die Absicht hatte, dieses Referendum wirklich zu organisieren – das ist eine Frage, die heute nicht zu beantworten ist und nicht zu beantworten sein wird –, aber Chirac konnte dann natürlich nicht zurückstehen. Er musste ebenfalls ein Referendum ankündigen, was er dann – zögerlich zwar – auch tat. Für ihn war es auch eine Gelegenheit, die Linke und besonders die Sozialistische Partei zu spalten. Das ist ihm gelungen, vielleicht sogar über seine Erwartungen hinaus. Die Sozialistische Partei hat Ende 2004 eine Umfrage innerhalb der Partei gemacht, ob die Mitglieder der Verfassung zustimmen oder sie ablehnen würden. Das Ergebnis – 60 Prozent für die Verfassung, 40 Prozent dagegen – war eine Ermutigung für Chirac, das Referendum abzuhalten. Denn mit einer Mehrheit in der Sozialistischen Partei und mit seiner eigenen Mehrheit auf der rechten Seite und im Zentrum der politischen Landschaft war das Ergebnis des Referendums zwar nicht sicher, aber die Aussichten waren gut. Das war eine Fehleinschätzung, die darauf zurückzuführen ist, dass die Stimmung in den letzten Wochen vor dem Referendum 2005 eine eigene Dynamik entwickelte, die nicht vorhersehbar war. Es bildete sich eine merkwürdige Konstellation. Nicht nur bei den traditionellen Gegnern der europäischen Integration, bei den Rechts- und den Linksextremisten, sondern auch im politischen Mittelfeld entwickelte sich eine lebhaft Diskussion über die Verfassung. Gleichzeitig suchten die Anhänger des ‚Non‘ in der Sozialistischen Partei, die eine Niederlage bei dem internen Referendum erlitten hatten, eine Revanche im nationalen Wahlkampf. Dabei war die Hauptfigur der ehemalige Premierminister von François Mitterrand, Laurent Fabius. Früher, als er in der Regierung war, hatte man ihn den „französischen Tony Blair“ genannt und als so genannten Liberalsozialisten betrachtet – un socialiste libéral. Er befürwortete die Privatisierung der Staatsunternehmen, als er Finanzminister war in der Regierung Jospin, aber gleichzeitig kämpfte

er gegen die europäische Verfassung, weil er der Ansicht war, diese Verfassung schaffe ein neoliberales Europa. Es stellt sich die Frage, ob das ein echter Überzeugungswechsel war. Ich meine, es war eher der Gedanke, seinen Einfluss in der Partei wieder zu gewinnen. Wenn die Rechnung aufginge, so hoffte er, dann könnte er die Partei erobern, dann könnte er der Kandidat der Sozialistischen Partei für die nächsten Präsidentschaftswahlen 2007 werden und sogar die ganze Linke zusammenschließen. Die Linke, die von Anfang an aus Feindschaft gegenüber Europa gegen die Verfassung war, aber auch die Linke links von der Sozialistischen Partei, die Jospin im April 2002 den Sieg gekostet hatte.

Selbstverständlich wären alle diese taktischen Überlegungen zum Scheitern verurteilt gewesen, wenn es in Frankreich nicht bereits Grundströmungen gegen Europa oder gegen die Verfassung gegeben hätte. Diese Grundströmungen gegen Europa *und* gegen die Verfassung, also im Prinzip gegen die europäische Integration, gibt es auf der linken wie auf der rechten Seite. Hinzu kamen aber auch eigentlich überzeugte Europäer, die dennoch Bedenken gegen die Verfassung hatten, und alle diese Strömungen haben sich vereinigt.

Man sieht die Kluft zwischen geträumtem und realem Europa. Wenn man diejenigen beiseite lässt, die schon immer gegen die europäische Integration waren (wenn auch einige von ihnen damals sagten und noch sagen, sie seien nicht gegen Europa, sie seien gegen *dieses* Europa, diese Form von Europa), dann gab es mindestens vier oder fünf Gründe, mit ‚Nein‘ zu stimmen.

Der erste Grund war die wirtschaftliche und soziale Konjunktur in Frankreich vor einem Jahr, die hohe Arbeitslosigkeit, die zu einem Unbehagen in der Bevölkerung geführt hatte.

Der zweite Grund war die Vorstellung, die ich – Stichwort Fabius – schon erwähnt habe, nämlich dass das Europa der Verfassung ein neoliberales Europa sein würde. Viele Franzosen sehen in diesem neoliberalen Europa die Wurzel, die Gründe der sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Auch Chirac hat das einmal gesagt. Das gehört zu der Stimmung gegen die Globalisierung, die man in Frankreich „Mondialisation“ nennt, weil wir das amerikanische Wort „Globalization“ nicht benutzen möchten. Dabei sehen wir Europa manchmal als ein Bollwerk gegen die Globalisierung, manchmal als ein Instrument für die Durchsetzung der Globalisierung. Es ist sehr schwierig, in Frankreich jemanden zu finden, der die Vorteile, die Chancen der Globalisierung unterstreicht. Die große Mehrheit meint, dass die Globali-

sierung eine Gefahr für das französische oder das europäische soziale Modell bedeutet.

Damit bin ich beim dritten Grund für das ‚Nein‘, nämlich der Befürchtung, das Sozialmodell werde durch die Verfassung, durch die europäische Integration gefährdet, auch wenn manche in Frankreich durchaus sehen, dass das französische Sozialmodell nicht nur durch Europa gefährdet ist.

Der vierte Grund betrifft die Erweiterung der Europäischen Union, weniger die zukünftigen Erweiterungen als die letzte große Erweiterung vor zwei Jahren nach Ost- und Zentraleuropa. Diese Erweiterung war in Frankreich und wahrscheinlich in einigen anderen „alten“ Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eher erduldet als gewollt. Dabei spreche ich noch gar nicht über die Türkei. Aber auch der mögliche Beitritt der Türkei in die Europäische Union hat bei dem Referendum in Frankreich eine Rolle gespielt und das ‚Nein‘ verstärkt. Um die Abstimmung über die Verfassung nicht zu einer Abstimmung über den Beitritt der Türkei werden zu lassen, hat Chirac die französische Verfassung dahingehend ändern lassen, dass in Zukunft jede weitere Erweiterung durch ein Referendum in Frankreich entschieden werden muss. Es wird also, und das ist jetzt Verfassungsrecht, über Kroatien hinaus keine Erweiterung der EU ohne ein Referendum in Frankreich geben.

Es gibt weitere Gründe für das ‚Nein‘, die jedoch keine bedeutende Rolle gespielt haben, so zum Beispiel die Diskussion zwischen Verfassungsrechtlern darüber, ob es eine Verfassung ohne Staat geben kann, oder ob es sich wirklich um eine Verfassung handelt oder nicht eher um einen Vertrag, und es gab auch Debatten über die Institutionen und deren Reformen. Das aber waren nur Nebengründe für die Ablehnung. Die Hauptgründe sind die vier, die ich genannt habe:

das soziale Unbehagen,
die Furcht vor einem neoliberalen Europa,
die Furcht vor dem Ende des französischen Sozialmodells
und das Unbehagen mit der Erweiterung.

Ich denke nicht, dass alles bisher Gesagte bereits Geschichte ist. Eher sind dies die Grundlagen, auf denen es möglich – oder unmöglich – sein wird, in Europa weiterzukommen.

Nach dem ‚Nein‘ zur Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden scheint mir die deutsche Haltung die folgende zu sein: Eine Mehrheit von Mitgliedsstaaten hat den Verfassungsvertrag ratifiziert, entweder in den Parlamenten oder mit Referenda wie in Spanien und in Luxemburg. Diese Mehrheit darf nicht überstimmt werden durch zwei Mitgliedsstaaten, auch wenn es zwei Gründungsmitglieder sind, Frankreich und die Niederlande. Diese haben zwar durch Volksabstimmungen abgestimmt, aber sie können die Entscheidung nicht für alle 25 Mitglieder treffen. Man kann auf der einen Seite nicht übersehen, dass in Frankreich und in den Niederlanden die Verfassung abgelehnt wurde, aber auf der anderen Seite ist es ein normaler demokratischer Vorgang, dass auch die Mehrheit berücksichtigt wird.

Wie kann man aus dieser Sackgasse kommen? Eine Möglichkeit wäre, ein zweites Referendum abzuhalten wie in Dänemark über den Maastricht-Vertrag oder wie in Irland über den Vertrag von Nizza. Aber das ist sehr schwierig, meiner Meinung nach sogar unmöglich. Nicht etwa deshalb, weil für Franzosen etwas unmöglich ist, was für Dänen oder für Iren erträglich war. Es ist etwas anderes. Der Unterschied zwischen dem Referendum über die Verfassung und den Referenda über Maastricht oder Nizza in Dänemark bzw. Irland besteht darin, dass es in den Fällen von Dänemark und Irland um ein landesspezifisches Problem ging. Dänemark hatte Probleme mit dem Maastrichter Vertrag wegen der gemeinsamen Währung. Es war möglich, dafür eine Lösung zu finden, die so genannte opting-out-Lösung. Im Fall Irland und Nizza-Vertrag war die Frage die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik. Auch hier war es möglich, eine besondere Lösung für Irland zu finden.

Im Fall der Verfassung stellt sich das Problem ganz anders dar, weil darin das Gesamtgebäude der europäischen Institutionen infrage gestellt wird. Eine zweite Abstimmung über den gleichen Text scheint mir daher ausgeschlossen. Der Vorschlag von Bundeskanzlerin Merkel, ein Zusatzprotokoll über das Sozialmodell zu erstellen und diesen neuen Text in einem Referendum vorzustellen, könnte ein Ausweg sein. Aber es gibt ein zusätzliches Problem, nämlich die Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Frühling 2007. Der erste Wahlgang wird Ende April sein, der zweite Anfang Mai. Damit sind wir zurück bei der französischen Innenpolitik. Jeder Kandidat, jede Kandidatin, wer immer er oder sie sein wird, kann die Nein-Sager auf beiden Seiten des politischen Spektrums nicht übersehen. Das heißt, dass wir in Frankreich noch

ein Jahr damit warten müssen, eine Entscheidung über die Fortsetzung des EU-Verfassungs-Prozesses zu treffen.

Was können wir in der Zwischenzeit tun? Man kann die Denkpause, die vor einem Jahr ausgerufen wurde, verlängern. Das aber ist schwierig, wenn man nicht den Eindruck von Ohnmacht oder Machtlosigkeit erwecken will. Man kann auch die Taktik des Rosinenpickens anwenden und unstrittige oder unstrittig erscheinende Elemente der Verfassung herauspicken, zum Beispiel den neuen Außenminister Europas mit der doppelten Funktion – als Mitglied der Kommission und als Vertreter des Rates. Dagegen gäbe es aber mindestens zwei Einwände. Erstens würde das bedeuten, dass die Verfassung Stück für Stück infrage gestellt würde. Zweitens war der Verfassungsentwurf das Ergebnis mehrerer Kompromisse. Wenn man lediglich einzelne Elemente der Verfassung in Kraft setzt, wird das Gleichgewicht der Verfassung zerstört. Es kommt zu der ungerechten Situation, dass einige Mitgliedsstaaten, die Zugeständnisse in einem Bereich gemacht haben, in anderen Bereichen nicht bekommen, was sie erwartet haben.

Die französische Regierung hat vor kurzem einen anderen Weg vorgeschlagen, auf der Basis des Vertrags von Nizza. Dieser Vertrag hat ein merkwürdiges Schicksal. Er wurde zunächst von seinen Verfassern gelobt und von seinen Kritikern als fauler Kompromiss angeprangert. Später waren die ersten wie die zweiten sich darüber einig, dass er nicht imstande sei, die notwendigen institutionellen Reformen zu gewährleisten, die die erweiterte Union benötigt. Zur Reform der Institutionen und zur Verfassung wurde daher ein Konvent einberufen. Heute scheint man wieder gespaltenen Meinung über Nizza zu sein. Die einen vertreten die Ansicht, dass mit Nizza die Institutionen nicht funktionieren können, das gehe nicht bei 25 Mitgliedern. Die anderen dagegen meinen, man könne auf dem eingeschlagenen Weg fortfahren.

Der französische Vorschlag lautet wie folgt: Es ist schon unter Nizza möglich, das Funktionieren der europäischen Institutionen zu verbessern. Daher sollten wir die Reformen umsetzen, die ohne Vertragsänderung möglich sind – zum Beispiel die Erweiterung des Bereiches, in dem Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit gefällt werden müssen – und dann auf bessere Zeiten warten.

Aber wie lange sollte man auf bessere Zeiten warten?

Erstes Argument: Sogar unter den Bedingungen des Nizza-Vertrags muss die Kommission reformiert, das heißt verkleinert werden, wenn die

Mitgliederzahl 27 erreicht. Das wird der Fall sein mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien, also am 1. Januar 2007 oder 1. Januar 2008. Bereits dann muss man also einen Kompromiss finden über die Gestaltung der Europäischen Kommission.

Zweitens ist es schwer, sich eine grundlegende Reform der Institutionen vorzustellen vor den Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Für Deutschland wird es daher sehr schwierig sein, während seiner Unions-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 einen Vorschlag zu machen und zu einem Beschluss über die Institutionen zu führen, weil zwischen den Wahlen in Frankreich und dem Ende der deutschen Präsidentschaft nur ein paar Wochen liegen. Meiner Ansicht nach müssen wir noch bis 2008 warten, vielleicht bis zur französischen Präsidentschaft der Union. Das bedeutet, dass es keinen neuen institutionellen Impuls vor 2008/2009, vielleicht vor den nächsten Europawahlen, geben wird.

Vielleicht war dieser Vorschlag der europäischen Verfassung, wie Altbundespräsident Richard von Weizsäcker zu sagen pflegt, zu wenig und kam zu früh. Zu wenig, weil er keine echte Verfassung darstellt, und zu früh, weil die öffentlichen Meinungen in Europa, in den Mitgliedsstaaten nicht bereit waren, eine echte europäische Verfassung anzunehmen.

Es gibt aber eine zweite Folge der Referenda in Frankreich und den Niederlanden. Ich komme damit zurück zu einem der Gründe für das ‚Non‘ die ich schon genannt habe, nämlich die Befürchtungen, die die Erweiterung der EU auslöst. Die Zweifel an der Erweiterung sind in der EU viel größer geworden. Das betrifft nicht nur die künftige Erweiterung, das betrifft auch die Erweiterung von 2004, die noch nicht verdaut ist, weil die Politiker sie den Bürgern nicht genügend erklärt haben. Die Öffentlichkeit in manchen europäischen Mitgliedsstaaten hat den Eindruck – um einen Ausdruck des ehemaligen Außenministers Védrine zu gebrauchen –, dass wir auf einer Rutschbahn sitzen und dass die Erweiterung eine endlose Erweiterung wird, ohne die Möglichkeit einer politischen Entscheidung, diese Bewegung zu bremsen.

Wegen dieser Zweifel an den Politikern hat man in Europa das so genannte vierte Kopenhagen-Kriterium wieder entdeckt: die Integrationsfähigkeit der Union. Nach den Kopenhagen-Kriterien von 1993 müssen die möglichen Beitrittskandidaten drei Kriterien erfüllen: die Demokratie als Staatsform, die Marktwirtschaft und die Aufnahme des so genannten „acquis communautaire“ (gemeinschaftlicher Besitzstand). Daneben gab es damals

schon ein viertes Kriterium, nämlich die Fähigkeit der Union, den Kandidaten wirtschaftlich, finanziell und politisch aufnehmen zu können. Dieses Kriterium war fast völlig vergessen, tritt jetzt aber wieder ins Bewusstsein. Die neuen Kandidaten, die vor der Tür stehen, verstehen sehr gut, was die Anwendung dieses Kriteriums bedeutet. Der Beitritt neuer Mitglieder hängt nicht mehr allein davon ab, dass sie die drei Kriterien, die ich genannt habe, erfüllen. Der Beitritt hängt jetzt auch von dem Willen der Union bzw. deren Mitgliedsstaaten ab. Mit dem nunmehr gesetzlich vorgeschriebenen Referendum in Frankreich, das im Falle weiterer Beitritte abgehalten werden muss, wird es sehr schwierig sein in den nächsten Jahren, neue Mitglieder aufzunehmen. Man stelle sich zum Beispiel einmal vor, was passiert, wenn in Frankreich eine Volksabstimmung über die Frage organisiert wird, ob Mazedonien Mitglied der Europäischen Union wird oder nicht. Ich nehme an, dass innenpolitischen (Hinter-)Gedanken eine größere Rolle spielen dürfen als die Situation in Mazedonien selbst.

Das zeigt, dass die Union vor einem Widerspruch steht, den sie bis heute nicht aufgehoben hat. Auf der einen Seite sehen wir im so genannten „alten Europa“ die Zurückhaltung der öffentlichen Meinungen und der Wählerschaft gegenüber den Erweiterungen. Auf der anderen Seite steht die Notwendigkeit, die bis heute erfolgreiche Politik fortzusetzen und das Umfeld der Union durch die Erweiterung zu stabilisieren.

Die Nachbarschaftspolitik der Kommission ist ein Versuch, aus diesem Dilemma herauszukommen. Aber unsere Nachbarn und potenziellen Mitgliedsstaaten der EU sind nicht besonders daran interessiert. Sie betrachten die Nachbarschaftspolitik als Wartezimmer oder, noch schlimmer, als einen Ersatz für die Mitgliedschaft. Für die Union ist es eine Herausforderung, der sie nicht gewachsen ist. Rein theoretisch gesehen wäre es vernünftig, die Grenzen der Union – die nicht notwendigerweise die Grenzen Europas sind –, zu definieren. Die Bürger in der Union wären beruhigt, weil sie vor dieser scheinbar endlosen Erweiterung Angst haben. Aber es ist heute nicht möglich zu sagen, wo die EU oder Europa enden. Hinzu kommt, dass die 25 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht einer Meinung sind über die Grenzen Europas. Für die Polen zum Beispiel ist die Ukraine viel wichtiger als für die Franzosen oder für die Briten.

Was wird die Europa-Politik des nächsten Präsidenten, der nächsten Präsidentin in Frankreich sein? Das ist eine schwierige Frage. Zunächst, weil die Kandidaten noch nicht bekannt sind. Auf der konservativen Seite hat Innenminister Sarkozy die besten Chancen, Kandidat zu werden, auf der linken Seite steht seit kurzer Zeit Ségolène Royal an der ersten Stelle, und die Meinungsumfragen prognostizieren zurzeit ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Sarkozy und Royal im zweiten Wahlgang. Aber die Wahlen finden erst in einem Jahr statt, und die politische Landschaft könnte in einem Jahr völlig anders aussehen. Ein Jahr ist eine lange, sehr lange Zeit, eine Ewigkeit im politischen Leben. Zur europäischen Frage hat Sarkozy angedeutet, er könnte eine „kleine“ oder eine „kleinere“ europäische Verfassung, ohne den dritten Teil, durch das Parlament gehen lassen. Ségolène Royal möchte die Nein-Sager und Ja-Sager in der Sozialistischen Partei wieder versöhnen, was immer das bedeutet. Sie selbst war für die Verfassung.

Es gibt noch ein paar Alt-Gaullisten in Frankreich, die immer noch meinen, Frankreich könne seinen Willen in der Union durchsetzen, wenn es denn einen eigenen Willen hat, was nicht immer der Fall ist. Aber die Union mit 25 Mitgliedern ist nicht mehr das Europa der Sechs, in dem Frankreich, möglicherweise mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland, des damals geteilten Deutschlands, die Politik bestimmen konnte. Die Mehrheit meiner Landsleute fängt nun endlich an zu begreifen, dass diese Zeit vorüber ist..

Jürgen Liminski

Familienpolitik à la française: Was wir von Frankreich lernen können und was nicht*

Wir haben heute eine Konkurrenz-Situation, wie sie symptomatischer nicht sein könnte: In Stuttgart tritt die Tricolore-Elf gegen die Schweiz an, der Anpfiff ist in diesen Minuten. Das ist spannende Gegenwart, die Völker sitzen vor dem Fernseher, hier in Erfurt machen wir uns zum selben Zeitpunkt Gedanken über die Zukunft. Auch das ist unerhört spannend, allerdings weniger erfreulich. Das Symptomatische ist, dass die Brot-und-Spiele-Gesellschaft sich gut unterhält und nur wenige sich Gedanken machen über die Zukunft. Das soll kein Lamento sein, keine Jeremiade. Wir freuen uns über das Spiel und werden es heute Abend in einem der zahlreichen Programme nachschauen. Das ist nämlich der große Unterschied: Die Gegenwart und Vergangenheit kann man elektronisch einfangen und wiederholen, auch darüber reflektieren, so wie Netzer und Delling und andere Päpste des religiösen Ersatzphänomens es zelebrieren. Aber für die Zukunft haben wir nur einen Wurf. Wenn wir nicht über sie, über das Verhältnis der Generationen zueinander nachdenken, am besten gemeinsam, dann kommt sie über uns. Und ein wenig nachdenken, das wollen wir jetzt, um nachher umso entspannter die besten Szenen aus dem Spiel zu genießen, das Frankreich natürlich gewinnen wird.

Erlauben Sie mir noch eine weitere kurze Vorbemerkung, die auch gleich in die Mitte des Vortrags führt: Frankreich gilt familienpolitisch als das Superbeispiel. Immer wieder muss der Nachbar herhalten, wenn es um die Geburtenquote geht, und dann verweist man auch regelmäßig auf die flächendeckenden Betreuungsmöglichkeiten, die diese magische Zahl von knapp 1,9 Kindern pro Frau ermöglichen. Das ist es, was wir angeblich von dem Nachbar zu lernen haben. War's das dann? Es ist wahr, wir können einiges lernen, aber wer sich nur auf die flächendeckende Betreuung stürzt, der verhält sich wie einer, der nur an der Karosserie eines Autos interessiert ist

* Vortrag gehalten am 13. Juni 2006 im Rathausfestsaal zu Erfurt.

und nicht auch am Motor, an den Reifen, an der Innenausstattung, an den Bremsen, und überhaupt an allem, was ein Auto ausmacht. Das dürften wir von der Hirnforschung, der Psychologie und den anderen Zweigen gelernt haben, die sich mit dem Menschen und dem Leben und nicht nur mit wirtschaftlichen Prozessen beschäftigen: Das Ganze ist entscheidend, nicht nur ein paar Teile.

Deshalb ist die erste Bemerkung, der erste Gedanke, auch eine Warnung: Wir können vielleicht hier und da das eine oder andere Element übernehmen oder an unsere Verhältnisse anzupassen versuchen. Aber der Erfolg ist ungewiss, weil wir eine andere Geschichte, eine andere Denk- und Handlungsweise, eine andere Mentalität und ein anderes Verhältnis zu Kindern haben. Wer sich von der Übernahme einzelner Maßnahmen im Betreuungsbereich zum Beispiel eine Erhöhung der Geburtenquote verspricht, kann böse enttäuscht werden. Das generative Verhalten ist eine Frage des Bewusstseins, der Werte, des Lebensentwurfs. Wer glaubt, ein Input an Betreuungsoptionen ergäbe einen Output an mehr Kindern, der hat ein mechanistisches Menschenbild und von der Freiheit des Menschen offenbar keine Ahnung. Der outet sich eigentlich als Sektionsdenker, also als Ideologe. Es geht bei dieser Thematik aber um Wahlfreiheit und Leistungsgerechtigkeit. Sie ermöglichen ein besseres Leben mit Kindern – das muss das Ziel sein, nicht irgendwelche Selbstverwirklichungsprogramme für Männer, Frauen oder Manager. Ich sage auch bewusst ein besseres, nicht ein sorgenfreies Leben, denn das gibt es nicht, wenn man Kinder hat. Aber man hätte einige Sorgen weniger, der Rahmen würde stimmen.

Wie sieht dieser Rahmen in Frankreich aus? Ich werde meinen Vortrag in drei Teile gliedern. Zunächst eine kurze vergleichende Bestandsaufnahme der Lebensstile und Lebensformen – das ist wichtig für die Bewusstseinslage der Gesellschaften –, dann eine knappe Übersicht über die familienpolitischen Maßnahmen in Frankreich und die Betreuungsmodelle und schließlich die Folgen, die solche Maßnahmen nicht nur für die Geburtenrate haben, sondern auch für das Gemeinwesen insgesamt.

1. Koexistenz der Lebensstile und Lebensformen

Wie sieht also mit Blick auf die Situation der Familie der moderne ideengeschichtliche Rahmen in Frankreich aus? Die Franzosen sind ja nicht unberührt geblieben, was die Entwicklung des Wertebewusstseins in Europa betrifft, im Gegenteil, sie haben diese Entwicklung führend mitgestaltet, nicht erst seit der Revolution, sondern auch mit der 68er-Bewegung, die zugegebenermaßen die Gesellschaft in Deutschland tiefer und radikaler umgepflügt hat als in anderen Ländern. Aber die Ich-Gesellschaft – das ist ein soziologischer Begriff – ist natürlich in Frankreich auch eine dominierende Größe, auch dort boomt der Single-Markt, klettern die Wachstumskurven von Tiefkühlfirmen und -produkten stetig nach oben, steigen die Scheidungszahlen, nimmt die Zahl der außerehelichen Kinder rasant zu. Mittlerweile wird fast jedes zweite Kind außerhalb einer Ehe geboren. Im Musterland Schweden sind es 55 Prozent und im Osten Deutschlands sind es rund 45 Prozent der Kinder, im Westen etwa 15 Prozent.¹

Auch für Frankreich gilt wie für uns: Noch nie hatte die Massengesellschaft so viele Möglichkeiten der Selbsterkenntnis und der unterschiedlichen Lebensentwürfe, und noch nie konnten so unübersehbare Menschenmassen gleichzeitig und global einem Ereignis beiwohnen wie zum Beispiel dem Abschied von Johannes Paul II. und der Wahl seines Nachfolgers oder auch jetzt der Fußballweltmeisterschaft. Und dennoch ist der Massenmensch noch nie so allein gewesen, vor allem in den Lichtschatten der glamourösen Millionenmetropolen dieser Welt. Einsamkeit wird zum Schicksal für viele, vor allem ältere Menschen, in Deutschland wie in Frankreich. Uns sind noch die Bilder des Sommers 2003 vor Augen, als tausende alte Menschen in Frankreich regelrecht austrockneten oder durch Hitzschlag starben. Sie waren allein und alleingelassen. Nie waren die Möglichkeiten des Konsums in den Industriegesellschaften größer, üppiger und überfließender. Und dennoch fehlt der Konsumgesellschaft oft eine entscheidende Option: die Menschlichkeit. Solidarität, Verständnis, Mitgefühl, Empathie und Gemeinsinn – all das ist Mangelware, in Frankreich wie in Deutschland. Die

1 Vgl. iwd, informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 25.3.04, der sich auf Eurostat beruft. Ebenfalls Le Monde vom 6.10.06, die sich auf Insee beruft.

wahre Welt des Menschen hat wenig zu tun mit seiner Warenwelt. Vielfach wird der Mensch selbst zum Konsumartikel.

Das hat natürlich eine Geschichte. Die Arbeitsteilung hat in den letzten zwei Jahrhunderten, vor allem seit der großen Revolution, ganz allgemein eine negative Wirkung auf den ersten Lebensraum der Person, auf die Familie ausgeübt. Der Prozess der gesellschaftlichen Atomisierung, der mit der Industrialisierung begann und den Arbeitsplatz und oft auch den Arbeitsort von der Familie entfernte, ja entfremdete, hat den Familienraum eingeengt und die Familienfunktion reduziert auf die Befriedigung der emotionalen Bedürfnisse. Das haben schon Mitscherlich, Meves, Pross, Frankl, Goody, Becker, Skynner, Krüsselberg, Kirchof, Kaufmann – um nur einige wenige zu nennen – ausreichend beschrieben. Dieser familiär-gesellschaftliche Strukturwandel traf Frankreich und Deutschland mehr oder weniger gleichermaßen. Er hat Auswirkungen auf die persönlichen Beziehungsstrukturen. Denn gleichzeitig mit der sich verändernden Sozialstruktur sank im Bewusstsein der Gesellschaft, nicht der einzelnen Personen, die Bedeutung von Ehe und Familie als grundlegende Institution des Zusammenlebens. Fast parallel verlief in Frankreich und Deutschland die Debatte über die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Verbindungen, die so genannte Homo-Ehe in Deutschland, das *Pacs* in Frankreich. In beiden Ländern und manchen anderen in Europa übrigens auch ist das gleiche Phänomen zu beobachten: Das Ich wird zum Maßstab, es wächst die Zahl der nichtehelichen Gemeinschaften. Die Soziologen sprechen von der „Pluralisierung privater Lebensformen“ und dem „Monopolverlust der Familie“. Die aktuelle Politik zieht daraus die Konsequenzen. Auch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition gibt keiner Familienform einen Vorzug, das ist in der Verfassung noch anders. Ferner: Mehr als neunzig Prozent aller verheirateten Paare haben bereits vor der Hochzeit zusammengelebt, und die Zahl der ohne Trauschein lebenden Paare steigt kontinuierlich. Vor zwanzig Jahren waren es in Deutschland 5,8 Prozent aller Paare, heute sind es knapp doppelt so viel.² Aber Vorsicht! Hieraus lässt sich kein Ende der Familie oder der Ehe ableiten, wie etliche Medien das eifertig tun. Der Mikrozensus, der vor gut einer Woche veröffentlicht wurde, sagt:

2 Vgl. Meyer, Thomas, „Familienformen im Wandel“, in: Geissler, Rainer, *Die Sozialstruktur Deutschlands*, Westdeutscher Verlag, Opladen 21996, S. 306ff. und Peuckert, Rüdiger, *Familienformen im sozialen Wandel*, VS-Verlag, Wiesbaden 2004, insbes. 43ff.

Neun von zehn Paaren, genauer 88 Prozent, leben in ehelicher Gemeinschaft. Nicht alle mit Kind, aber mehr als zwei Drittel aller Kinder leben in diesen Gemeinschaften. Der Anstieg der nichtehelichen Partnerschaften verläuft also recht langsam. Das gilt auch für Frankreich, auch dort steigen die Zahlen der nichtehelichen Partnerschaften langsamer als früher, signifikant war der Anstieg – übrigens wie in Deutschland – in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts vor allem bei jüngeren Paaren.

Auch die so genannte „Partnerfluktuation“, die steigenden Scheidungszahlen (trotz sinkender Eheschließungen) und die wachsende Zahl von Singles oder Ein-Personen-Haushalten besonders in den größeren Städten (bisweilen mehr als die Hälfte; insgesamt sind es von den rund 39 Millionen Haushalten in Deutschland fast zwei Fünftel, in Frankreich ein Drittel) sind alarmierende Zeichen einer „Ich-Gesellschaft“. Ihr herausragendes Merkmal ist der Egozentrismus, die Ich-Bezogenheit ihrer einzelnen Mitglieder. Aber auch hier Vorsicht! Viele Ein-Personen-Haushalte bestehen aus Witwen oder Witwern, die ihre Kinder und Enkel besuchen und unterstützen. Das sind auch Familienmenschen. Ohne sie und ihre Transferleistungen (Unterstützung mit Zeit und Geld) wäre die Familie längst zusammengebrochen.

Die traditionelle Familie mit mindestens drei Personen macht mittlerweile in Deutschland weniger als ein Drittel der Haushalte aus. Und das ist nun, wie wir wissen, in Frankreich noch anders. Hier gibt es prozentual gesehen doppelt so viele Haushalte mit fünf und mehr Personen. So viele Familien mit drei und mehr Kindern findet man in Europa nur noch in Irland.

Ähnlich sind die Verhältnisse wieder bei der Scheidung. Scheidung ist ein Markt. Es gibt Gesprächsplattformen im Internet und Zeitschriften, die sich nur an Geschiedene wenden (zum Beispiel *Divorcés* in Frankreich, *Vive* in Großbritannien). Die Auflagen dieser Periodika gehen in die hunderttausend, ihre Tipps reichen vom Banalen bis zum praktischen Begleiter durchs getrennte Leben. Immer wieder wählen Magazine und Zeitschriften das Thema als Coverstory nach der alten Regel des Boulevard-Journalismus: Ehekrieg verkauft sich besser als Krieg. Bei der Behandlung des Themas sehen die einen noch die Betroffenen als Opfer, für andere aber ist es eine selbstverständliche Option – so wie ein Autokauf –, bei deren Realisierung es darauf ankommt, keine Fehler zu machen, die Geld kosten. In Frankreich wie in Deutschland: Überall hat der Lebensstil der Hedonisten und Zeitgeistsurfer durchgeschlagen, wenigstens im öffentlichen Diskurs.

Die steigenden Scheidungsziffern führen zu weiteren Phänomena der modernen Beziehungswelt, in Frankreich wie in Deutschland. Viele Geschiedene versuchen es ein zweites oder drittes Mal und bringen oft ein oder mehr Kinder in die neue Ehe oder Partnerschaft mit. Die Zahl der so genannten Fortsetzungs- oder Patchwork-Familien wächst. Anfang 2004 zählte man in Deutschland 658.000 mit insgesamt 1,2 Millionen Kindern. Fast jedes zwölfte Kind kommt aus solch einer Familie. Fast alle haben ihren leiblichen Vater durch Scheidung oder Trennung verloren, kaum eines durch Tod. Die Soziologen rechnen damit, dass jedes fünfte Kind in Deutschland, das zwischen 1990 und 2000 geboren wurde, in den ersten zwei Lebensjahrzehnten die Scheidung seiner Eltern erleben wird. Der Autor Joachim Bessing, selber Vater und Stiefvater, sieht in seinem Buch „Rettet die Familie!“ die Chance der Patchwork-Familie darin, „sich als traditionelle Kernfamilie zu begreifen, sich also gleichsam selbst als Lebensform außer Kraft zu setzen – und damit Standards für die Zukunft ihrer Kinder und deren Familien zu setzen“. Zurück zur traditionellen Kernfamilie mit ihrem Familiensinn und ihrem Gemeinsinn, zurück zu den Blutsbanden und der natürlichen Solidarität – das ist ein mutiges Plädoyer. Es stützt sich auf eigene Erfahrungen und den soziologischen Begriff der „Als-ob-Kernfamilie“. Es zeigt, wie übrigens die Literatur aller Völker, siehe etwa die griechischen Dramen, dass familiäre Bindungen und Beziehungen nicht beliebig austauschbar oder folgenlos zu zerstören sind. In Frankreich wie in Deutschland.

Gerade dieses Plädoyer macht das Paradoxon moderner Gesellschaften mit ihrem sozialen Strukturwandel deutlich. Schon Dahrendorf sprach in den neunziger Jahren vom Doppelgesicht der Moderne, der Zürcher Soziologe Francois Höpflinger von der Koexistenz traditioneller und moderner Lebens- und Familienformen als Hauptmerkmal der aktuellen Situation der Familien in Europa, Vaskovics und Rupp im Zusammenhang mit der Entwicklung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften sprechen von den modernen Lebensformen als Resultat von Individualisierungsprozessen und Kaufmann von der Pluralisierung der Lebensformen und der kulturellen Liberalisierung von Ehe und Familie.³ Die Liste ließe sich leicht verlängern und diversifizieren.

3 Vgl. Dahrendorf, Ralf, *Der moderne soziale Konflikt*, München 1994, insbes. S. 13ff.; Höpflinger, F., *Die Einstellungen junger Frauen zu Partnerschaft, Familie und Ehe*, Bern/Stuttgart 1989; Vaskovics, Lazlo/Rupp, Marina, *Partnerschaftskarrieren – Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften*, Opladen

Festzuhalten ist: Der sozio-ökonomische Wandel hat in allen europäischen Ländern, besonders in Deutschland und Frankreich, analoge familiäre Veränderungen ausgelöst, aber stärker als in anderen sozialen Bereichen ist das familiäre Leben durch die Gleichzeitigkeit von Wandel und Kontinuität charakterisiert.

Es wäre in der Tat verfehlt zu glauben, dass etwa die steigenden Scheidungszahlen zu einer Entwertung von Ehe und Familie führten. Im Gegenteil. Sie machen die Ehe für die Ehepartner nur noch attraktiver, weil man bewusster diesen Bund eingeht. Hinzu kommt der Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme, der den Wert von Familie als privates Sicherungssystem steigert. Allerdings führt die erhöhte Scheidungshäufigkeit zur Verbreitung vorfamiliärer Lebensformen und verzögert die Familiengründung, damit oft auch die Geburt eines oder des ersten Kindes. Grund ist die Angst vor einer definitiven Bindung und einer möglicherweise lebensprägenden Enttäuschung. Die Scheidungszahlen verunsichern. Sie machen den totalen Einsatz der Liebe, das Risiko der Hingabe bewusster. Auch das ist eine Chance. Man könnte sich ja auch fragen, ob eine Gesellschaft, die stärker individualisiert ist, auch stärker dazu anleitet, die Person des künftigen Partners zu prüfen, jedenfalls eher als das Kind mit dem Bade auszuschütten und gleich die Institution Ehe auf den Prüfstand zu stellen, statt die Person. Hier denke ich, wird man wieder Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland feststellen. In Frankreich steigt zwar auch das Alter der so genannten Erstgebärenden und liegt derzeit bei 29,5 Jahren, aber man verwirklicht den Kinderwunsch öfter auch ohne Trauschein.

2. Entscheidend ist die Investition in das Humanvermögen

Dies ist nicht der Ort für eine umfassende Sozialanalyse. Aber die ange-rissenen Vergleiche zeigen, dass das knapp skizzierte gesellschaftliche Paradoxon ein allgemeines Phänomen ist und für Frankreich wie für Deutschland gilt. Es lebt auch im Einzelnen selbst und ist beiderseits des Rheins auch

1995; Kaufmann, Franz Xaver, *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland – Gesellschaftliche und politische Bedingungen*, München 1995, insbes. S. 94ff.

Gegenstand statistischer Erhebungen. Zum Beispiel kontrastiert der Wunsch, die Gesellschaft möge künftig mehr Wert auf Familienleben legen (zum Beispiel in Deutschland bei 91 Prozent aller Befragten, in Frankreich bei 89, in Großbritannien bei 88) mit den Einschätzungen, die Gesellschaft in Deutschland werde egoistischer, kälter (71 Prozent), Geld werde wichtiger, die Menschen materialistischer (68 Prozent). Die Familie werde an Bedeutung zunehmen, glauben nur 17 Prozent, und sogar nur 6 Prozent nehmen an, dass es künftig mehr Solidarität, mehr Zusammenhalt gebe.⁴ Das sieht in Frankreich doch anders aus, und das schlägt sich auch in den erwähnten Zahlen über die Haushaltsstruktur nieder. Man verwirklicht den Wunsch nach Familie mit Kindern öfter.

Die höhere Geburtenquote Frankreichs, mit die höchste in der EU, hat vor allem mit der Subjektförderung zu tun. Hier kann man lernen. In Deutschland frönt man dem Prinzip der Objektförderung. Man investiert in Gebäude, Institute, Planstellen. In Frankreich geschieht beides. Man fördert Einrichtungen und gibt Eltern Geld in die Hand, man fördert auch Subjekte. Das geschieht auf vielerlei Weise, direkt und indirekt. Die familienpolitischen Maßnahmen enthalten das klassische Repertoire, also Kindergeld (allocations familiales), Wohngeld, Mutterschaftsurlaub, Baby-Rentenjahre, bis hin zu spezifisch französischen Maßnahmen wie Familiensplitting (quotient familial), Familienzulagen, Geburtsbeihilfen (allocations pré- et postnatales), Geburts- und Adoptionsurlaub, Schulbeginnhilfe (allocation de rentrée scolaire), Alleinerziehendenhilfe, Haushaltsgründungsdarlehen, Umzugsprämie oder Renovierungsprämie. Insgesamt sind es rund drei Dutzend einzelne Posten, plus Sondermaßnahmen.⁵ Seit 2004 kommt die Geburtenprämie für jedes Kind von 800 Euro und ein Kindergeld von 160 Euro für das erste Kind hinzu – bis 2004 bekamen Eltern für das erste Kind nichts, ein Unikum in Europa – außerdem wurde ebenfalls einkommensabhängig eine Lohnersatzleistung von mindestens 500 Euro pro Monat über drei Jahre eingeführt, zu-

4 vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate, *Balkon des Jahrhunderts, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002*, Band 11, K.G.Sauer, München/Verlag für Demoskopie, S. 16.

5 Eine der seltenen, aber nicht umfassenden Darstellungen der Maßnahmen bietet Schultheis, Franz, *Familien und Politik – Formen wohlfahrtsstaatlicher Regulierung von Familie im deutsch-französischen Gesellschaftsvergleich*, Universitätsverlag Konstanz 1999, S. 91ff.

sätzlich zum Kindergeld. Ich wiederhole, hier könnten wir viel lernen, wenn wir denn in den Menschen, in die Subjekte und ihre Lebensumstände investieren wollten, statt eine kollektivistische Ideologie zu füttern. Die Franzosen tun es, und das wird Frankreichs Stellung als Führungsmacht Europas festigen. Denn wer in einem alternden Kontinent in die Zukunft und das heißt in die Familien investiert, der wird innovativ, konsumfreudig und dynamisch bleiben, Eigenschaften, die einem alternden Volk eher abgehen.

Apropos Lohnersatzleistung oder Elterngeld: War es Zufall oder Ironie der Geschichte? Am selben Tag, es war der 22. September 2005, als in Berlin eine internationale Tagung der Christdemokraten für das Leben (CdL) und der Konrad-Adenauer-Stiftung die Ursachen der Kinderlosigkeit in Deutschland darlegte, da traf in Frankreich die alljährliche, hochrangig besetzte Familienkonferenz zusammen, und der Premierminister trug die neuen Maßnahmen seiner Regierung für die Familien und die Hebung der Geburtenrate vor. Frankreich steht ähnlich tief in der Kreide wie Deutschland, verfehlt ebenfalls seit Jahren die EU-Stabilitätsmarke und dürfte sich die kräftigen Aufschläge für das Erziehungsgeld ab dem dritten Kind (auf 750 Euro netto, unabhängig vom Einkommen, also anders als bei uns und zusätzlich zu anderen Zulagen) eigentlich nicht leisten. Aber die französische Regierung will sich von der EU die Zukunft nicht verbieten lassen und investiert in den wichtigsten Zukunftsbereich der Gesellschaft, die Familie.

Und Deutschland? Professor Birg, der bekannteste Demograph der Republik, Emeritus der Universität Bielefeld, wies bei einer Tagung in Berlin darauf hin, dass im vergangenen Wahlkampf von den demographischen Ursachen für die gesellschaftliche Krise, in der sich Deutschland befindet, kaum die Rede war. Deutschlands politische Klasse habe die Zukunft aufgegeben. Obwohl immer weniger Kinder geboren würden, träten nur „Splittergruppen“ für die Familie als ideale Lebensform ein. Wichtigste Aufgabe der Politik müsse die Rückkehr zu einer bestandserhaltenden Geburtenrate sein. Die Franzosen machen es vor, und deshalb wird sich der Vorsprung Frankreichs in Wirtschaft und Gesellschaft auch vergrößern. Natürlich geht es nicht um einen demographischen Wettbewerb zwischen den Ländern. Es geht um Vitalität, um Lebensmut und Lebensfreude. Das hat mit Familie, mit selbstloser Liebe und mit Lebenssinn zu tun. Birg wies en passant auch darauf hin, dass die einflussreichsten ersten Bevölkerungswissenschaftler Theologen waren, dass schon Platon den Zusammenhang zwischen Familie und

Transzendenz thematisierte und dass „dort, wo die Menschen noch ein Bewusstsein für religiöse Bindung haben, es auch mehr Kinder gibt“. Dafür gäbe es auch wissenschaftliches Material.

Es lässt sich resümierend sagen: Während in Deutschland Familie immer noch weitgehend als Privatsache oder als Kostenträger der Sozialhaushalte angesehen und ihre gesellschaftliche Bedeutung aus historisch-psychologischen Gründen verdrängt wird – wer sich zu sehr für Familie als Institution einsetzt, gerät leicht unter Nationalismusverdacht –, geht man in Frankreich traditionell sehr viel unbefangener an diese Fragen heran. Die Einstellung hierzulande, das Denken ist das Problem. Wie wir gesehen haben, sind die Lebensumstände durchaus vergleichbar. Aber die Einstellung der Regierungen in Deutschland zur Familie – Thüringen und Sachsen bilden da eine erfreuliche Ausnahme – ist eine andere als in Frankreich. In Deutschland ist es die private Nische, in Frankreich der gesellschaftliche Auftrag. In Frankreich vor allem die Subjekt-, in Deutschland die Objektförderung. Hier wird, wie Kirchhof bemerkt, die Arbeit der Mütter oder die häusliche Arbeit unter dem Begriff der Schattenwirtschaft geführt⁶, dort wird sie anerkannt und gefördert und, sofern sie bezahlt ist, in das Bruttosozialprodukt integriert. Natürlich wird noch viel Familienarbeit gratis geleistet, aber der Schatten ist weg, es gibt Sonne für die Familie. Hier fehlt der Blick für die Totale, man ist mit prophetischem Eifer bemüht, die Kinder in einer fremdbetreuten kollektiven Einrichtung abzugeben, dort bietet man einen ganzen Fächer von Möglichkeiten an, so dass die Familien ihrer Situation gemäß eine Wahl treffen können. Das ist eine Frage des Stellenwerts und der Familienkultur. Im Übrigen hat Brandenburg, ein Bundesland mit flächendeckenden Betreuungseinrichtungen, eine noch geringere Geburtenquote als der ohnehin niedrige Bundesdurchschnitt. Bayern, ein Land mit den wenigsten Kindergärten und Krippen, liegt dagegen über dem Durchschnitt. Man sieht: Das Ganze, die Einstellung, die Wahlmöglichkeiten sind entscheidend, nicht nur ein Element, das mit ideologischer Blindheit verwirklicht werden soll.

Familienpolitik ist, von den einzigen vernünftigen Vorgaben, der Wahlfreiheit und der Leistungsgerechtigkeit einmal abgesehen, auch eine Frage des

6 Z. B. in seinem Vortrag auf dem Kongress Demographie und Wohlstand 2002 in Berlin. Vgl. Leipert, Christian (Hrsg.) *Demographie und Wohlstand – Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft*, Opladen 2003, S. 105.

Umgangs mit dem Bewusstsein und damit auch der Kultur eines Landes. Die Familienkultur ist, wie im gesamten christlichen Kulturkreis, tief verankert. Die Unverzichtbarkeit steht mittlerweile auch in Deutschland nicht mehr außer Frage, aber die Leistungsgerechtigkeit schon. Sie allerdings wird in Frankreich schon lange thematisiert. So forderte etwa der Abgeordnete Lemire schon vor mehr als hundert Jahren, am 28. Oktober 1898, in der Nationalversammlung die Einführung eines Familiengeldes oder Erziehungslohns mit dem Argument der Leistungsgerechtigkeit. Er sagte:

Das, was ich von der Kammer fordere, nenne ich weder Hilfe noch Entschädigung. Denn eine Hilfe wird bei einem drängenden oder vorübergehenden Bedarf gewährt, und eine Entschädigung erhält man für einen Verlust. Eine Familie zu haben, bedeutet jedoch, weder einen Unfall noch einen Schaden erlitten zu haben. Eine Zuwendung wie das Familiengeld ist eine Gegenleistung für einen Dienst. Die Familie leistet einen sozialen Dienst.⁷

Das war vor mehr als hundert Jahren. Und das zeigt, dass das Denken über Familie, über die gesellschaftliche Bedeutung von Familie Tradition hat. Man denke da nur an den pädagogischen Roman „Emile“ von Jean Jacques Rousseau, dem Erfinder des Begriffs *volonté generale*. Gerade in seiner Person sieht man: Der familienpolitische Diskurs in Frankreich ist traditionell geprägt von staatlichem und privatem Interesse. Dieser familienpolitische Vorlauf enthält auch schon manche Objekt-Investition, die in Deutschland erst getätigt werden muss. Frankreich hat schlicht früher angefangen, die Demographie als geopolitischen Faktor zu begreifen und entsprechend zu investieren. De Gaulle schreibt in seinen Memoiren: „Von allen Investitionen ist die Erhöhung der Bevölkerungszahl in Frankreich zweifellos die wichtigste.“⁸ Er schrieb diesen Satz und handelte danach, als Frankreich in Trümmern lag und sich nach deutschem Denken familienpolitische Maßnahmen eigentlich nicht leisten konnte. Aber das ist nicht nur eine Frage des Vorlaufs, sondern vor allem eine Frage der politischen Prioritätensetzung, eine Frage nicht der Finanzierung, sondern des Bewusstseins vom realen Wert der Familie, und zwar nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Wirtschaft und die

7 zitiert von Bichot, Jacques, „Die Familienpolitik in Frankreich seit 1945“, in: Leipert, Christian (Hrsg.) *Aufwertung der Erziehungsarbeit – Europäische Perspektiven einer Strukturreform der Familien- und Gesellschaftspolitik*, Opladen 1999, S. 23.

8 ebenda. S. 26.

Gesellschaft. Jean Didier Lecaillon, ein renommierter Professor für Volkswirtschaft in Paris, sagte auf dem Straßburger Kongress „Familie als Beruf“ im Europaparlament im November 2000 zu diesem Denken:

Ökonomie wird allzu oft mit Rechnungswesen verwechselt. Man betrachtet nur die Höhe einer Ausgabe, ohne zu unterscheiden, ob es sich bei ihr um Konsum oder um Investition handelt. Die wichtigste Frage ist nicht: Wie viel kostet es? Sondern: Wie viel bringt es? Wenn es um die Familie geht, muss man sich darauf einigen können, dass man es im Allgemeinen mit Investitionen zu tun hat.⁹

Für die Franzosen handelt es sich um eine Investition in die wichtigste und immer knapper werdende Ressource, in das Humanvermögen. Es ist eine Investition in die Zukunft. Dafür geht man auch mal auf die Straße. Als die Linksregierung Jospin 1998 das Kindergeld einkommensabhängig gestalten wollte, kam es zu Massenprotesten. Es war der Auftakt zu einer bürgerlichen Protestbewegung gegen die Familienpolitik dieser Regierung mit Artikeln der Empörung in fast allen Zeitschriften, Demonstrationen von Familienverbänden und aufgeregten Debatten im Parlament. Wäre das bei uns möglich? Sicher, es findet langsam, millimeterweise, ein Wandel im Denken statt, aber würden nicht auch heute die Verfechter der Familie mit Kübeln von Hämé überschüttet? In Frankreich findet jedenfalls seit 1999 jedes Jahr eine nationale Familienkonferenz der Regierung und Verbände statt. Auf den letzten beiden wurden trotz der knappen Kassen – Frankreich gehört wie gesagt zu den Ländern, die von der EU-Kommission wegen der Nichterfüllung der Defizitkriterien gemahnt und verfolgt werden – erneut Maßnahmen zugunsten der Familien und einer höheren Geburtenquote beschlossen. Ex-Premierminister Raffarin nannte schon 2003 unverblümt den Grund: „Die Familie ist eine soziale Investition“. Auch aus demographischen Gründen, wie der Regierungschef ausdrücklich sagte, sollen bis 2007 pro Jahr zusätzlich eine Milliarde Euro in verbesserte Betreuungsmöglichkeiten und neue Krippenplätze, in eine Geburtsprämie schon für das erste Kind und in Betreuungszuschüsse fließen. Auch Mütter, die sich entschließen, zuhause zu bleiben, werden mehr Geld erhalten.

Und in Deutschland? Ich erhalte viele Mails und Briefe, die mir zeigen, dass der Ärger über die einseitig orientierte Familienpolitik (immer zugunsten

⁹ aus: Leipert, Christian (Hrsg.) *Familie als Beruf – Arbeitsfeld der Zukunft*, Opladen 2001, S. 85.

der erwerbstätigen Mütter) auch der Großen Koalition mittlerweile in Wut umschlägt. Ein Hörer schrieb in einem PS: „Übrigens, meine Frau ist der volkswirtschaftliche Alptraum: Akademikerin, vier Kinder, bewusst und mit Freude Mutter zuhause“. Warum geht die Politik nicht auf diese Stimmungslage ein? Das erst vor zwei Wochen veröffentlichte Generationenbarometer von Allensbach zeigte erneut, dass in Bezug auf Familie die Unterschiede zwischen wirklicher öffentlicher Meinung und der veröffentlichten Meinung enorm sind und offenbar immer größer werden. Die Politik bezieht ihr Familienbild aus den Medien. Aber in einem Land, in dem 70 Prozent der Journalisten kinderlos sind, kann dieses Familienbild kaum dem Bild entsprechen, das die Bevölkerung von Familie hat. Das politisch-mediale Establishment lebt familienpolitisch in einem Raumschiff, es kennt die Lebenswirklichkeit der Familien nicht mehr. Und das kann auch für Politiker gelten, die viele Kinder, aber eben auch Haushaltshilfen, Köchinnen und Betreuungspersonal haben, was andere sich schlicht nicht leisten können.

Welche Maßnahmen wären nun für uns sinnvoll oder interessant? Die Schlüsselbegriffe für all die bereits existierenden Maßnahmen sind, ich wiederhole es, Leistungsgerechtigkeit und Wahlfreiheit. Man erkennt in Frankreich die gesellschaftspolitische Leistung der Familien an und will den Frauen deshalb auch eine echte Wahlfreiheit lassen. Die Frauenerwerbsquote, Fetisch der deutschen Diskussion, liegt in Frankreich übrigens nach OECD-Angaben niedriger als in Deutschland und zwar bei 60 Prozent im Vergleich zu 61 Prozent in Deutschland. Die höhere Geburtenrate von 1,87 Kindern pro Frau korreliert also nicht immer mit einer höheren Frauenerwerbsquote, wie es heute in der deutschen Diskussion suggeriert wird. Sie wird auch nicht gesteigert durch eine erhöhtes Angebot an Betreuungseinrichtungen, siehe das Beispiel Brandenburg, und auch in Frankreich selbst ist dieses Angebot dank der *Écoles Maternelles* ja schon seit Jahrzehnten flächendeckend, wenigstens für die Altersgruppe ab zweieinhalb, drei Jahren. Und auch Horte und Krippen gibt es in weit größerer Zahl als in Deutschland, und es gibt vor allem die Tagesmütter. Sie sind ausgebildet und gehen in die Familien. Sie bekommen ein tariflich geregeltes Salär von ihrem familiären Auftraggeber, die Qualitätskontrolle über Ausbildung und Ausübung des Berufs aber hat der Staat. Frankreich lässt sich die Betreuung und Erziehung nicht viel mehr kosten als Deutschland, aber das Geld wird anders verteilt.

Familienpolitik ist keine Frage von Liebhaberei oder Freundlichkeiten. Familienpolitik gehört zum Kerngeschäft des Staates. Es ist somit auch eine Priorität. In diesem Sinn hat die französische Regierung ihr Programm für Familien erneuert und ausgeweitet, ein Programm, das man mit Fug und Recht ein Investitionsprogramm nennen kann – auch wenn die Kommissare in Brüssel das anders sehen und wegen der zunächst höheren Ausgaben am Defizit Frankreichs herumäkeln. In Krisenzeiten müssen Prioritäten eben anders gesetzt werden. Das ist natürlich einfacher, wenn der öffentliche Diskurs dem nicht entgegensteht, weil es nach jahrhundertelanger Diskussion selbstverständlicher ist, Kinder zu haben oder weil es keine Ideologie gibt, die das Muttersein herabwürdigt oder auch weil die Arbeit als Mutter honoriert wird. Es findet keine Diskriminierung statt, weder als Rabenmutter noch als Heimchen am Herd. Man braucht sich nicht zu schämen, mehrere Kinder zu haben. Die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“, von der der Soziologe Kaufmann sprach, findet nicht statt. Im Gegenteil, es gibt auch ein kleines, aber direktes Honorar für die Arbeit der Mutter und Hausfrau.

3. Die Folgen: Mehr Kinder, mehr Lebensfreude, mehr Freiheit

Frankreich verfolgt also eine klar natalistische Politik. Lange Zeit wurden Familien besonders für das dritte Kind finanziell „belohnt“, jetzt kommt es der Regierung offenbar auf jedes Kind an. Offensichtlich entscheiden sich viele Frauen für eine Familienphase und zwar in einem Lebensabschnitt, der es ermöglicht, auch mehrere Kinder zu haben und zu erziehen, also nicht erst Ende der dreißig, Anfang vierzig. Und sie haben dank der Vielzahl der Maßnahmen auch die Wahlfreiheit, dies zu tun. Der Beitrag der Frauen misst sich auch in Zeit. Selbst die Frauen, die neben der Familienarbeit oder dem Familienmanagement einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachgehen, tun dies meist teilzeitig. Und selbst bei den Frauen, die vollzeitig außer Haus beschäftigt sind, gibt es einen markanten Unterschied zu Deutschland. Der Lebensrhythmus in Frankreich geht von acht bis zwölf und von zwei bis fünf. Zwischen zwölf und vierzehn Uhr gibt es eine Mittagspause. In dieser Pause holen die meisten Mütter ihre Kinder aus den Krippen, Horten und Vorschulen ab. Sie essen zusammen. Sie verbringen Zeit zusammen. Sie kommunizie-

ren bei einer grundlegenden, ja vitalen Tätigkeit. Natürlich geschieht das manchmal unter erheblichem Stress, aber es geschieht. Der gedankliche und emotionale Austausch findet statt, die Beziehung lebt und damit auch die Erziehung. Erlebnisse in den Betreuungsanstalten werden verarbeitet. Die Eltern schenken das, was Kinder sich nachweislich am meisten von ihren Eltern wünschen: Zeit.

Der große Pädagoge Pestalozzi hat einmal seine Forschungsergebnisse und Erfahrungen in einer Art *summa paedagogica* zusammengefasst und nannte sie die drei großen Z: Zuwendung, Zärtlichkeit, Zeit. Die Zeit ist das wichtigste, ohne sie gibt es keine Zuwendung und keine Zärtlichkeit. Hier liegt der große Unterschied zwischen Erziehung und Betreuung. Betreuung ist „satt, sauber, beschäftigt“. Erziehung sind die drei Z, das heißt Investition in das Humanvermögen. „Erziehung ist Beschenkung mit Menschlichkeit“, nannte das Johannes Paul II in seinem Brief an die Familien.¹⁰ Das kann außerhalb der Familie in der Regel nur begrenzt geschehen. Die Ergebnisse der Hirnforschung, die vor allem in den USA auch mit Blick auf die Erziehung und Bedürfnisse des Kindes vorangetrieben wird, machen immer deutlicher, dass emotionale Stabilität, mithin klare Bezugsrahmen und gleich bleibende Bezugspersonen, für die gesunde Entwicklung des Kindes grundlegend und vital sind. Sie schaffen das Urvertrauen oder die Vitalbindung, die die Daseinskompetenzen ermöglichen.¹¹ Mit anderen, kulturraumübergreifenden Worten: Wer Zeit, Zuwendung und Zärtlichkeit schenkt, der schenkt Liebe. Ich mache mir nichts vor, natürlich mangelt es in Frankreich auch daran. Aber man bemüht sich, in diesem Sinn den Familien Freiraum zu verschaffen – mehr kann ein Staat, eine Kommune auch nicht leisten – und vielleicht macht das den hohen Stellenwert aus, den man in Frankreich den Familien, den Frauen und Müttern immer noch beimisst.

10 zitiert aus: Johannes Paul II, *Brief an die Familien*, Christiana-Verlag, Stein am Rhein 1994, S. 41.

11 Die Literatur über die Ergebnisse der Hirnforschung bei Säuglingen nimmt bereits erstaunliche Ausmaße an. Hingewiesen sei an dieser Stelle nur auf die summarischen Arbeiten von Pauen, Sabina, *Was Babys denken – eine Geschichte des ersten Lebensjahres*, C. H. Beck, München 2006 und Verney, Thomas/ Weintraub, Pamela, *Das Baby von morgen – Bewusstes Elternsein von der Empfängnis bis ins Säuglingsalter*, Rogner und Bernhard, Hamburg 2003 sowie Meves, Christa, *Geheimnis Gehirn*, Resch-Verlag, Gräfelfing 2005.

Lassen Sie mich hier eine kleine Parenthese einschieben über die berühmten *Écoles Maternelles*. Das sind keine Kindergärten, sondern Vorschulen, deren Programme seit mehr als einem halben Jahrhundert überdacht und erneuert werden je nach den Erkenntnissen der Pädagogik. Natürlich ist der pädagogische Kindergarten eine deutsche Erfindung, aber die Franzosen haben ihn weiterentwickelt dank Piaget, dank Montessori. Ein Beispiel: Montessori sagt, Kinder denken mit den Händen. Nicht nur Kinder. Neulich sagte mir ein Professor einer TH, es gebe eigentlich zahlenmäßig genügend Ingenieure, aber sie verfügten nicht mehr über die Fingerfertigkeit, über die Feinmotorik. Ihre Hände seien wie Würste. Sie hätten nicht gelernt, Volumina abzuschätzen, Oberflächen abzutasten, Materialfehler zu erspüren. Das lerne man in der Kindheit, beim Spielen, beim Experimentieren mit Spielzeug. Vor dem Fernseher oder in den Büchern lerne man das nicht mehr. Das sind Erkenntnisse, die schon Pädagogen wie Piaget oder Montessori in ihre Lernprogramme einbauten und zwar zu ganz bestimmten Zeitphasen. Denn die Kinder haben besondere Fenster für die Aufnahmebereitschaft. Die Sprache entwickelt sich im Alter ab zwei und erreicht einen ersten Höhepunkt im Alter von vier, fünf Jahren. Die Feinmotorik fängt an mit wenigen Monaten, wenn das Baby ständig greift und wirft und hat ihre intensive Phase im Alter zwischen drei und sechs. In diesem Alter werden in den *Écoles Maternelles* in Frankreich besonders viele Bilder gemalt, also verschiedene Stifte geführt, Linien gezogen, Proportionen abgeschätzt, Farbendichte durch Druck bestimmt, Farbkombinationen erfunden, es wird geknetet und geformt, es wird mit unterschiedlichem Material gearbeitet. Aber wenn die Mutter diese Phase nicht vorbereitet hat, indem sie dem Baby lächelnd die Gegenstände zurückgab oder hinstellte und es zu weiteren Erfahrungen ermutigte, dann wird das Kleinkind in der Vorschule nicht besonders rege sein. So wird Humanvermögen gebildet. Die berühmten *Écoles Maternelles* in Frankreich führen die Feinmotorik als Lernziel in ihren Lehrplänen.¹²

Der Wandel der Gesellschaft beschleunigt sich. Familie aber garantiert die Zukunft. Man weiß, dass von hundert Kindern, die heute auf einem Schulhof spielen, fünfzig Berufe ausüben werden, die heute noch gar nicht existieren. Konstant aber bleibt die persönliche Beziehung. Für sie zählt nicht,

12 vgl. das alljährlich herausgegebene Programm der *Écoles Maternelles*, hier z. B. *Qu'apprend-on à l'école maternelle? 2003–2004 les programmes*, CNDP/XO Editions, Paris, S.137ff.

was der andere hat – Geld, Güter, Ideen –, sondern was er ist: Vater, Sohn, Mutter, Tochter, Freund – Menschen, Gesichter mit Namen. Für sie lebt man Solidarität. Es ist bezeichnend, dass in der wissenschaftlichen Literatur „die Erzeugung solidarischen Verhaltens“ als ein Grund für den verfassungsrechtlichen Schutz der Familie genannt wird. Es sei eine Leistung, die in der Familie „in einer auf andere Weise nicht erreichbaren Effektivität und Qualität“ erbracht wird.¹³ Das ist der Einsatz des Humanvermögens: Eine solidarische Gesellschaft. Die Alternative ist die repressive Gesellschaft. Oder, mit anderen Worten und auf der individuellen Ebene der Familie: Es geht um das Gesetz des Dschungels oder den Primat der Liebe, es geht um die Beziehungsfähigkeit und damit auch um die Glücksfähigkeit der Kinder.

Auf ein ganzheitliches politisches Denken, auf die Zusammenhänge kommt es an. Familie ist eine Querschnittsaufgabe der Politik. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Wenn wir in die Statistiken schauen, stellen wir fest, dass das durchschnittliche Alter der Erstgebärenden in Deutschland und Frankreich nahezu gleich ist und etwa bei 29 Jahren liegt. Aber was ist in diesen 29 Jahren im Leben der deutschen und der französischen Mutter passiert? Die junge deutsche Frau hat mit 19 oder 20 Abitur gemacht, ohne Wiederholung, und dann studiert, etwa sechs, sieben Jahre, das ist der Durchschnitt. Dann hat sie einen Job gesucht – noch mal ein gutes halbes Jahr – und mit 27, 28 angefangen zu arbeiten. Davor hat sie ihren Mann kennen gelernt und zwar an der Bildungseinrichtung Uni oder Berufsschule, die wahren Heiratsmärkte heute, wie eine Studie der Universitäten Bamberg und Bremen belegen. Kein Wunder, denn die Ausbildungswege haben sich verlängert, aber der Biorhythmus nicht, er ist eher kürzer geworden. Nach einem halben, dreiviertel Jahr wurde unsere junge deutsche Frau schwanger und mit 29 dann Mutter. Die französische Frau macht mit 17 oder 18 ihr Bac, studiert maximal fünf Jahre und tritt mit 23 oder 24 ins Berufsleben ein. Sie arbeitet fünf Jahre, bevor sie das erste Kind bekommt. Sie ist etabliert, hat Berufserfahrung und möchte den Beruf wechseln oder unterbrechen. Sie wird von Beruf Mutter. Da sie über ausreichend Erfahrung verfügt, fällt es ihr leichter, einen Teilzeitjob zu bekommen, so dass sie den neuen Beruf mit dem alten besser vereinbaren kann, erst recht, wenn das Kind in die *École Maternelle* geht.

13 vgl. Lampert, Heinz, *Priorität für die Familie – Plädoyer für eine rationale Familienpolitik*, Duncker und Humblot, Berlin 1996, S. 10.

Man könnte das so fortsetzen, aber man sieht, dass ein Systemfehler – hier die zu lange Ausbildung – sich potenziert und die Situation erschwert. Es fehlt nachher die Berufserfahrung, die man vorweisen könnte, hinzu kommt der Frust, weil man die Ausbildung nicht ausnutzen konnte oder jetzt in Stress gerät.

Wenn man sich die Frage stellt, was können wir lernen, dann muss sich man sich zunächst fragen: Was wollen wir, was ist das Ziel der Familienpolitik? Wenn das Ziel ein frauenpolitisches ist im Sinn, dass der Erwerbberuf absolute Priorität besitzt (das ist auch im Sinn der Wirtschaft, die intensiv nach jungen Frauen sucht, weil sie qualifiziert und preisgünstig sind), dann muss man die kollektivistischen Betreuungseinrichtungen für Kleinstkinder (Krippen, Horte, Tagesmütter) erweitern und übernehmen. Wenn man vom Kindeswohl ausgeht, dann sind Tagesmütter, *Écoles Maternelles* und vor allem die finanziellen Leistungen für Mütter interessant. Wer ein ganzheitliches Konzept verfolgt, der müsste davon ausgehen, was der Mensch braucht, die Mutter und das Kind. Es müsste vom Humanvermögen, der kleinsten Einheit jedes Reformpakets ausgehen. Das ist mittel- und langfristige auch für die Wirtschaft das bessere und rentablere Konzept.

Ohne solch ein konzeptuelles Denken, das auch in Frankreich nicht ausgereift ist, werden sich die Schwierigkeiten mit Jugendkriminalität, Drogen, permanenter Party-Stimmung, etc. vermehren. Politik scheint unfähig oder nicht willens, dieser Entwicklung gegenzusteuern. Sie verkennt die Lebenswirklichkeit, weil sie ihr Familienbild aus den Medien bezieht. Die Eltern sind, wie gewohnt in den letzten dreißig Jahren, auf sich selbst und die Reststrukturen der traditionellen Familie zurückgeworfen. In ihren Händen und nicht in der öffentlichen Hand liegt es, ob wir solidarische Menschen erziehen oder Menschen, die sich nur anpassen. Der Glaube, Kinder lernten in Kindergärten und Gesamtschulen solidarisches Verhalten, ist meist nur eine Illusion. Dort herrscht oft Gruppenzwang und Leistungsdruck. In Anstalten lernen Kinder vor allem Anpassung. Solidarität aber lernt der Mensch dort, wo er unabhängig von einer Leistung geliebt und gefördert wird, wo er um seiner selbst willen angenommen ist. Wer das erfahren hat, der kann diese Erfahrung weitergeben. Diese Erfahrung der selbstlosen Liebe aber erlebt der Mensch zuerst in der Familie. Und zwar nicht nur von seinen Eltern, sondern auch von Geschwistern. Eine Gesellschaft, die immer weniger Familien mit zwei und mehr Kindern hat, läuft in die Entsolidarisierungsfalle. Das soziale

Klima wird kälter, der Umgang rauer. Genau das passiert in Deutschland. Deshalb wären die Maßnahmen, die kinderreiche Familien fördern, wahrscheinlich die anspruchsvollsten oder auch teuersten, aber auch diejenigen, über die es sich lohnt, mehr nachzudenken, um sie aus unserem eigenen System heraus in Deutschland zu gestalten. Denn darauf kommt es an, dass wir eine solidarische Gesellschaft haben, eine Gemeinschaft, in der man gerne lebt und in der die Familie ihren Freiraum hat. Und deshalb sollten wir lernen – es ist dringend, von Frankreich und von Finnland und vielen anderen Ländern zu lernen. Lernen, nicht kopieren. Nicht das wirtschaftliche Wachstum ist entscheidend, sondern der Mehrwert an Freiraum zur freien Gestaltung der eigenen Lebensform und damit auch an Lebensfreude. Das werden wir, denke ich, nur mit Kindern erreichen

Jean-Luc Breidel

Neue Aspekte der Kulturpolitik Frankreichs*

Der heutige Tag hat gut begonnen, denn beim Frühstück las ich in der *Thüringischen Landeszeitung* auf der ersten Seite: „Kultur ist die Zukunft Thüringens“. Ein sehr interessanter Artikel übrigens, in dem Alexander von Witzleben, der Vorsitzende des Fördervereins des Deutschen Nationaltheaters in Weimar, über die Bedeutung der Kultur als Faktor der regionalen Entwicklung spricht. Er ist der Ansicht, dass High-Tech Hochkultur brauche. Als Franzose und Beamter des französischen Kulturministeriums würde ich lieber sagen, dass Erfurt, dass Thüringen nicht nur Hochkultur brauchen, sondern Kultur schlechthin.

Es hat viele soziale, politische, kulturelle Umwälzungen in Frankreich, aber auch in Europa gegeben seit der Gründung unseres Ministeriums durch den großen Schriftsteller und Lebensbegleiter de Gaulles, André Malraux, sozusagen als logische Folge des Front Populaire von 1936. Malraux nämlich hatte eine eigenartige politische Laufbahn. Er war zunächst in den Internationalen Brigaden in Spanien aktiv und schloss sich dann 1940 General de Gaulle an, um ihm sein Leben lang treu zu bleiben. Bereits damals in der Widerstandsbewegung war die Rede davon, dass das neue Frankreich ein starkes Kulturministerium brauchte.

Unser Ministerium ist damit paradoxer Weise ein junges Ministerium, obwohl die staatliche Kulturpolitik in Frankreich eine lange Tradition hat, die bis in die Zeit der Könige zurückreicht. Einige Daten sollen die Grundphasen der Geschichte unseres Ministeriums verdeutlichen. André Malraux war zehn Jahre lang Minister, von 1959 bis 1969, kongenial unter der Führung des Generals. Als Minister hat er das französische Kulturministerium in seiner jetzigen Form gegründet. Im Dekret vom 24. Juli 1959 schrieb er: „Le ministère chargé des affaires culturelles a pour mission de rendre accessible les œuvres capitales de l’humanité et d’abord de la France.“ – Das Kulturministerium hatte die Aufgabe, die Hauptwerke der Menschheit und insbesondere Frank-

* Mittschnitt eines Vortrags gehalten am 20. Juni 2006 im Rathausfestsaal Erfurt.

reichs einem größtmöglichen Publikum erreichbar zu machen. „Au plus grand nombre possible de français d'assurer la plus vaste audience à notre patrimoine culturel et de favoriser la création des œuvres d'art et de l'esprit qui l'enrichisse“ – und auch das künstlerische Schaffen zu ermöglichen. Das ist natürlich eine demokratische Forderung, fast eine Herausforderung. Malraux modernisierte das Ministerium und stärkte die politische Kraft des Ministeriums und der Kultur als Träger der gaullistischen Politik.

Die erste strategische Veränderung nach dieser großen Zeit – denn Malraux war wahrhaftig eine große Persönlichkeit der Literatur – trat ein in den Jahren 1971 bis 1973. Präsident war Georges Pompidou. Seit 1969 stand das Ministerium unter der Leitung eines hochinteressanten Mannes, den wir leider zu leicht vergessen, Jacques Duhamel. Unter seiner Ägide lag der Schwerpunkt ein bisschen anders. Kultur, sagte Duhamel, gehöre zur *éducation*, zur Ausbildung und zur Information, und umgekehrt. Die anthropologische Bedeutung des Begriffs Kultur ersetzte damit jenen der so genannten Hochkultur, schon einige Jahre vor Jack Lang. Ab 1974, unter Präsident Giscard d'Estaing, gewann die liberale Logik, was die Kultur betrifft, zeitweise die Oberhand. Der Staat entband sich bereits – wenn auch nur teilweise – seiner kulturellen Verpflichtungen zugunsten der Städte und der Regionen, die ja noch nicht in ihrer jetzigen Form existierten. Unter Michel Guy als *Secrétaire d'État*, dem Wegbereiter der Politik nach 1981, öffneten sich die Städte, die Regionen schrittweise und gleichzeitig mit dem politischen Zentrum der Kultur. Er begann mit der so genannten *déconcentration*, der Bewegung des Zentralministeriums in Richtung auf Regionen und Provinzen.

Das Jahr 1981 mit der Wahl François Mitterrands bedeutete einen großen Bruch in der gesamten französischen Politik. Für das Kulturministerium war es ein dreifacher Bruch. Zum Ersten wurde das Kulturbudget des Staates, des Ministeriums verdoppelt. Man kann sich leicht vorstellen, was das heute bedeuten würde, wenn jemand in Frankreich oder einem anderen Land ankündigen würde, die Gelder für Kultur zu verdoppeln. Aber genau das machte Jack Lang nun, mit Unterstützung – und ohne die wäre es nicht gegangen – des Staatspräsidenten. Er hatte sehr engen Kontakt zu François Mitterrand, in jeder Hinsicht, ähnlich wie seinerzeit Malraux und de Gaulle. – In der französischen Kulturpolitik kann vieles geschehen, wenn diese Kongenialität vorhanden ist, ein gemeinsames Verständnis der Bedeutung von Kultur bei Präsident und Minister. – Der Minister verdoppelte also den

Kulturhaushalt. Die so genannten *collectivités*, die Städteverbände, die *départements*, die Regionen folgten natürlich. Plötzlich erkannte Frankreich, dass Kultur Geld kostet, dass aber diese Investition den Städten und dem Staat zugute kommt. Kultur wurde zum entscheidenden Faktor der Entwicklung und als solcher anerkannt.

Der zweite Bruch war die von François Mitterrand betriebene Kulturpolitik. Eines seiner Hauptziele waren die so genannten *grands travaux*, die großen architektonischen Projekte in Paris und anderswo. In Paris müssen dabei natürlich das Musée du Louvre, die Opéra Bastille genannt werden, oder ein bisschen später die Bibliothèque Nationale, selbstverständlich auch die Grande Bibliothèque und das Institut du Monde Arabe – übrigens ist dieses Institut du Monde Arabe auch ein Zeichen dafür, dass sich die kulturelle Beziehung Frankreichs zur arabischen Welt schrittweise verbessert seit der angespannten Zeit des Algerien-Krieges.

Den dritten Bruch finden wir im Verständnis des Kulturministeriums über seine eigenen Aufgaben. Nicht nur, dass das Kulturministerium die so genannte Hochkultur förderte, nicht nur, dass das Kulturministerium seine Verwaltung dezentralisierte, es entstand eine grundsätzlich neue Auffassung von dem, was das Ministerium unterstützen sollte. Lang, in der ihm eigenen Art, sagte: „Les gens sont créatifs“, alle Menschen sind Künstler. Er förderte mit aller Kraft nicht nur das kulturelle Interesse und den Besuch von Theatern und Museen, er forderte darüber hinaus, dass jeder selbst aktiv werde. Die persönliche Entwicklung verlange kulturelle Betätigung. Es entwickelte sich eine neue Auffassung des Begriffs ‚Kulturerbe‘, *patrimoine*. *Patrimoine* betraf damit nicht mehr nur historische Denkmäler und Monumente, sondern auch Immaterielles, das heißt die *mémoire*, die *mémoire ouvrière*, die *mémoire paysanne*, bei den Arbeitern also und den Bauern, die *ruralité*, denn auch die kulturellen Aktivitäten auf dem Land darf man nicht vergessen. Das kulturelle Interesse steigerte sich rasant.

Die Entwicklung hatte natürlich bereits auf dem unter Malraux sehr spannenden Gebiet der Musik mit dem Komponisten Landowski begonnen. Damals waren viele Orchester gegründet worden, in Lille, in Lyon, in Bordeaux. Lang führte diese Politik fort. Unter ihm entstanden unzählige *maisons de la culture*, *scènes nationales*, also nationale Theater in den Regionen, Orchester, Opern, und die Zahl der Theatergruppen stieg rapide. Diese Situation wirkte sich nicht nur positiv aus. Ich war zwischen 1981 und 1991 in

Österreich und Deutschland, und als ich zurückkam, erkannte ich die kulturelle Landschaft in Frankreich nicht mehr, so stark waren die Veränderungen in der so genannten Provinz, wie die Pariser so freundlich sagen. Unter Lang, vor allem in seiner zweiten Ministeramtszeit, entbrannte aber auch eine heftige Diskussion, die bis heute weitergeführt wird, über die besondere Rolle der Intellektuellen im öffentlichen Leben in Frankreich, angefacht von Intellektuellen wie Alain Finkielkraut¹ oder Marc Fumaroli², die den so genannten *Langisme* kritisierten. Der Staat sei zum universellen Belustiger der Massen geworden. Lang hatte die verschiedensten *fêtes* gegründet, die *fête de la musique* – den Musik-Tag oder die Musik-Nacht, die *fête de la poésie*, und andere, für die breite Bevölkerung. Diese *fêtes* waren Fumaroli zu populistisch, sie gehörten nicht zur Hochkultur in seinem Sinne, sie waren eher Belustigung der Massen. Er prangerte die so genannte Religion der Modernität bei Lang an. Man vergesse, so sagte er, die große Rolle der Literatur, die Kunst, die Kunstschatze Frankreichs, man vernachlässige das Kulturerbe, die historischen Bauwerke. Das sei ein Angriff auf den Kulturstaat, der teilweise an den Bismarck'schen Kulturkampf erinnere, ja sogar an die großen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts anknüpfe. – Damit übertreibe ich natürlich und reduziere die Debatte sehr. – Jedenfalls entfachte Fumarolis Buch die Diskussion, die uns dann geholfen hat, die Entwicklung des Kulturministeriums in den Jahren darauf besser einzuschätzen und zu präzisieren. Damit ist auch das Problem der Instrumentalisierung der Kultur benannt. Ich nenne es die Feudalisierung der Kultur, denn unter Lang und später entwickelten die Politiker, die Bürgermeister, die Oberbürgermeister, die Präsidenten der Regionen die Tendenz, die Kultur zugunsten ihrer eigenen Politik zu instrumentalisieren. Diese Tendenz hatte Fumaroli heftig angegriffen.

Die Jahre von 1992 bis 1995 waren meines Erachtens für unser Ministerium besonders wichtig. Es war die Zeit von Minister Jacques Toubon – Spitzname „Mister Allgood“, tout bon –, der gegen die Vorherrschaft des Englischen und die Anglisierung der französischen Sprache kämpfte. Er verteidigte die französische Sprache, aber gleichzeitig und weit darüber hinaus verwies er geschickt auf die Verschiebung der Referenzen der Kultur ins Internationale. In dem Moment, wo er die Gefahr der *Anglicisation* kritisiert,

- 1 Alain Finkielkraut, *Die Niederlage des Denkens*, Reinbek (Rowohlt) 1989.
- 2 Marc Fumaroli, *L'état culturel. Essai sur une religion moderne*, Paris (de Fallois), 1991.

stellte er fest, dass die Kultur nicht mehr national im engsten Sinne des Wortes analysiert und verwaltet werden kann. Das Bewusstsein der zentralen Bedeutung der Kultur unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung wuchs besonders nach der Uruguay-Runde des GATT 1993, wo Jacques Toubon nicht nur das Überleben der großen europäischen Kulturen als unbedingtes Ziel definierte, sondern auch *un mode de vie sous influence* kritisierte, eine negative Beeinflussung durch den angelsächsischen *way of life*. Damals ist auch der Begriff der *exception culturelle* geprägt worden, der kulturellen Diversität. Viele Leute verstehen den Ausdruck ‚kulturelle Ausnahme‘ falsch, als ob Frankreich selbst die Ausnahme wäre. Das stimmt natürlich nicht. Die Kultur ist die Ausnahme. Toubon sagte deutlich – und fast alle seine Nachfolger auch –, dass man die Kultur nicht wie alle anderen Güter behandeln kann.

Nach der Wahl von Jacques Chirac 1995 vertiefte sich die Debatte um die Verringerung der sozialen Brüche. Jacques Chirac macht diese *réduction de la fracture sociale* zum Hauptthema im Wahlkampf 1995, und die Folgen im kulturellen Bereich wurden schnell sichtbar. Die Demokratisierung der Kultur und die Kulturdemokratie spielten eine immer größere Rolle. Diese *démocratisation de la culture* war der Versuch, ein möglichst breites Publikum anzusprechen, alle Klassen, alle Altersgruppen. Der Begriff der Kulturdemokratie oder *démocratie culturelle* bezeichnet die Notwendigkeit, alle Kulturen, die in Frankreich vertreten sind, gleichwertig zu behandeln und sich bewusst zu sein, was diese Kulturen für die französische Kultur bedeuten.

Mit dem Wahlsieg der Sozialisten 1997 und mit der Ernennung von Catherine Trautmann zur Kulturministerin, bis dahin Oberbürgermeisterin von Straßburg, änderte sich im Grunde genommen nicht viel in der französischen Kulturpolitik. Nur einige kleinere Änderungen können wir feststellen, zum Beispiel bei der Bedeutung der so genannten *formation*, der kulturellen und künstlerischen Ausbildung der Jugend. Unter Catherine Trautmann wurde man sich bewusst, wie sehr Frankreich auf diesem Gebiet hinterherhinkte. Noch heute bekommen die Schüler nach dem ersten Zyklus im *collège* keinen obligatorischen Unterricht mehr in Musik oder in den Künsten, nur noch fakultativen. Catherine Trautmann versuchte – und es gelang ihr auch –, den Kontakt mit dem Unterrichtsministerium zu vertiefen, damit beide Ministerien sich um die Sicherung der künstlerischen Ausbildung in den Gymnasien und *collèges* kümmern. Gleichzeitig entwickelte das Minis-

terium zum ersten Mal ein gewisses Interesse für Liebhaber-Kunst. Bisher waren Amateure für das Kulturministerium nicht erwähnenswert, und für Malraux schon gar nicht. Malraux' Interesse galt dem Schauer des Menschen vor einem großen Kunstwerk, alles andere ignorierte er. Auf kulturdemokratischem Gebiet zeigte dies das Interesse des Ministeriums für die so genannte Neue Musik - und damit ist nicht die zeitgenössische E-Musik gemeint, sondern Rock und neue Formen wie die HipHop-Bewegung, die seit einigen Jahren Frankreichs Kulturlandschaft bereichern. Vor allem aber war Catherine Trautmann mit einer politischen Situation konfrontiert, die tatsächlich neu war. Sie kämpfte sehr engagiert und entschieden gegen neo-faschistische Versuche der Front National – zur damaligen Zeit saß die Front National von Le Pen in vielen Gemeinderäten –, Kultur zu begrenzen, zu kontrollieren, zu reduzieren. Es war die Zeit, wo in gewissen Bibliotheken der Großstädte Frankreichs plötzlich gewisse Bücher verboten wurden. Verbrannt wurden sie nicht, aber es war kurz davor. Catherine Trautmann machte es sich zur Pflicht, diese Unsitten der Front National zu verhindern. Sie unterstrich die Garantie der Geistesfreiheit, der Freiheit des künstlerischen Schaffens und die unbeschränkte Vielfältigkeit der Kultur und ihrer vielen Formen, die bereits erwähnte *diversité culturelle*.

Eine andere Problematik war bereits 1993 deutlich geworden, die Catherine Trautmann selbstverständlich kannte, aber nicht meisterte, jedenfalls nicht besser als ihre Vorgänger oder Nachfolger: die so genannte Krise der *intermittents*. Schon 1993 kamen Befürchtungen auf, dass das französische Kultursystem am Ende sein könnte. Unter Jack Lang hatten die Theater, die Musik und die Kultur allgemein einen bisher unbekanntem Anstieg des Publikumsinteresses erlebt. „Que cent fleurs eclosent, que mille fleurs eclosent“ – es sollen tausend Blumen blühen, sagte Lang. Ja, sie blühten, aber sie verblühten auch wieder, und wir sahen uns zunehmend mit einer Situation konfrontiert, die sowohl kulturpolitisch als auch finanziell nicht zu meistern war.

Wenn sich zum Beispiel die Zahl der Theatergruppen in zehn Jahren verzehnfacht, erwächst daraus ein Problem. Denn in derselben Zeit verzehnfacht sich das Publikum nicht, sondern bleibt ungefähr stabil, besonders beim Theater. Die Theaterleute arbeiten ganz frei, im Gegensatz zu Deutschland, wo viele Schauspieler in einem Ensemble arbeiten. Die so genannten freien Gruppen, die es in Deutschland auch gibt, sind bei uns sehr zahlreich. Und diese Menschen wollen dieselben sozialen Rechte wie alle französischen

Bürger haben, wogegen man auch grundsätzlich nichts sagen kann. Aber im Theater, in der Kunst überhaupt, ist die Situation anders als im übrigen Leben. Da gibt es zum Beispiel ein Theaterprojekt, die Truppe arbeitet zwei Monate lang zusammen – und dann gibt es keine Truppe mehr. Die Theaterleute haben drei, vier Monate lang nichts zu tun, sie sind arbeitslos. Wie kann man sicherstellen, dass die Leute leben können? Wir haben ein Versicherungssystem für alle Arbeitnehmer, UNEDIC (*Union Nationale pour l'Emploi dans l'Industrie et le Commerce*), das die *intermittents* in der Zeit bezahlt, in der sie arbeitslos sind. Das Problem war nur, dass Frankreich Hunderttausende solcher Menschen hatte, die einen großen Teil der Arbeitslosengelder verschlungen haben. Die anderen 16 Millionen haben dafür bezahlt. Kritiker mahnten, dass das nicht so weiter gehen könne. Das Kulturministerium hatte schlicht nicht die nötigen Gelder. Aber es gab ja nicht nur die *intermittents* aus den Theatergruppen. Auch bei TF1, im Fernsehen, passierte es schon einmal, dass ein Produzent einem Techniker Arbeit für einen Monat gab, ihm aber nur für zwei Wochen Lohn zahlte. Für die beiden anderen Wochen sollte der Techniker zu UNEDIC gehen. Das konnte natürlich nicht funktionieren, und die Lage wurde immer angespannter bis 2003, wo sie Minister Jean-Jacques Aillagon den Posten kostete. Diese ungelöste Situation bereitet bis heute unserem Ministerium die größten Sorgen.

Diese Probleme illustrieren eine viel umfassendere Krise. Es stellt sich die Frage, ob unser Ministerium in seiner jetzigen Form noch zeitgemäß ist und was man tun muss, damit das Ministerium wieder seine alte entscheidende Rolle spielen kann für die *création*, das künstlerische Schaffen.

Lassen Sie mich einige Worte zur Struktur des Ministeriums sagen. Ich zum Beispiel bin Direktor der *Direction Régionale des Affaires Culturelles* in der Provence. Wir haben in jeder unserer 22 Regionen quasi ein kleines Kulturministerium. Es ist aber nicht abhängig von der Region – in Deutschland wäre das vom Land –, sondern vom zentralen Ministerium in Paris. Aber – und das ist eine wichtige Änderung in den letzten zehn Jahren – wir bekommen die Gelder direkt in die Hand, die wir verteilen, die Gelder liegen also nicht mehr zentral in Paris. In unserem Fall stimmt es also nicht zu sagen, Frankreich sei zentralisiert. Wir haben die Dezentralisierung innerhalb des Staates bereits hinter uns. Eine neue Phase muss nun eingeleitet werden, denn über die Struktur des Ministeriums wird heftig und breit diskutiert: über neue künstlerische Formen, über die Dezentralisation im Jahre 2002, wo die

Städte und die Länder mehr Kompetenzen auf kulturellem Gebiet bekommen haben; über die Globalisierung und ihre kulturellen Folgen; über neue Informationstechnologien und – am Beginn des 21. Jahrhunderts – über die Tatsache, dass die Kulturpolitik immer mehr den Status einer wichtigen Säule des französischen republikanischen Modells verliert.

Ist das ein Zeichen dafür, dass unser Modell abbröckelt? Welche Probleme haben wir heute? Wir haben viel mehr kulturelle Strukturen, deren Kosten wir übernehmen müssen, zusammen mit den Städten und den Regionen; wir haben das soziale Problem der Beschäftigung der Künstler und Techniker. Der Minister erinnert immer wieder daran, dass in Frankreich um die 450.000 Menschen durch die Kultur beschäftigt werden. Das ist etwa so viel wie die gesamte Autoindustrie. Und der Minister muss die entstehenden sozialen Probleme meistern, deshalb sagt er: „Je suis le ministre de l'emploi culturel“ – Ich bin der Minister der kulturellen Beschäftigung.

Es gibt neue Problemfelder wie das Aufkommen der kulturellen Industriebranchen, zum Beispiel das Phänomen der Downloads, die Frage nach den Autorenrechten im Internet. Oder den Rückzug auf Identität, der sowohl positiv als auch negativ sein kann. Es ist sehr positiv, wenn Leute sich auf ihre Tradition und auf ihre Wurzeln besinnen, aber in der französischen Situation, mit 5 Millionen Arabern im Land, kann es natürlich ausarten in einen gewissen *communautarisme*, was für französische Republikaner wie mich teuflisch klingt. Der Begriff *communautarisme* beschreibt das Phänomen, dass sich Bürgergruppen innerhalb der Republik isolieren lassen oder selbst isolieren.

Es gibt heute eine neue Finanzkultur in der Verwaltung des Ministeriums. Wir verwalten unser Ministerium immer mehr wie ein Unternehmen. In der Provence-Alpes-Côte d'Azur habe ich 140 Mitarbeiter und ein Budget von etwa 78 Millionen Euro. Die Verwaltung arbeitet ganz anders als noch vor zwei oder drei Jahren. Nach einem neuen Gesetz müssen wir, ähnlich wie ein Betrieb, ein Controlling durchführen und die Resultate analysieren, wir sind unter Leistungsdruck. Welche Ziele sind zu erreichen? Wie erreichen wir sie? Statistik, Beobachtung der Resultate, das alles ist für uns neu. Unter Jack Lang oder unter Malraux hat man nicht wirklich darauf geachtet, ob die Gelder, die investiert wurden, richtig investiert wurden oder nicht. Investition war einfach eine Notwendigkeit. Wenn der General sagte, die Kultur solle Geld erhalten, dann erhielt sie Geld. Aber wir haben nichts kontrolliert im eigentlichen Sinne.

Die Dezentralisierung fördert und fordert eine neue Rolle des Staates. Wir können nicht mehr behaupten, dass wir die kulturelle oder künstlerische Wahrheit gepachtet haben, so wie es früher war. Wir müssen mit den Bürgermeistern, mit den Regionen, mit den Präsidenten der Kulturausschüsse der Regionen sprechen, zusammen mit den *collectivités territoriales* müssen wir Kulturpolitik entwickeln. Es ist unsere Aufgabe und Rolle, die Kultur in den Regionen zu kontrollieren, Dinge vorzuschlagen, zu koordinieren, zu beleben. In der Provence ist diese Aufgabe sehr spannend, in einer Region, in der die verschiedensten politischen Richtungen vertreten sind – auch schlimme, wie ich leider sagen muss. Wir müssen versuchen, in einer Großstadt wie Marseille zum Beispiel eine gewisse Kohärenz herzustellen, die Rolle der Kulturpolitik zu stärken und zu verhindern, dass die politischen Richtungen sich bekämpfen. Das kann nur vom Ministerium ausgehen, das kann keine Stadt allein machen, ohne Einwilligung der Region. Wenn sie das versuchen würde, entstünden Konflikte. Nur der Staat, spricht das Kulturministerium, kann hier erfolgreich sein.

Es gibt heute eine heftige politische Diskussion über die Zukunft unseres Ministeriums. In der UMP zum Beispiel, dessen Präsident Nicolas Sarkozy ist – höchstwahrscheinlich ein Kandidat bei der nächsten Präsidentenwahl –, sagen viele, man sollte das Kulturministerium in seiner jetzigen Form *ad acta* legen und statt dessen ein großes Ministerium bilden für Forschung, Kultur und Bildung. Das gab es schon einmal unter Jack Lang in seiner zweiten Mandatszeit. Aber das war nicht das Glänzendste, was er gemacht hat.

Was die Sozialisten wollen, wissen wir nicht. Das wissen sie vielleicht selber nicht. Sie haben zu viele Kandidaten zum Präsidentenamt und sind sich nicht einig – man muss also abwarten. Ich glaube, dass Frau Royal, die die größten Chancen hat, sich durchzusetzen innerhalb der sozialistischen Partei, diesbezüglich ähnliche Ideen vertreten wird wie Nicolas Sarkozy. Ich bin nicht überzeugt, dass sie von der Notwendigkeit eines selbständigen Kulturministeriums in Frankreich überzeugt ist.

Es gibt natürlich Hoffnungsschimmer, Dinge, die uns erlauben zu behaupten, dass das Kulturministerium wichtig ist. Ich denke zum Beispiel an die Konvention, den Vertrag der UNESCO, verabschiedet am 20. Oktober 2005, über die kulturelle Vielfalt, die für unser Ministerium ein Erfolg war. Wir müssen überlegen, wie wir in unserem Land die Kompetenzen auf kulturellem Gebiet besser aufteilen. Momentan hat niemand eine besondere

Kompetenz. Wir haben Mischfinanzierungen, bei denen die verschiedenen administrativen Schichten des Landes ihre Rolle spielen, einmal so, einmal anders, in den Städten, den Gemeinden, den *Départements*. Wir haben immer noch 36.000 Gemeinden in Frankreich. In Deutschland sind es nach der Wende ungefähr 12.000. Wir haben hunderte *Départements*, wir haben 22 Regionen (abgesehen von Übersee, also 26 insgesamt), und alle spielen eine wesentliche Rolle im Zentralstaat, auf kulturellem Gebiet, ohne zu wissen, welche Kompetenzen jeder hat. Das müssen wir auf jeden Fall klären. Das ist möglich und notwendig, aber meiner Meinung nach nicht zufriedenstellend machbar, wenn das Kulturministerium aufgelöst wird.

Dazu kommt, dass die Kultur endlich als Hauptfaktor für die Attraktivität Frankreichs erkannt und geschätzt wird. Die Förderung der Attraktivität Frankreichs durch so genannten Kulturtourismus ist zum wesentlichen Teil der Überlegungen geworden. Heute wird die *économie culturelle* als Fach an den französischen Universitäten unterrichtet. Françoise Benhamou beweist in ihrer Untersuchung *L'économie de la culture*³, dass auf kulturellem Gebiet ein Euro, gut investiert, viele Euros zurück bringt.

Wir müssen Kultur auch als Faktor des sozialen Zusammenhalts sehen. In diesem Zusammenhang haben wir aus unserem Ministerium heraus viel geleistet, vor allem in Marseille und in Tolon hatten wir gute Erfolge. Es gibt viele, denen zu wenig ist, was in Frankreich in dieser Hinsicht geleistet wird. Sie sind der Ansicht, wenn wir genug getan hätten, dann hätte es die Krise im letzten Herbst nicht gegeben. Ich selbst allerdings gehöre zu denen, die genau das Gegenteil denken. Wenn wir auf kulturellem Gebiet nichts getan hätten - kulturell im weiten Sinne des Wortes, auch im Schulwesen -, dann wäre die Krise schon viel früher eingetreten.

Die Förderung der Kultur ist ein wichtiger Faktor der regionalen Entwicklung, das haben die französischen Städte in den 80er Jahren bewiesen. Zunächst waren das Städte wie Montpellier, das als wichtige Kulturstätte bereits bekannt war, dann kam Lille in den 90er Jahren, heute sind es Nantes, Straßburg. Überall hat sich gezeigt, dass Städte, die die Kultur als wirtschaftlichen Entwicklungsfaktor erkannt haben, Recht hatten – das sagen auch die betreffenden Bürgermeister selbst.

3 Françoise Benhamou, *L'économie de la Culture*, Paris 1996.

Kultur ist einerseits ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor – die Zahl der im Kulturbereich arbeitenden Franzosen habe ich bereits genannt –, Kultur ist aber auch ein wichtiger Faktor der pädagogischen Erneuerung an den Grundschulen. Wir arbeiten momentan in den Regionen sehr intensiv mit den Rektoren zusammen. haben Verträge darüber abgeschlossen, wie wir mit den Künstlern zusammen arbeiten können, damit junge Menschen in allen Fächern die Bereicherung kennen lernen können, die ihnen die Kultur bieten kann. Die Städteverbände geben heute sehr viel Geld für Kultur aus, zusammen sechs Milliarden Euro. Unser Kulturministerium allein gibt 2,8 Milliarden Euro aus, nicht zu reden von den übrigen Ministerien, die auch etwas für die Kultur tun. Das zeigt, dass Frankreich in der Kultur bereits sehr stark dezentralisiert ist. Die regionale Ebene ist zur üblichen Verwaltungsebene geworden, hier wird die französische Kulturpolitik betrieben und koordiniert.

Wir müssen lernen, in einer neuen Welt zu leben, wir müssen alles tun, damit die Arbeit der öffentlichen Institutionen die drei Säulen der Kultur in Frankreich weiter unterstützt: *la création*, die Kulturschaffenden, die Künstler, *la diffusion*, die Verbreitung der Kultur und der Kunst durch die Gewinnung neuer Publikumsschichten, und *la formation*, die Ausbildung. Das sind die drei Säulen des Kulturministeriums, wodurch es, so hoffe ich, weiterleben wird.

Andreas Naumann

Auf der Suche nach Arkadien*

Bevor ich zu meinem Thema „Arkadien“ komme, dem ich einen kurzen geschichtlichen Abriss über den Begriff in der europäischen Kunstgeschichte voranstelle, will ich Ihren Blick auf etwas lenken, was wir fast alle verdrängen. Sie kennen alle die heute übliche städtebauliche Agglomeration von Logistik-Centern, von großen Autostellflächen, von netten Einfamilienhäusern. Das alles hat viel mit unserem gegenwärtigen Leben zu tun. Aber diese gut organisierten städtebaulichen Agglomerationen befriedigen eigentlich nur die eine Seite unseres Lebens. Auf der anderen Seite setzt uns unser Bedürfnis nach landschaftsnahen, nach naturnahen Situationen oft mehr zu, als wir wollen.

Der Begriff von „Arkadien“, von der „Suche nach Arkadien“, steht in der französischen Landschaftsarchitektur in der Geschichte wie auch in der Gegenwart für eine der Ausprägungen, wie der Mensch unter bestimmten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen seine Umwelt gestaltet. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass, als Frankreich bereits eine große Kultur-Nation mit einer zentralistischen Staatsgewalt war, es die deutsche Nation noch nicht gab. Hier gab es lediglich eine große Anzahl von Duodez-Fürstentümern. In Frankreich indes sorgte die Ausbildung, die Bereicherung der höfischen Kultur dafür, dass der barocke Garten in Europa Fuß fassen konnte und in mannigfaltiger Art und Weise kopiert wurde.

„Auf der Suche nach Arkadien“. War die Suche erfolgreich? Oder hatte sie etwas mit Verdrängung zu tun, mit einer gewissen Hilflosigkeit? Arkadien ist zum einen die griechische Berglandschaft auf dem mittleren Peloponnes, zum anderen der durch die griechische Mythologie verklarte Ort, an dem die Menschen unbelastet von mühsamer Arbeit und gesellschaftlichem Anpassungsdruck in einer idyllischen Natur als zufriedene und glückliche Hirten lebten. Dieses „glückliche Arkadien“, so der gängige deutsche Ausdruck, war ein beliebtes Thema der bukolischen Lyrik und Epik der Antike, aber auch der Renaissance und des Barock.

* Mitschnitt eines Vortrags, gehalten am 27. Juni 2006 im Rathausfestsaal Erfurt.

„Seine besondere Schönheit verdankt Arkadien dem persönlichen Eingreifen des Gottes Zeus. Nachdem Phaeton mit dem Sonnenwagen katastrophal gescheitert war und weite Teile der Welt versenkt worden waren, stellte Jupiter [lateinisch für Zeus] selbst die Quellen und Bachläufe Arkadiens wieder her und ließ die verbrannten Wälder wieder grünen.“¹

(Dieser Mythos ist einen Vergleich wert. In unserer heutigen Zeit tragen die Probleme der Umweltbelastung, des Umgangs mit den Ressourcen dazu bei, dass wir viele Dinge zwar noch glücklich verdrängen können, aber doch hart an der Grenze sind, uns von unseren biologischen Grundlagen zu trennen.) Ich zitiere weiter:

Eigentlicher Gott Arkadiens soll Pan gewesen sein, der hier gebürtig ist und darum auch den Beinamen Arkadius führt. Stets in der Mittagszeit soll Pan unvermittelt hervorgetreten sein und dann panische Schrecken hervorgerufen haben. (Ebd.)

Arkadien war berühmt-berüchtigt für Menschenopfer, die dem Zeus Lykaon dargebracht wurden. Der Sage nach soll Lykaon den Zeus-Kult in Arkadien eingeführt haben, Großvater des Arkas, nach dem das Land den Namen trägt. Zeus soll in Arkadien aufgewachsen sein, nachdem seine Mutter Rhea ihrem Gatten Kronos statt seiner einen Stein zu verschlucken gab. Demeter verehrte man in Arkadien besonders in ihrer düsteren Seite, denn hier hatte sie sich aus Trauer um ihre Tochter verborgen. Man stellte sie auch pferdeköpfig dar – Poseidon soll sich ihr in der Gestalt eines Pferdes genähert haben. Auch Hermes soll in Arkadien geboren sein. Er hat davon den Beinamen Arkas. Seine Geburt soll sich auf dem Kylene, dem höchsten Berg Arkadiens, abgespielt haben, daher der häufige Beiname Kylenius.

In der abendländischen Kunst und Kultur entwickelte sich der Begriff Arkadien von seinen mythischen Ursprüngen über seine politischen, gesellschaftspolitischen und kunsthistorischen Erweiterungen hinaus zu einem schillernden Bild eines „idealen Lebens“. Die verschiedenen Wunschwelten – vom in der Zukunft erwarteten Paradies bis zum in der Vergangenheit liegenden „Goldenen Zeitalter“ – beinhalten unterschiedliche religiöse Vorstellungen, von der bukolischen Verehrung des Pan bis zum pastoralen Bild des

1 Ovid, *Metamorphosen II*, S. 402–408.

christlichen Gottes als Hirte der menschlichen Herde. Im Arkadien-Mythos werden Traum-Motive und Erinnerungen an den schwerelosen Anfang des menschlichen Lebens poetisch, musikalisch oder in Bildern dargestellt: der Frühling, die sorglose Jugend, eine noch nicht kultivierte Ideallandschaft, in der Menschen und Tiere zusammen leben ohne zivilisatorische Arbeit, ohne das trennende Mein und Dein, ein absichtsloses Dasein mit Gesang und Flötenspiel und der Hirtenliebe, die zum Liebestod führen kann, einem Tod – und das sollte man betonen – nicht des Krieges, nicht des Alters oder der Krankheit, sondern der höchsten Lebensintensität. Im ersten Zusammenleben der Menschen gehört der seelische Tod, in dem der Liebende sich zurück zieht, gehört die Klage um den Toten an dem von ihm selbst beschrifteten Grab in das Zentrum des arkadischen Lebens, so wie im berühmten elegisch-sehnsuchtsvollen Bild des Nicolas Poussin: „Et in arcadia ego“ (1650). Hintergrund ist die Erkenntnis, dass das Leben in Kreisläufen geschieht, dass die Endlichkeit immer präsent ist und dass dadurch Lebensrhythmus, Lebensanspruch und natürlich auch Lebensverortung sinnvolle Ergänzungen haben. Dabei wird das Schwergewicht vom mythologischen Personenrepertoire und der idyllischen Atmosphäre des Einklangs zwischen Menschen, Göttern und Natur, der Muße und des Friedens, zu Gunsten der Naturdarstellung verschoben, die in der Antike von untergeordneter Bedeutung war. Als schließlich am Ende des 18. Jahrhunderts Arkadiens mächtige Wirkungsgeschichte verblasst und seine Kraft als Sehnsuchtsort nachlässt, ist ein wesentlicher Teil seiner Motivik bereits in Natur aufgelöst und auf die Landschaft übergegangen. Für die Landschaft in der Arkadien ist die Verbindung des *locus amoenus*, des „lieblichen Ortes“, mit einer kontemplativen Atmosphäre charakterisierend.

Wie stellte sich das Arkadien-Motiv in der Renaissance, im Barock und auch in der Klassik dar? Schriftliche Hinweise kommen erwartungsgemäß natürlich meistens von Personen, die im gesellschaftlichen Leben integriert waren, also von Menschen, die in der hierarchischen Ordnung der Gesellschaft gewisse Privilegien hatten; das Privileg, lesen zu können, schreiben zu können, das Privileg, in der gesellschaftlichen Hierarchie an der Spitze zu stehen. Aber die Befindlichkeiten des Alltags führten bei diesen Menschen ebenso zu Problemen und Unwohlsein, wie auch wir sie heute mit den gesell-

schaftlichen Entwicklungsprozessen, mit der Globalisierung haben. Das Arkadien-Motiv diente daher auch dazu, Befriedung zu schaffen, Seelenzustände zu stabilisieren, die gemeinschaftliche Ordnung zu sichern.

In der Renaissance wurde Arkadien mit dem „Goldenen Zeitalter“ gleichgesetzt; dadurch entstand durch Selbstspiegelung ein Arkadien höherer Ordnung. Das wiederum führte zu einer Steigerung des melancholischen Charakters des Begriffs, das elegische Gefühl wurde zur zentralen Eigenschaft der arkadischen Sphäre. Das finden wir besonders in der Malerei. Die oben bereits erwähnten Bilder von Poussin greifen dieses Thema auf und stellen durch die Betrachtung einer Grabstätte den Regellauf von Tod und Leben dar, positionieren sich aber dabei durchaus positiv. Im Manierismus entwickelte sich die Grundstimmung, die Jahrzehnte zuvor zur Befreiung aus dem Lebensgefühl und der Kunst des Mittelalters geführt hatte, zum Katzenjammer. Auch diese Befindlichkeiten sind natürlich immer in den spezifischen gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen zu verorten. Wichtig aber ist, dass im Prozess der Sichtbarwerdung der Landschaft der Begriff Arkadien verallgemeinert wird. Die Bildwelt wird befreit von bestimmten Ausstattungsmerkmalen, von bestimmten topografischen Eigenheiten, man nivelliert das Figuren-Repertoire und versucht dementsprechend den Landschaftsbegriff so zu neutralisieren, dass er allgegenwärtig wird und als Erfahrungsgrundmuster einen eigenen Wert erhält. Mit diesem neuen Lebensgefühl stellt man sich den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten, man will zeigen, dass man Herr der Dinge ist, dass man über sie triumphiert. Man will damit eine Grundstimmung evozieren, die sonst in der Gesellschaft nicht vorhanden ist.

Der Erkenntnisprozess wird also durch die Bildwelt der Malerei vorbereitet, um später die entsprechenden Raumprogramme und Idealzustände in die Anlage von Gärten zu transportieren. Dabei sind es zum einen Claude Lorrain, zum anderen der bereits erwähnte Nicolas Poussin, die in ihrer Bildwelt Landschaftsideale vorbereiten, die später als Versatzstücke aus der arkadischen Landschaft herausgelöst und meist in die Umgebung von Rom transportiert werden, in die Campania.

In der Umbruchphase vom Barock zum Klassizismus wird das Arkadien-Motiv zur Entgegensetzung von Natur und Kultur genutzt. Während der Aufklärung wird das Todesmotiv durch die Ruinen-Metapher abgelöst. Der Betrachter sinnt nun nach über die Paradoxie der Gegenwart, des Vergange-

nen und den Gang der Geschichte. Im menschlichen Bewusstsein der Zeit führt die Beschäftigung mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu visio-nären Entwicklungen, und unter bestimmten Bedingungen wird die Vision zur Wirklichkeit. Ein schönes Beispiel ist Tischbeins Gemälde von Goethe in der Campania, der in einer eiteln und bewussten Pose auf Ruinen-Blöcken ruht, vor dem Hintergrund der wunderbaren Landschaft der Campania. Wer sich mit dieser großen deutschen Persönlichkeit auseinandersetzt, wird durch seine Reisedarstellungen wissen, dass die beiden Italien-Aufenthalte die schönsten Reisen in seinem Leben waren. Goethe setzte seine Reisetätigkeit wunderbar und qualitativ voll schöpferisch um. Bei ihm bezieht sich das Ich ohne jeden Todes-Gedanken selbstbewusst auf sich selbst. Wenn bei ihm Arkadien als antike Landschaft mit Ruinen erscheint und er fordert: „Arkadisch frei sei unser Glück“², dann zeugt diese Feststellung natürlich von einem emanzipierten Bürger. Sie zeugt von einer Persönlichkeit, die in ihrer Zeit in herausgehobener Position alle Möglichkeiten hat, mit ihrem Schöpfer-tum, mit ihrem verantwortlichen Handeln höchste kulturelle Leistungen hervor-zubringen. Bei Goethe erlebt der Arkadien-Mythos seine Vollendung. Nunmehr ist die Formulierung „et in Arcadia ego“ von einer barocken Grabinschrift und einer Kunst-Metapher zu einer Aussage über den Triumph des Lebens geworden. Dieser Anspruch des Lebens ist gemeint in den arkadi-schen Szenen im III. Akt des „Faust II“: die glückliche Vereinigung von Herrschaft und Natur, von Traum und Wirklichkeit, Moderne und Antike.

Vor diesem kulturhistorischen Hintergrund komme ich jetzt zu den Bezügen zwischen Frankreich und Deutschland. Sie kennen sicher die Darstellungen der riesigen Barockanlage des Schlosses und der Gärten von Versailles. Auf manchen Darstellungen sieht man förmlich die rasante Aufbaustimmung. Ein weites Gebiet wurde vom Sumpf befreit. Die Zeit war geprägt von großen Ingenieur-Leistungen. Grundlage dafür waren die neuen Erkenntnisse der Mathematik, der Physik. Die Grundlagen des Festungsbaus und der Vermessung wurden dazu genutzt, riesige Kunsträume in die Landschaft zu schlagen, wobei die großzügigen räumlichen Konzeptionen großer Menschenopfer bedurften.

2 Goethe, Johann Wolfgang, *Faust II*, Vs 9573.

Die Vision vom Paradies – und so möchte ich eigentlich jedes Gartenbild nennen – soll immer die Rekonstruktion des Paradieses sein, aus dem Adam und Eva vertrieben wurden. Seit dem Mittelalter wurde die gärtnerische Darstellung des Paradieses zunehmend von geometrischen Vorstellungen geprägt. Stilgebend waren die Villen-Gärten der italienischen Renaissance, die ihr Gartenschema in die barocken Prachtanlagen nördlich der Alpen transportierten. André Le Nôtre (1613–1700), der Schöpfer der Versailler Gärten, war ein wichtiger Vertreter dieser Gartenkonzeption. Er kreierte mit seiner Anlage einen großzügigen barocken Gartenstil, der von allen Fürstentümern Europas übernommen wurde. Sein Raum- und Gartenprogramm diente nicht nur dazu, ein Paradies für die herrschende Schicht zu schaffen, sondern es hatte natürlich auch den Anspruch, Macht zu dokumentieren. Die Anlage von Versailles zeigt den Anspruch, die politische Intention, die Rechtsgültigkeit des Sonnenkönigtums, des absoluten Monarchen, und legitimierte seine Persönlichkeit.

Das barocke Gartenkunstwerk ist als Symbol der mathematisch-kosmischen Gesetzmäßigkeit und der hierarchisch aufgebauten Staats- und Weltordnung zu verstehen. Diese Gartenräume waren Ausdruck der absolutistischen Staatskunst, sie waren in erster Linie Hofkunst, diese Areale waren nicht für jeden zugänglich. Versailles war Bühne für das arkadische Spiel der höfischen Gesellschaft, für eine verfeinerte Stadt- und Hofkultur, und nur zum Schein gab es dort die Freiheit des Land- und Gartenlebens, als angedeutete Alternativen, als Angebot an Individualität der herrschenden Schicht. Das Grundzeremoniell aber war fest definiert, ein Entweichen war auch in dieser Schicht nicht möglich.

Wie empfinden wir Versailles heute? Unsere Naturaneignung, unsere mentale Flucht an Orte, die wir schön finden, bringt gleichzeitig Verdrängungsmuster zu Tage, die grundlegend diskutiert werden sollten. Versailles erscheint uns heute zu groß, zu weit, zu leer, es ist zu monoton grün, trotz der wunderbaren Skulpturen. Dabei sollte man aber berücksichtigen, dass die reizenden Ausstattungselemente fehlen; es fehlen die verführerischen Kabinette, es fehlen die versteckten Musiksalons, und es fehlen natürlich die aparten Bankettsäle, die Lé Notre einst ersann, und es fehlen natürlich auch die eleganten, brillanten Wasserspiele. Und, was ganz wichtig ist: Es fehlen die Menschen, für die diese Grünräume geschaffen wurden. Bei aller historischen Anteilnahme darf man nicht vergessen, dass diese Gartenräume Scheinan-

gebote sind, die unser Lustmoment befriedigen und für uns annehmbar sind, aber sie haben eigentlich mit unserer Lebensweise, mit unseren heutigen Ansprüchen wenig zu tun. Solche Räume können leicht zum Disneyland werden, wenn sie übernutzt werden, wenn ihr Charakter als „Event“ sie belastet.

Der Lebensraum Versailles funktionierte fast hundert Jahre, zu einer Zeit, in der Frankreich eine anstrengende Außenpolitik hatte. Ohne aufrechnen zu wollen, sollten dennoch einige politische Ereignisse erwähnt werden, die zeigen, dass sich die europäische Landschaft politisch, trotz dieser Hochkultur, dieses hohen Anspruchs in den gepflegten und abgeschotteten Räumen, doch auf Veränderungen vorbereitete. Diese Gärten – als Fluchtpunkte – wurden dabei sehr leicht zu Scheinwelten. Es seien nur ein paar Daten aufgezählt: 1679, 1681: die Reunionspolitik im Elsass, die Besetzung von Straßburg; 1685 die Aufhebung des Edikts von Nantes mit der darauf einsetzenden Flucht von über einer halben Million Hugenotten, dann der pfälzische Erbfolgekrieg von 1688–1697.

Zwischen Frankreich und Deutschland gibt es enge Gemeinsamkeiten. Ab 1720 entwickelte sich ein neuer Gartenstil in England, der so genannte Landschaftsgarten, eine Gegenentwicklung zum geometrieverpflichteten französischen Garten, bei dem die räumlichen Angebote sich der Natur widersetzten. Nach diesem Vorbild entstand die Gartenanlage von Ermonville in der Nähe von Paris. England war zu dieser Zeit in seiner Staatsform weiter entwickelt als der Kontinent, aufgrund seiner Produktionsmethoden und seiner kolonialen Besitzungen entstand hier sehr früh eine frühbürgerliche Schicht. In der Folge setzten Migrationsbewegungen ein und eine neue Nutzung von Teilen des Landes. Die Grundbesitzungen erweiterten sich zu großen Landschaftsparks. Dass in dieser erweiterten Landnutzung natürlich auch Reformideen der Landwirtschaft Fuß fassten, ist nur folgerichtig. Das alles hat Rahmenbedingungen geschaffen, die auf Frankreich übergriffen. Am Beispiel der Anlage von Ermonville wird die neue Gestaltungstendenz deutlich. Ermonville ist auch insofern erwähnenswert, weil hier Rousseau seinen Lebensabend verbrachte und beigelegt wurde.

Sie kennen alle die Gartenanlage von Wörlitz, dem ersten deutschen Landschaftspark, eingelagert in eine wunderbare Auenlandschaft. Sie untersteht dem UNESCO-Welterbe – ein Hinweis darauf, wie wichtig diese Gartenanlagen sind. Beiden Anlagen gemeinsam ist die Umsetzung der Rousseau'schen Ideale. Rousseaus Aussage „Zurück zur Natur“ beförderte ein

neues Naturverständnis, aber es ging ihm auch um soziale Gerechtigkeit. Aus den engen Rahmenbedingungen entstanden die besten Ideen, die noch heute in unseren bürgerlichen Regularien verankert sind.

Gartenanlagen wie die von Wörlitz waren Bildungsinstitutionen unter freiem Himmel. Man muss dabei wissen, dass neben der Entscheidungsfreudigkeit der Fürsten das unkonventionelle Verhalten Einzelner dazu beitrug, dass solche Gebiete überhaupt entwickelt werden konnten. Hier muss Fürst Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau benannt werden, der sich 1757 aus dem Dritten Schlesischen Krieg seines mächtigen Nachbarn Friedrich II. herauszieht und sein Land für neutral erklärt. Mit solchen Haltungen – natürlich situativ im historischen Kontext gesehen – konnten sich Persönlichkeiten unter manchmal widrigen Bedingungen mutvoll und unkonventionell für den gesellschaftlichen Fortschritt einsetzen. Aber mit der neuen Form des Landschaftsparks sollte nicht nur ein Bildungsreformprogramm installiert, sondern es sollte in erster Linie die Landwirtschaft verbessert werden. Mit der so reformierten Landwirtschaft sollte eine Industrie entstehen, die durch Landschaftsgestaltung nach englischem Vorbild die Landnutzung, die Landschaftsplanung als Instrument der Aufklärung propagierte. Hier wurden Bildungsansprüche formuliert.

Uns heute liegt Wörlitz in seiner Formenwelt näher als eine Barockanlage. Wir müssen aber auch erkennen, dass mit dieser Form von Anlagen nicht nur die Natur oder schöne Landschaften gestaltet werden sollten, sondern dass sie ein philosophisches und humanes Prinzip verkörpern. Ziel des Bildungsprogramms war die Glückseligkeit des Einzelnen bei gleichzeitiger Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit, ein Programm, das im Wesentlichen auf dem von Rousseau 1762 veröffentlichten „Contrat Social“ basierte. Architektonische und landschaftsgärtnerische Grundmotive wurden dabei in Deutschland wie in Frankreich genutzt: so zum Beispiel die Rousseau-Insel, die als Versatzstück im Wörlitzer Park übernommen wurde.

Nach diesem historischen Abriss möchte ich Ihnen zunächst eine Anlage in Paris vorstellen, den Citroën-Park. Für diesen Park wurde 1985 ein Wettbewerb ausgelobt, gebaut wurde von 1988 bis 1992. Die Fragestellung bei diesem Wettbewerb war: „Wie sieht ein Stadtpark des 21. Jahrhunderts aus?“ Die 80er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland waren geprägt durch ein zunehmendes ökologisches Interesse. Man versuchte, mit wenig Planungsakzeptanz alles so zu belassen, wie es war. Die Vorstellung, auch die vie-

ler Fachkollegen, ging davon aus, den planerischen Vorgang, die Interaktion zur Gestaltung von Räumen doch lieber der Natur zu überlassen und – ich übertreibe ein bisschen – einfach nur mit der Samentüte und mit der Harke ausgerüstet der Natur freien Lauf zu lassen.

Eine ähnliche Situation finden wir in Frankreich. Und dennoch gelang mit dem Citroën-Park eine grandiose Leistung, ein tektonisch strukturierter Freiraum, der wirkungsvoll mit der Architektur verknüpft ist. Das Team um den Architekten Alain Provost und den Paysagist Gilles Clément interpretierte hier ein neues Verhältnis von Architektur und Natur, von Kunst und Kreatur. Es gibt hier durchaus Verschneidungen zu der großen Barockanlage von Versailles, aber man hatte ein anderes Anliegen zu formulieren, man funktionierte in einer stark überbauten Region eine alte Industriebrache um und schuf damit einen architektonisch verorteten öffentlichen Raum mit hoher Nutzungsqualität. Um aber den ökologischen Vorgaben und auch der Evolutionstheorie gerecht zu werden, beließ man in dieser großzügigen Anlage im Bereich der Seine eine Naturpflanzung, die im Zuge der Entwicklung einen Anschluss an neue Forderungen und neue Einflüsse suggeriert. Mit dem Citroën-Park zeigte sich Frankreich vor dem Hintergrund tradierter Anschauungen, von Kenntnissen der Gartenkultur, der Architektur, als tonangebend. Er gab der Landschaftsarchitektur in Europa einen Schub, indem er eine traditionelle geometrische Raumordnung mit neuen Pflanzenkombinationen und evolutionären Ansätzen verband.

Ein Beispiel aus Deutschland ist der Landschaftspark in Duisburg. Hier lief der Wettbewerb 1990, die Bauzeit war 1994 bis 2001. Das Ruhrgebiet ist eine Ansammlung von Produktionsstätten der Montanindustrie, ein Ballungsgebiet, ein verkehrsreiches Gebiet mit aufwendiger Infrastruktur, mit einer Bevölkerung, die dort vor vielleicht 100 Jahren aus allen Teilen Deutschlands und Europas zusammenkam. Diese Region wurde in den letzten Jahren umgestaltet. Sie partizipierte einerseits von bestimmten Fördermaßnahmen, andererseits waren diese Umstrukturierungsprozesse genauso hart wie die Umstrukturierungsprozesse in den Neuen Bundesländern. Diesen Hintergrund muss man kennen, um die Leistung dieses großen Parks, um diesen öffentlichen Freiraum würdigen zu können. Auch hier kritisierten die Naturschützer, dass die Planung vorsah, Ziergehölze zu pflanzen. Die alten Industriebrachen, die zum Teil schon Ruinenarchitektur waren, sind eine große Herausforderung. In der Planungskultur der Bundesrepublik Deutsch-

land können bei solchen Vorhaben viele Institutionen mitreden, die Denkmalpfleger, die Naturschutzbeauftragten. Es gibt natürlich auch eine breite Bürgerbeteiligung. Vor diesem Hintergrund ist es ein Wunder, dass dieser volksnahe und moderne Park überhaupt entwickelt werden konnte.

Bei dem Projekt galt es, ein ästhetisches Abenteuer zu bestehen, herkömmliche Vorstellungen von Natur, Landschaft, Park und Garten gründlich durcheinander zu wirbeln. Es stellte sich die Frage nach dem Verhältnis von Industrie und Landschaft, von Industrie und Natur. Die Verbindung dieser Begriffe hatte damals außerhalb der Spezialistenkreise einen absurden Klang. Das Gebiet bestand aus Schlackenhalde, versteppten Böden und giftigen Wassern. Das war und ist Unnatur. Es gab ein enges Geflecht an Schienentrassen, Straßen, Kanälen, Dämmen, Rohrleitungen, gigantischen Maschinen – eine großflächige Landzerstörung. Diese Brachen wurden natürlich nicht als Kulturlandschaft wahrgenommen.

An dieser Stelle sei explizit eine Aufwertung des Berufsstandes des Landschaftsarchitekten formuliert. Landschaftsarchitektur hat nicht nur zur Aufgabe, Restflächen in der Stadt liebevoll zu begrünen oder die Restflächen in Einfamilienhausgebieten mit holländischen Koniferen-Bepflanzungen zu besetzen. Diesen Park im Ruhrgebiet hat eine Landschaftsarchitektur entwickelt, die eine philosophische Idee, der Begriff der Schöpferkraft und die Fähigkeit, in der sinnvollen Interaktion Fachkompetenz walten zu lassen, zugrunde liegen. Dabei konnten Erkenntnisse aus der Land Art und der Plant Art genutzt werden, um das Natürliche dieses aufgegebenen Industriestandortes hervorzuheben. Es bedurfte sinnfälliger Strategien, Spurensicherung zu betreiben, wie sie die Konzeptkünstler der 70er Jahre angewandt hatten, und es ging um die Ablagerung der Vergangenheit, die man ästhetisieren musste. Es ist eine gewisse romantische Verklärung vonnöten, um die Mythenbilder der Hochhausgruppe zu akzeptieren. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis sollten wir uns auch zukünftig nicht von diesen Kulturgütern befreien, sondern sie positiv annehmen, um diese Flächen in der wirkungsvollen Umwidmung entsprechend unserer immer neu zu produzierenden Bedürfnisse als beliebte Ausflugsziele nutzen zu können. Der Duisburger Park hat hier eine Vorreiterstellung.

Nach den Exkursen in die Vergangenheit und die Gegenwart stellt sich abschließend die Frage: Können wir heute mit dem Begriff von Arkadien umgehen? Können wir den Begriff so nutzen, dass wir uns darauf besinnen, uns der kultivierten Wildnis hinzugeben? Gemeint ist der antike Kunstmythos Arkadien, der in unserem Kulturgedächtnis eine Gegenwelt zur Umtriebigkeit der Gesellschaft, zum Krieg und zur Unterdrückung und zu den Zwängen der Kultur bildet.

Seit der Romantik, genauer seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, ist in allen zivilisatorisch hoch entwickelten Ländern eine Gegenläufigkeit des Zivilisationsprozesses zu verzeichnen. Es entsteht eine neue Naturästhetik, die sich auf die Erfahrung von Sakralität im noch Chaotischen, gewaltsam Wilden beruft. Ich beziehe mich hier auf Hölderlin, der sich mit dieser Thematik beschäftigte und das Schlüsselwort „Heilige Wildnis“ prägte, ich beziehe mich auf Nietzsches Dionysos-Komplex, und ich beziehe mich auf die Re-Mythisierung von Natur durch Beuys. Die Aufzählung dieser Einzelpersonlichkeiten zeigt, dass der Gegensatz zur Zivilisation durchaus wichtig ist und zunehmend wichtiger wird.

Ich spreche also von der Wildnis, nicht von der inneren Wildnis des Menschen, sondern von der Wildnis, die uns noch zu Teilen umgibt, die wir auch nicht beherrschen können. Die Schöpfungen der Gartenkultur sind immer die Widerspiegelung wechselnder Naturauffassung, und wenn ich Freiraum als eine Form von Angewandter Kunst bezeichne, ist er zumindest der Erlebnisraum des Menschen und hat natürlich auch dessen Anforderungen zu erfüllen. Historische Anlagen, die uns wertvoll sind, sind das eine, aber die in die Zukunft gewandte schöpferische Produktivität halte ich für wichtiger.

Eine Äußerung von Jürgen Milchert, einem namhaften Landschaftsarchitekten, zeugt von der Verantwortungsfähigkeit dieser Berufsgruppe. Es zeugt aber auch von der visionären Kraft, von einer zutiefst humanen Verantwortung für die Zukunft der menschlichen Gesellschaft unter den sich neu abzeichnenden Rahmenbedingungen. Er schreibt:

„Die Fieberkurve des blauen Planeten als Folge unkontrollierten Wachstums steigt dramatisch an. Wir finden uns mitten in einem Klimawandel mit bereits fühlbaren Folgen. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht mit der Natur, Aktions- und Experimentierräume der Umkehr. Kein anderer Ort markiert die Schnittstelle zwischen Mensch und Natur so unmittelbar wie der Garten“.

Im Raum steht die Forderung nicht nur an den Landschaftsarchitekten, es steht natürlich auch die Forderung an die Politiker im Raum, an alle diejenigen, die in sinnvoller Kooperation mit Stadtumbau zu tun haben, Alternativen anzubieten, um das Verhältnis von Natur und Individuum neu zu definieren. Vielleicht muss auch der Gartenbegriff neu definiert werden. Eine Gesellschaft, die in immer stärkerem Maß den systemstabilisierenden Kitt aus Religion, Politik und Ethik verliert, setzt an ihre Stelle Sauberkeit, Schönheit, Geschmack und Mode. Das macht den Garten zum Aktionsfeld für eine Veränderung der gesellschaftlichen Werte. Hier kann der neue allgemeine Geschmack ausgekämpft werden, den Kunst und Philosophie zur Diskussion stellen. Im Garten werden die globalen ökologisch notwendigen Bilder gesellschaftsfähig.

Etienne François

Erbfreunde: Deutschland und Frankreich in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*

Erfurt, 2. Oktober 1808. Napoleon gewährt Goethe eine Audienz, die er mit den Worten „Vous êtes un homme“ eröffnet. Vier Tage später erhält Goethe aus den Händen Napoleons das Kreuz der Ehrenlegion. Auf beides – sowohl auf die Worte wie den Orden – ist Goethe Zeit seines Lebens stolz, beides bewahrt er in Ehren und in seinem Gedächtnis, wovon sein zu Beginn der 1820er Jahre verfasster autobiographischer Text „Unterredung mit Napoleon“ zeugt. Die Erinnerung an diese berühmte Episode der deutsch-französischen Geschichte vor fast zwei Jahrhunderten wie auch die Erinnerung an die verheerende Niederlage der preußischen Armee durch die Armee des selben Napoleon nur zwei Jahre vorher bieten einen besonders geeigneten Anlass, um über die Vielseitigkeit und die Aktualität der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu sprechen. Die Intensität der Beziehungen, die Frankreich und Deutschland heutzutage verbinden, die Vielfalt der geteilten Erfahrungen ebenso wie die Vorstöße der diesseits und jenseits des Rheins zunehmend gemeinsam geleisteten historischen Forschung gestatten es in der Tat, einen neuen Blick auf die Geschichte zu werfen, deren Erben wir sind. Sie lädt uns dazu ein, gemeinsam unsere Vergangenheit wie unsere Geschichtsbilder neu zu lesen, gemeinsam eine Bestandsaufnahme unseres Erbes und unserer Gedächtniskulturen vorzunehmen, um zu entdecken, in welchem Maße sie miteinander verflochten und ineinander verwoben, geteilt und voneinander untrennbar geworden sind. Ich werde daher meinen Vortrag entlang der drei folgenden Schritte gestalten: In einem ersten Teil will ich zeigen, wie eng die deutsche Geschichte und die französische Geschichte miteinander verflochten sind; der zweite Teil wird zeigen, wie aus dieser verflochtenen Vergangenheit „geteilte Erinnerungen“ entstanden sind; der dritte Teil wird sich schließlich mit der gemeinsamen Gegenwart und Zukunft unserer Länder im europäischen Kontext befassen.

* Vortrag gehalten am 4. Juli 2006 im Rathausfestsaal Erfurt.

I. Verflochtene Geschichte

Der Titel mag überraschen, sind wir doch oft noch davon überzeugt, die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beschränke sich – nach Jahrhunderten der „Erbfeindschaft“, der Zusammenstöße und blutigen Kriege – auf die Leistungen eines halben Jahrhunderts beispielhafter Versöhnung und Freundschaft, deren Akteure und Zeugen wir sind. Einige Betrachtungen über das 18. und 19. Jahrhundert werden zeigen, dass es sich dabei um eine irreführende Vereinfachung handelt.

Ein erstes Beispiel könnte die Vielfalt und Tiefe französischer Einflüsse auf die deutschen Länder im Laufe des 18. Jahrhunderts sein. Am stärksten war dieser Einfluss zweifellos auf dem Gebiet der fürstlichen Repräsentation. Bereits seit dem Ende der Herrschaft Ludwigs XIV., noch vor dem Tod des Souveräns, verbreitete sich das Modell von Versailles über das ganze Reich. Überall errichteten die Territorialfürsten Prunk- oder Lustschlösser, denen sie französische Namen gaben: Drei der von den Herzogen Württembergs errichteten Schlösser hießen so „Solitude“, „Favorite“ und „Monrepos“. Um ihre Pläne zu entwerfen und sie auszuschnürcen, wurden häufig französische Architekten und Künstler verpflichtet: In Sanssouci, einer in kultureller, künstlerischer und sprachlicher Hinsicht einzigartigen, im Herzen Brandenburgs unter Friedrich II. (1713–1783) errichteten Enklave, sind die den (natürlich französischen) Garten schmückenden Statuen der antiken Mythologie das Werk der Brüder Léopold und Sigisbert Adam; die Deckenfresken sind ebenfalls einem Franzosen zu verdanken – dem Hofmaler Antoine Pesne; Gemälde von Watteau und Lancret zieren die Hauptgalerie, aus der man auf die Gärten schaut; kurze, allerdings mittelmäßige, französischsprachige Gedichte zieren den Sturz der Türen zum Speisesaal; und die zauberhafte kleine runde Bibliothek im Rokokostil am Ende des rechten Schlossflügels enthält ausschließlich Bücher in französischer Sprache (auch wenn es sich um Autoren der Antike handelt).

Dieser zuweilen an Unterwürfigkeit grenzende Bezug auf französische Vorbilder ging einher mit einer Verbreitung französischer Literatur, deren Bedeutung gar nicht genug hervorgehoben werden kann. Ende des 18. Jahrhunderts befand sich ungefähr ein Drittel der europäischen Buchhändler, die mit Pariser Verlagshäusern Geschäftsbeziehungen unterhielten, in deutschsprachigen Städten. Und schließlich waren der Ruf und die Ausbreitung fran-

zösischer Sprache und Umgangsformen beim Adel und in großen Teilen des Bürgertums derart stark, dass diese oft beiden Kulturen angehörten: „In Berlin war damals (d.h. in den Jahren 1770–1780)“, erzählt beispielsweise Friedrich August Ludwig von der Marwitz (1777–1837), „mehr noch als in anderen deutschen Städten, bei Hof und unter dem Adel die französische Sprache allgemein. (...) Ich lernte also von Kindesbeinen an Französisch mit dem Deutschen zugleich, und das eine war mir vollkommen so geläufig als das andere. In dem Hause meiner Eltern ward beständig Französisch gesprochen, wie in allen anderen zu damaliger Zeit, mit denen wir Umgang hatten.“

Dass angesichts des Umfangs und der Vielfalt französischer Einflüsse auf die deutschen Länder das Prestige und die Macht Frankreichs, die Ausstrahlung seiner Kultur und ihre Verbindung mit einer Herrschaftsform – dem Absolutismus –, in der sich die Mehrheit der Herrscher wieder erkannte, eine entscheidende Rolle gespielt hat, ist zu offensichtlich, als dass es ausführlicher belegt werden müsste.

Doch dabei stehen bleiben hieße, nur die eine Seite der Dinge zu sehen. Denn das französische „Angebot“ an die deutschen Länder des 18. Jahrhunderts entsprach einer besonders starken deutschen „Nachfrage“, so dass unter dem Strich die wechselseitige kulturelle Befruchtung über die kulturelle Vorherrschaft hinausging. Weder auf dem Gebiet der Künste, der Sprache, noch dem der Literatur kann man behaupten, der französische „Einfluss“ hätte deutsche Kulturpotentiale erstickt. Man bedenke, dass die französischen Einflüsse nur dann tatsächlich wirksam – und also dauerhaft – waren, wenn sie von der deutschen Kultur aktiv aufgenommen, uminterpretiert und integriert wurden. Als Beweis diene die – der Vermittlung hugenottischer Familien, die nach 1685 in Hessen Zuflucht suchten zu verdankende – Aufnahme der Märchen Perraults und ihre darauf folgende Verwandlung aus ursprünglich französischen in echte deutsche Märchen während eines Jahrhunderts mündlicher und familiärer Überlieferung, bis zu ihrer schließlichen Entdeckung, Veröffentlichung und Verbreitung durch die Brüder Grimm zu Beginn des 19. Jahrhunderts als musterhafter Ausdruck deutscher Volkstradition und deutschen Kulturgeistes, frei von jeglicher fremder oder gelehrter Verunreinigung.

Ein zweites Beispiel könnte die Revolution sein – als gemeinsamer Impuls der Entwicklung beider Länder im 19. Jahrhundert. Trotz des ihr üblicherweise zugeordneten Attributs war sie bei weitem nicht ausschließlich

französisch, sondern im Gegenteil, einer der großen Momente der gemeinsamen Geschichte Frankreichs und Deutschlands und ihrer miteinander verflochtenen Schicksale, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer unmittelbaren Auswirkungen als auch ihrer Langzeitfolgen. Von allen europäischen Ländern war Deutschland dasjenige, das am nachhaltigsten von der Revolution geprägt wurde, so sehr, dass es kaum übertrieben ist zu behaupten, sie nähme in seiner Geschichte und Entwicklung einen fast ebenso wesentlichen Platz ein wie in Frankreich. Doch tat sie das mit einem derart abweichenden Zeitablauf, in anderer Weise und mit anderen Folgen, dass das gleiche gemeinsame Gründungsereignis mit der Zeit beide Länder nicht einander näher brachte, sondern im Gegenteil dazu beitrug, sie voneinander zu entfernen. In Frankreich entschied sich, wie man weiß, alles – oder fast alles – bereits ab 1789 in einer außerordentlich schnellen Aufeinanderfolge von Brüchen und unumkehrbaren Vorstößen – Zusammenkunft der Generalstände, Ballhauschwur, Sturm auf die Bastille, Nacht vom 4. August, „Große Furcht“, Erklärung der Menschenrechte etc. –, die die politische, soziale und geistige Landschaft umwälzten. Diese Revolution, die zwar sofort ihre allgemeine Tragweite deklarierte, jedoch zunächst zutiefst französisch blieb und feierlich ihre friedlichen Absichten und ihren Verzicht auf Eroberungen verkündete, faszinierte Deutschland sofort: Der Widerhall, den sie dort in Presse und Zeitschriften fand, war mit dem Rest Europas nicht zu vergleichen. Bereits im Sommer 1789 kamen die ersten „Pilger der Revolution“ nach Paris – unter ihnen der Pädagoge Campe und sein Schüler Wilhelm von Humboldt; in Deutschland selbst verfolgte eine aufgeklärte Intelligenz mit Leidenschaft und Sympathie eine Revolution, in der sie die Bestätigung oder Verwirklichung der Werte fand, die ihr teuer waren, während das französische Beispiel die sozialen Spannungen und Kämpfe schürte und radikalisierte, obwohl sich Deutschland in seinem Innersten nicht in einer revolutionären Situation befand.

All das änderte sich jedoch grundlegend mit der Radikalisierung der Revolution im Jahre 1792 und der Flucht nach vorn in einen bis 1815 fast ununterbrochenen Krieg. Bekannt ist das berühmte Wort Goethes, der – dreißig Jahre nach dem Ereignis und mit der Hellsichtigkeit des Rückblicks – von der Kanonade von Valmy, deren Zeuge er gewesen war, sagte, von „hier aus beginnt eine neue Epoche der Weltgeschichte“. Von diesem Zeitpunkt an waren die deutschen Länder in der Tat unmittelbar von der Revolution betroffen, die für sie Synonym von Krieg, Besetzung und Umwälzung der

Strukturen wurde. Mehr noch: Genau von dem Augenblick an, da Frankreich mit dem Staatsstreich vom 18. Brumaire aus der eigentlichen Revolution heraustrat („Bürger“, erklärte Bonaparte einige Tage später, „die Revolution bleibt bei den Prinzipien, mit denen sie begann. Sie ist beendet.“), kam die Revolution, vorwärts getragen von demjenigen, den Heine als „Bannerträger der Demokratie“ bezeichnete, erst wirklich nach Deutschland, zeichnete dessen politische Karte völlig neu durch Annexionen, Aufhebungen und Umbildungen, beutete es systematisch aus („Die Fürsten und Staaten Deutschlands“, gab Napoleon anlässlich der Gründung des Rheinbundes 1806 zu, „müssen die Leutnants und sozusagen die Kontinentalkolonien des französischen Kaiserreiches sein“) und unterwarf Deutschland Strukturreformen – nicht nur politischen und administrativen, sondern auch juristischen und sozialen –, die de facto allesamt einen Bruch mit dem Ancien Régime bedeuteten und mit der Zeit ebenso tiefe Wirkungen auf die deutsche Gesellschaft ausübten wie auf die französische.

Zweideutiges Erbe – nachzuahmendes Modell, empfehlenswertes Beispiel, aufzuklärendes Rätsel oder zu bannender Skandal: Nach 1815 hörte die Revolution für die Deutschen ebenso wenig wie für die Franzosen auf, sie zu beschäftigen, so sehr, dass das auf die Niederlage Napoleons und die Wiener Verträge folgende halbe Jahrhundert als Deutschlands „französische Periode“ betrachtet werden kann. „Ob positiv oder negativ wahrgenommen, die Dynamik der französischen Auseinandersetzungen und Ereignisse hat“, wie der französische Historiker Jacques Revel zurecht bemerkt, „die deutschen Konflikte zutiefst geprägt, hat sie geformt, ihnen eine neue Richtung gegeben und die entscheidenden Streitpunkte geliefert, um die sich die Diskussion in Deutschland polarisierte.“ Für die Deutschen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Paris die „Kulturhauptstadt“, die die deutsche geistige Elite anzog – von Heine bis Börne und Marx – und 1830, mehr noch allerdings 1848, das Signal und das Vorbild für die großen europäischen Erschütterungen lieferte.

Daraus ergibt sich das paradoxe Ergebnis dieser verflochtenen Geschichten, deren gemeinsame Matrix die Revolution bildet: In dem Maße, wie die Auswirkungen der Revolution in beiden Ländern ebenso tief wie verschieden waren, hat diese sie einander nicht näher gebracht, sondern, im Gegenteil, mehr als ein halbes Jahrhundert lang dazu beigetragen, sie voneinander zu entfernen. Verschieden aufgenommen und erlebt, stand die Revolu-

tion auch am Anfang der jahrhundertlangen Konfrontation, in der das 19. und beginnende 20. Jahrhundert, als unmittelbare und dann ferne Erben der revolutionären Erschütterung, eine „Erbfeindschaft“ sehen wollten.

Das dritte Beispiel schließlich, nunmehr in umgekehrter Richtung, könnte dasjenige des entscheidenden Einflusses der „deutschen Referenz“ im Frankreich der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sein. Sosehr die erste Hälfte des Jahrhunderts von der französischen Prägung der deutschen Welt gekennzeichnet war, sosehr war umgekehrt die zweite Hälfte jene, in der sich das deutsche Image in Frankreich durchsetzte. Diese von Claude Digeon so treffend als „deutsche Krise des französischen Denkens“ charakterisierte Umkehrung kündigte sich auf geistigem und universitärem Gebiet bereits im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts und mehr noch unter dem Second Empire an: Das frühe Interesse von Victor Cousin und Edgar Quinet, François Guizot und Jules Michelet für die deutsche Philosophie, Philologie und Geschichtswissenschaft bezeugen es ebenso wie die Bemühungen Victor Duruys, Minister für Unterrichtswesen unter Napoleon III., die Schwächen und den Rückstand des französischen Bildungssystems durch Anregungen aus dem deutschen Modell zu beseitigen. Das führte insbesondere zur Gründung der École Pratique des Hautes Études im Jahre 1868, als französischer Nachbildung einer deutschen Forschungsuniversität. Diese Umkehrung beschleunigte sich noch nach der Demütigung von 1870 und der Proklamation des Bismarckschen Reiches 1871 im Spiegelsaal von Versailles (um die Dimension der deutschen Vereinigung als Stopp des französischen Einflusses auf Deutschland besser hervorzuheben) und des Frankfurter Vertrages, durch den Frankreich Elsass-Lothringen verlor. Unter dem Eindruck einer als Folge der Überlegenheit deutscher Wissenschaft und Technik interpretierten Niederlage wurde Deutschland, das bislang über das von Madame de Staël gezeichnete schmeichelhafte und friedliche Bild wahrgenommen wurde, nunmehr zum nachzuahmenden Modell und Feind zugleich, von dem man sich abgrenzen musste. Die Devise lautete von nun an, vom Feind zu lernen, um die Regenerierung des besiegten Frankreichs abzusichern und die Revanche möglich zu machen – so, wie dies Preußen nach den Niederlagen von Jena und Auerstedt dank der Reformen von Stein und Hardenberg gelungen war. Der Reformwille war besonders auf dem Gebiet der Bildung spürbar – von dem großen Gesetzeswerk, das die allgemeine Schulpflicht einführte, bis zur Bildung von richtigen Universitäten. Bemüht, ihren Rückstand aufzuholen, be-

gaben sich die besten französischen Nachwuchswissenschaftler in die Schule der deutschen Forschung, insbesondere in den Altertumswissenschaften, der Geschichtswissenschaft, der politischen Ökonomie und der Sprachwissenschaft: 1892 machte der Kauf deutscher Bücher mehr als die Hälfte der Erwerbungen der Bibliothek der École Normale Supérieure aus – jener emblematischen Institution des intellektuellen und akademischen „Sonderwegs“ Frankreichs, deren – Ironie der Geschichte – Gründungsprinzipien und selbst der Name deutschen Ursprungs sind! Im Philosophieunterricht, den die laizistische Dritte Republik zur Grundlage der Oberschulbildung machte, wurde Kant zur maßgebenden Autorität erhoben. Das musikalische Leben schließlich richtete sich im wesentlichen nach dem Wagnerschen Vorbild – entweder in positiver Weise wie im Falle von Massenet, Franck oder Vincent d’Indy, oder, im Gegenteil, als Gegensatz zu diesem wie im Falle Debussys, dessen Ehrgeiz es war, die französische Musik von der „Wagnerschen Gefangenschaft“ zu befreien und sie wieder „auf den rechten Weg zu bringen, statt darauf zu beharren, Leute nach dem Weg zu fragen, die allzu sehr daran interessiert sind, sie auf den falschen zu bringen.“

II. Geteilte Erinnerungen

So, wie in ihrer Geschichte, sind Frankreich und Deutschland auch in ihren Gedächtniskulturen miteinander verflochten. Da sie sich immer wieder durch Bezug auf den anderen – sei es durch Anleihen und Nachahmung oder durch Distanzierung und Ablehnung – definierten, haben sie, selbst in ihren noch so radikalen Gegensätzen (denn sich vom Gegner abzugrenzen und systematisch das Gegenteil zu tun, heißt immer noch, sich im Verhältnis zu ihm zu definieren), im Laufe der Jahrhunderte eine ebenso enge wie komplexe Beziehung wechselseitiger Abhängigkeit entwickelt.

Diese Abhängigkeit wird besonders augenfällig, wenn man die großen Begriffe miteinander vergleicht, die schrittweise an existentieller Dichte und emotionaler Tiefe gewannen und um die herum sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die politische Kultur und die Identität beider Länder herausbildete. Der auf französischer Seite durch die Revolution zum obersten politischen Wert, zum zugleich umstrittenen und gemeinsamen Erbe der folgen-

den Generationen erhobenen *nation* stand auf deutscher Seite das *Volk* gegenüber, zunächst nichts anderes als eine einfache Übertragung des französischen Begriffs und ebenso tendenziell demokratisch und universalistisch, sich dann jedoch mehr und mehr davon lösend. Am Ende dieser Trennung, die durch die Verschärfung der deutsch-französischen Rivalität beschleunigt wurde, finden wir nach dem Krieg von 1870 ein Gegensatzpaar, das zwei radikal entgegengesetzte Konzeptionen in umgekehrter Symmetrie aufeinander bezog, die jedoch zugleich ohne einander nicht denkbar waren: einerseits die französische Konzeption der *nation*, die, um sich besser vom deutschen *Volk* abzugrenzen, die Definition der Nation als „tägliches Plebiszit“ (Renan) ins Extrem trieb, mit dem als logische Folge ausgegebenen *jus soli*, und andererseits die deutsche Konzeption des *Volks*, die, um sich nun ihrerseits besser von der französischen *nation* abzugrenzen, auf ihrer Definition als „Erb- und Abstammungsgemeinschaft“ insistierte, mit dem ebenfalls als logische Folge ausgegebenen *jus sanguinis*. Auf gleiche Weise kann man verfolgen, wie die Aufwertung der Begriffe „Revolution“ und „Revolutionär“ in der französischen politischen Kultur – positiv konnotiert, da mit der Freiheit, der Nation, einer ruhmreichen Geschichte und der Republik verbunden – in umgekehrter Richtung eine zunehmende Entwertung der gleichen Begriffe auf deutscher Seite nach sich zog: Negativ konnotiert, wurden sie mit Unordnung und Unsicherheit, Bürgerkrieg und Massaker verbunden.

Dasselbe Spiel von konfliktuell solidarischen Gegensatzpaaren findet sich wieder, wenn man die historischen Mythologien nimmt, in deren Umkreis sich Frankreich und Deutschland selbst als Nationen im goldenen Zeitalter der imaginären Konstruktionen darstellten, das heißt im 19. Jahrhundert, wobei deren Weitergabe und Verbreitung durch unzählige Monumente, Gemälde und Statuen sowie von Generationen von Lehrern und Offizieren gesichert wurden. In beiden Ländern war der große mythische Vorfahre ein Held des Widerstandes gegen fremde Invasion – in beiden Fällen die römische; doch während man es auf französischer Seite Vercingétorix als Verdienst anrechnete, Gallien indirekt gestattet zu haben, romanisiert zu werden und somit in die Zivilisation einzutreten, wahrhafter Erbe der Latinität zu werden, feierte man im Gegenteil auf deutscher Seite in der Person von Herrmann dem Cherusker den siegreichen Helden des Kampfes gegen Rom und des Triumphs über eine künstliche und trügerische Zivilisation. Bis in ihre monumentale Darstellung entgegengesetzt – das zur Erde geneigte

Schwert, auf das sich Vercingétorix auf der Hochebene von Alésia stützt, ist in dieser Hinsicht das genaue Gegenteil des von Herrmann im Teutoburger Wald am ausgestreckten Arm geschwungenen Schwertes –, waren sich diese beiden Gestalten nichtsdestotrotz zugleich zutiefst ähnlich. Beide riefen in der Tat dazu auf, gegen den Erbfeind der Gegenwart zu kämpfen: gegen den Deutschen als modernen Ausdruck der Barbarei auf der einen Seite, gegen den Franzosen als degenerierten Abkömmling der romanischen Welt auf der anderen. Das gleiche System miteinander fest verbundener Gegensätze findet sich in der Art und Weise wieder, wie jeweils der Revolution bzw. der Reformation gedacht wurde. Als Antwort auf das während des gesamten 19. Jahrhunderts vom Kult der Revolution besessene Frankreich feierte Deutschland die Reformation, die der französischen Revolution fast um drei Jahrhunderte vorausging und die im übrigen, da geistig und innerlich, als die einzig wahre Revolution dargestellt wurde, wohingegen die französische Revolution nichts als äußerlich und politisch gewesen sei. Der gleiche Gegensatz findet sich schließlich in den emblematischen Gestalten wieder, mittels derer sich die beiden Nationen personifizierten und erkannten. Nach einem halben Jahrhundert des Zögerns zwischen Nachahmung und Verwerfung setzte sich Germania, die 1848 beinahe zur Zwillingsschwester der französischen Marianne geworden wäre, wie diese die Nation und die Freiheit verkörpernd, mehr und mehr als Kehrseite und Gegengestalt der republikanischen und revolutionären Marianne durch, behelmt, kriegerisch und germanisch, den Karikaturisten somit einen unerschöpflichen Vorrat an Themen und Motiven bietend.

So tief die antagonistische Spaltung der historischen Mythologien und der nationalen Formen der Gedächtniskulturen beider Länder auch gewesen sein mag, ruhten diese dennoch auf einem Sockel gemeinsamer Elemente: Held par excellence des tiefen Frankreichs bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein, war Napoleon zugleich auch eine Gestalt, die von einem bedeutenden Teil Deutschlands im 19. Jahrhundert weiterhin gewürdigt wurde, angefangen bei Goethe, der bis zu seinem Tode das in Erfurt aus den Händen des Kaisers empfangene Kreuz der Ehrenlegion trug, bis zum Rheinland, das den Code Civil bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts beibehielt. Umgekehrt blieb Friedrich II., König von Preußen, der – entgegen der historischen Wahrheit – vom vereinten Deutschland zum Vorkämpfer der deutschen Sache und Vorläufer seiner künftigen Einheit gemacht wurde, noch

lange für einen gewichtigen Teil der französischen öffentlichen Meinung eine „linke“ Identifikationsfigur, die man nach dem Beispiel Michelets als Beschützer Voltaires und der französischen Literatur und als Vorkämpfer von Aufklärung und Toleranz feierte.

In beiden Ländern sind gleichermaßen die materiellen und symbolischen Orte der geteilten Erinnerung – im doppelten Sinne des Wortes, das heißt als gemeinsame und antagonistische – ohne Zahl. Die ersten, an die man dabei denkt, sind die Stätten blutiger deutsch-französischer Zusammenstöße, die Schlachtfelder mit Leichen und Monumenten beider Seiten – angefangen beim gewaltigen Völkerschlacht-Denkmal in Leipzig, das 1913 als maßlose Verherrlichung des Deutschtums eingeweiht wurde, jedoch auf einem Massengrab ruht, in das ein Jahrhundert zuvor unterschiedslos die Leichen der Soldaten der befeindeten Armeen hineingeworfen wurden, über die Schlachtfelder des Krieges von 1870, wo, wie in der Umgebung von Metz, französische Denkmäler oft neben den preußischen, bayerischen oder württembergischen stehen, oder die Stätten der mörderischen Kämpfe und Massenschlachten des Ersten Weltkrieges – des deutsch-französischen Krieges par excellence – deren Boden, von Geschossen und Kämpfen umgepflügt, immer noch die vermengten Reste Hunderttausender französischer und deutscher Soldaten birgt, bis zu den Schlachtfeldern des letzten Krieges und mehr noch den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nazizeit. Zwei berühmte Schauplätze können in dieser Hinsicht als Muster dienen: Verdun einerseits, Stätte des mörderischen Aufeinanderprallens von Franzosen und Deutschen, die vom Ende des Ersten Weltkrieges an zum Ort der ersten gemeinsamen Treffen ehemaliger Frontsoldaten wurde und siebzig Jahre später zu dem des bewegenden Händedrucks zwischen Präsident Mitterand und Kanzler Kohl; Reims andererseits, mit seiner Kathedrale der Krönung und Salbung der Könige Frankreichs, die im Ersten Weltkrieg von der deutschen Artillerie stark beschädigt wurde, dann mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945, aber auch mit dem Hochamt, das unter den Bögen der Kathedrale General de Gaulle und Kanzler Adenauer vereinte, kurz nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages von 1963.

Neben den Stätten blutiger Auseinandersetzungen kann man auch die umstrittenen Orte erwähnen, die einst oder heute für die Erinnerung und Identität eines jeden unserer Länder emblematische Bedeutung haben. Das eindrucksvollste Beispiel dafür, verknüpft mit den stärksten affektiven, sym-

bolischen und imaginären Vorstellungen, ist zweifelsohne Straßburg: Hier stand der junge Goethe, Student der Universität, verzaubert vor dem Münster, hier offenbarte sich ihm die Gotik als Ausdruck deutscher Kunst und Architektur schlechthin; für Generationen von Deutschen war Straßburg auch die wunderbare und tragische Stadt des Volksliedes „Oh Straßburg, oh Straßburg, du wunderschöne Stadt, darinnen liegt begraben so mannlicher Soldat“. Im französischen Gedächtnis ist Straßburg jedoch zuerst die Stadt, wo Rouget de l'Isle, Gast des Bürgermeisters Dietrich, im Schatten des Münsters die Marseillaise komponierte, die Stadt Klebers, die der heldenhaften Belagerung von 1870, des fröhlichen Sichwiederfindens von 1918, schließlich die Stadt von Leclercs Schwur von Koufra und des Vorwärtstürens der Zweiten Panzerdivision. Heute ist sie für alle die Stadt des Europäischen Parlaments.

Und schließlich sind in Frankreich wie in Deutschland das Nachbarland, seine Kultur und seine Geschichte an den Erinnerungsorten der Hauptstädte überall gegenwärtig. Von allen deutschen Städten war und ist Berlin die mit Abstand französichste Stadt – von den Orten, Monumenten und Institutionen, die die Erinnerung an die nach der Aufhebung des Edikts von Nantes geflohenen Hugenotten wach halten (Französische Straße, Französischer Dom, Französische Schule), über die Denkmäler, die Preußens Siege über Frankreich feiern (Pariser Platz, Denkmal auf dem Kreuzberg, Siegestsäule), bis zu den Baustellen des neuen, wiedererstehenden Berlins und den Werken der französischen Architekten Jean Nouvel, Dominique Perrault und Christian de Portzamparc. Auf den ersten Blick unauffälliger, ist der Bezug auf Deutschland in Paris nicht weniger präsent – ob es sich um Straßennamen handelt (avenue d'Île de France, rue d'Ulm), um die vom Architekten Hittorf, dem man auch die Gestaltung der Place de la Concorde verdankt, gebauten Bahnhöfe Gare de l'Est und Gare du Nord, oder um das Grab Heines auf dem Friedhof Montmartre – oder auch, in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt, um Versailles und sein Schloss, wo an ein und demselben Ort die Erinnerungen an die ruhmreiche Zeit des Sonnenkönigs, die Siege Napoleons, die Ausrufung des Bismarckschen Reiches und die Verträge von 1919 und 1920 aufeinander treffen.

Die wichtigste Erinnerung jedoch, jenseits der Orte und Denkmäler, ist die lebendige Erinnerung der einzelnen Menschen und Familien. Zunächst die Erinnerung der älteren Generationen, die durch Krieg und Besatzung,

Gefangenschaft und Deportation, Kämpfe und Trauer zutiefst gezeichnet wurden. Von Generation zu Generation weitergegeben, von Gefühlen und Leid beladen, ist dieses Gedächtnis allerdings keineswegs auf die Erinnerung an Feindseligkeiten und Demütigungen, an Hass und Rache beschränkt, sondern häufiger, als man glaubt, mit der Entdeckung des Gegners in seiner Menschlichkeit verbunden – sei er, wie im „Schweigen des Meeres“ von Vercors, der zivilisierte Besatzer, für den man sich jedoch aus Patriotismus und Würde die geringste Sympathie verbietet, oder, im Gegenteil, in der „Großen Illusion“ von Renoir, die Bäuerin aus dem Schwarzwald, deren Mann in Douaumont gefallen war, die geflohene französische Kriegsgefangene aufnimmt und schützt und in die sich Jean Gabin verliebt. Für die jüngeren Generationen ist diese Erinnerung vielmehr die der Ferienaufenthalte und Jugendlager, der Partnerschaften und des Schüleraustauschs, der Begegnungen und Freundschaften, vor allem in der Bundesrepublik, jedoch auch in der ehemaligen DDR; sie besteht aus neuen Wahrnehmungen, gewonnen durch diese zahlreichen Erfahrungen, aber auch aus der kritischen Lektüre, der Relativierung und Umstrukturierung der von den früheren Generationen ererbten Bilder im Lichte der Erfahrungen der Gegenwart; sie ist vor allem die von 55.000 französisch-deutschen Paaren, die zwischen 1963 und 1991 zusammenfanden, diejenige ihrer Familien und mehr noch ihrer Kinder, die juristisch zweistaatlich und kulturell zweisprachig sind und, jeder auf seine Weise, im Alltagsleben Identitäten und Verhaltensweisen erfinden, die das Beste der jeweiligen Tradition, deren Erben sie sind, integrieren.

III. Gemeinsame Gegenwart und Zukunft

Der Erfolg der seit etwas mehr als fünfzig Jahren angestrebten deutsch-französischen Versöhnung war so ungewöhnlich groß, dass man fast die Bedingungen vergessen hat, unter denen sie begann, die Vielzahl von Bemühungen und die Wunder an Begeisterung und Willen, die sie möglich machten, die wahre Revolution der Meinungen und Verhaltensweisen, die sie bewirkte. Sie hat nunmehr das natürliche Aussehen der Dinge angenommen, die selbstverständlich zu sein scheinen, so dass man schließlich für einen Gemeinplatz hält, was in Wirklichkeit einer scheinbar unausweichlichen

Fatalität abgerungen wurde. Um dieser einmaligen Beziehung – in der Geschichte wie in der Gegenwart – neues Leben und neuen Sinn zu geben, sollten wir da nicht vorrangig genau zu ermessen trachten, welches vielfältige Erbe auf uns gekommen ist? Dank ihrer ineinander verflochtenen Geschichte, ihrer geteilten Gedächtniskulturen und ihrer gegenwärtigen Versöhnung haben Deutsche und Franzosen ein außerordentliches Kapital an Erinnerungen, an Praktiken und Erfahrungen, an gegenseitigem Sichergängen und Sichdurchdringen, an Verbundenheit und Solidarität erworben, das nirgendwo anders seinesgleichen findet. Dieses Kapital verpflichtet die Gegenwart und die Zukunft, und es wäre dringend nötig, es in seinen wahren Dimensionen zu erfassen, und sei es nur, um es nutzbringend einzusetzen und einen höheren Gewinn aus ihm zu ziehen. In ihrem Verhältnis zur Vergangenheit sind und bleiben Franzosen und Deutsche, wie im übrigen auch auf den meisten anderen Gebieten, – zum Glück – grundverschieden. In ihrer Nähe und Differenz sind sie aber füreinander das geworden, was man mangels eines besseren Ausdrucks „vertraute Fremde“ oder, um ein deutsches Wort aufzugreifen, „fremde Freunde“ nennen könnte.

Dass diese wechselseitige Verflechtung und Abhängigkeit keineswegs eine abstrakte Idee ist, sondern handfeste Realität, ja dass sie sogar noch zunimmt – davon zeugen auch Zahlen und Fakten aus dem wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Bereich. Zu nennen sind hier nicht nur die so genannten „Leuchttürme“ des deutsch-französischen Austauschs, wie insbesondere die regelmäßigen Gipfeltreffen der beiden Regierungen, der Austausch von Beamten, das Eurocorps, der äußerst erfolgreiche Fernsehsender Arte und, was die Luft- und Raumfahrtindustrie anbelangt, solche Unternehmen wie die EADS oder Airbus. Verflechtungen und Annäherungen haben sich vielmehr auf wirtschaftlichem Gebiet insgesamt, auf dem der wechselseitigen Wahrnehmungen sowie der Geschichtsbilder herausgebildet. Darauf sei im Folgenden eingegangen.

Was die wirtschaftlichen Verflechtungen anbelangt, sprechen die Zahlen eine mehr als deutliche Sprache. So belief sich im Jahre 2000 die Höhe der Direktinvestitionen Frankreichs in Deutschland auf 29 Mrd. Euro, Deutschlands in Frankreich auf 23 Mrd. Euro. Beim deutschen Außenhandel macht die Höhe des Imports aus Frankreich 9,1% aus, die des Exports nach Frankreich 11%; 17% des französischen Imports wiederum kommen aus Deutschland, 15% des französischen Exports gehen nach Deutschland. Doch

auch die Ähnlichkeiten sind frappierend: Im Jahre 2004 betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland 27.000 Euro, in Frankreich 26.000 Euro; die Arbeitslosenrate erreichte in Deutschland eine Höhe von 10,5%, in Frankreich 9,9%. Auch die Sozialleistungen sind vergleichbar: In Deutschland beliefen sie sich auf 19,4% des Bruttoinlandsprodukts, im Nachbarland auf 18,2%. Und bei den Staatsschulden ist sogar Gleichstand angesagt – in beiden Ländern betragen sie 66% des BIP! Ähnlichkeiten fallen auch ins Auge, wenn man die sektorale Aufgliederung der Wirtschaft betrachtet. So macht der primäre Sektor in Deutschland 3%, in Frankreich 4% der berufstätigen Bevölkerung aus, der sekundäre Sektor in Deutschland 27%, in Frankreich 24%, und der tertiäre Sektor jeweils 70 respektive 72%. Das lässt den Schluss zu, dass sich in beiden Ländern ähnliche wirtschaftliche Strukturen herausgebildet haben, dass sich beide Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten sehr stark angenähert haben und dass sie sich schließlich immer ähnlicher geworden sind. Davon zeugen auch die jährlichen Wachstumsraten zwischen 1991 und 2000, die auf beiden Seiten des Rheins 1,9% betragen.

Und die wechselseitigen Wahrnehmungen von Deutschen und Franzosen? Hier seien die Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage aus dem Jahre 2003 angeführt, bei welcher 1.000 Personen danach befragt wurden, welche Begriffe denn am besten das aktuelle Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich beschreiben. Am höchsten im Kurs standen die Begriffe Partnerschaft, Vertrauen, Solidarität: 52% der Deutschen und 57% der Franzosen votierten für „Partnerschaft“, 22% der Deutschen und 35% der Franzosen für „Vertrauen“, und bei „Freundschaft“ je 48 resp. 34%. Schlecht schnitten hingegen die Begriffe Misstrauen, Rivalität und Unverständnis ab. 18% der Deutschen, 17% der Franzosen sahen die deutsch-französischen Beziehungen durch Misstrauen gekennzeichnet, eine wechselseitige Rivalität beider Länder machten je 7% der Befragten aus, und von Unverständnis sprachen auf deutscher Seite nur noch 4%, auf französischer 5%.

Von einer beginnenden Verflechtung der Geschichtsbilder von Deutschen und Franzosen wiederum zeugt eine weitere repräsentative Meinungsumfrage, die 2003 in 6 europäischen Ländern (Großbritannien, Italien, Spanien, Polen, Deutschland und Frankreich) vorgenommen wurde. Vorgegeben war eine Liste von 28 Namen, darunter de Gaulle, Adenauer, Brandt, Napoleon, Picasso, Chaplin, Königin Victoria, Marx, Goethe, Luther, Co-

lumbus, Karl der Große, Voltaire, Gutenberg, Karl V. usw., und die Frage lautete, welche dieser Persönlichkeiten die europäische Identität am besten verkörpern würde. Als Beobachtung aus den Ergebnissen der Umfrage fiel die Nähe untereinander, ja sogar die fortgeschrittene Verschränkung der Ansichten der „Nachbarn am Rhein“ auf: In ihren Antworten zeichneten sich Deutsche und Franzosen durch den geringsten Prozentsatz an Nicht-Antworten aus. Außerdem repräsentierten sie die zwei Länder mit der größten Annäherung ihres jeweiligen „historischen Pantheons“: Zusätzlich zum gemeinsamen „Stammvater“ Karl dem Großen/Charlemagne sieht man, wie in der Beliebtheitsskala der Franzosen Luther, Gutenberg und Adenauer auf den höheren Plätzen auftauchen, während umgekehrt Voltaire, Napoleon und de Gaulle in der deutschen Liste vergleichbar gut platziert sind. Zwischen keinen anderen Ländern lässt sich eine so weit fortgeschrittene Verschränkung beobachten. Es sieht so aus, als ob in beiden Ländern der durch die deutsch-französische Aussöhnung und Zusammenarbeit bedingte Erfahrungsaustausch zu einem allmählichen Wahrnehmungswandel geführt habe, demzufolge die heutigen Franzosen und Deutschen die jeweilige Vergangenheit des Partnerlandes inzwischen auch als einen Teil ihrer eigenen Vergangenheit akzeptieren, wenn nicht sogar anerkennen.

Der jüngst auf den Markt gebrachte erste Band des deutsch-französischen Geschichtsbuchs ordnet sich in diesem Kontext ein. Die Initiative dazu war im Zusammenhang mit den Gedenkveranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrags im Frühjahr 2003 auf Initiative des Jugendparlaments ergriffen worden. Dieses Projekt wurde von einer gemeinsamen Kommission konzipiert, die aus Historikern beider Länder wie auch Vertretern der deutschen und französischen Bildungsbehörden gebildet wurde. Zwei angesehene Verlagshäuser, Nathan in Frankreich und Klett in Deutschland, setzten das gemeinsam erarbeitete Konzept um. Das Ergebnis dieses gemeinsamen Unternehmens stellt in vielerlei Hinsicht eine Weltpremiere dar. Der erste erschienene Band richtet sich an Schüler der Abiturklasse. Zwei weitere Bände sind in Bearbeitung, um dadurch den ganzen Geschichtsunterricht der gymnasialen Oberstufe abzudecken. Diese Bücher richten sich nach den Lehrplänen der 16 Bundesländer wie auch nach den französischen Lehrplänen. Sie haben die Approbation der Kultusbehörden beider Länder erhalten und können daher als reguläre Schulbücher benutzt werden. Sie liegen in einer identischen Fassung in französischer und deutscher Sprache vor,

bieten ein umfangreiches Quellen- und Dokumentationskorpus, das deutsche, französische und europäische Materialien integriert und durch großformatige Bilddokumente, Karten, Zeitleisten und Schaubilder ein Höchstmaß an visueller Anschaulichkeit erreicht. Dieses neuartige Lehrwerk entspricht den spezifischen Anforderungen der deutschen und der französischen Unterrichtskultur, fördert den Perspektivenwechsel und ermöglicht einen neuen Blick auf die Geschichte der Welt und Europas von 1945 bis heute.

Wenn das deutsch-französische Paar einen Zukunftssinn wieder finden will, der den heutigen Realitäten und den Erwartungen von morgen entspricht, kann es sich nicht damit begnügen, die letzten Relikte der Verirrungen der Vergangenheit zu bewältigen – das Werk der „Versöhnung“ ist Gott sei Dank abgeschlossen und nunmehr vollendet. Deutsche und Franzosen sollten sich auch nicht damit zufrieden geben, die Errungenschaften des Erbes eines halben Jahrhunderts in einer konservativen Haltung zu bewahren. Sie müssten, ganz im Gegenteil, einen qualitativen Sprung herbeiführen, den bilateralen und binationalen Rahmen überschreiten und sich als ein Laboratorium des Experimentierens, der Vorstellungskraft und der Antizipation erweisen, das die Antworten auf die Fragen zu geben vermag, die durch die doppelte Herausforderung des Aufbaus Europas und der Globalisierung gestellt werden. Vorrangig ist, dass Deutsche und Franzosen gemeinsam handeln, um die Herausforderungen der Zukunft zu identifizieren, deren Beantwortung nicht ausschließlich oder mehrheitlich national erfolgen kann; dass sie ihre Erfahrungen konfrontieren, ihre Potentiale vereinigen, Vorteil aus ihren jeweiligen Unterschieden und Stärken ziehen (so, wie sie es schon begonnen haben mit der Deutsch-Französischen Brigade, mit Arte oder Airbus), und dass sie auf diese Weise Vorstellungs- und Erfindungskraft, schöpferischen Geist und Zukunftssinn walten lassen. Nur unter dieser Bedingung können sie ihr außergewöhnliches Kapital, das sie geerbt haben, gewinnbringend nutzen und die Zweifel und Unschlüssigkeiten vermeiden, die sie nur zu oft heimsuchen.

Die Liste dieser nur gemeinsam zu bewältigenden Herausforderungen ist ebenso lang wie allbekannt. Sie soll hier nur cursorisch benannt werden. Die eine Gruppe dieser Aufgaben hat „innenpolitischen“ Zuschnitt und hat mehr zu tun mit der Art und Weise, wie Europa seine Zukunft gestaltet: angefangen von der Lösung der Probleme der Arbeitslosigkeit bis zur

Erfindung einer neuen europäischen Staatsbürgerschaft, über die Reform der Bildungs- Ausbildungs-, und Qualifikationssysteme, die Erfindung einer neuen Stadtpolitik, die Integration der Ausländer, die Suche nach einem neuen kulturellen und religiösen Pluralismus, oder die Fragen des Umweltschutzes. Die andere Gruppe von Aufgaben hat eher „außenpolitischen“ Charakter und betrifft die Beziehungen der Europäischen Union, sei es zum Balkan, zu Russland und zur Türkei, sei es zu den Ländern des Mittelmeerraums, des Vorderen und Mittleren Orients.

Was die Mittel angeht, die eingesetzt werden müssen, um in diesem Sinne voranzukommen, so scheint mir der Anreiz zur Mobilität und zu längeren Aufenthalten im Nachbarland von besonderer Bedeutung zu sein. Diese Aufenthalte sollten nicht allein während der Studien- und Ausbildungsperiode stattfinden, sondern auch während des Berufslebens im engeren Sinne; und zwar, damit die Anzahl an Personen zunimmt, die wirklich bi- oder transnational denken und die fähig sind, sich in beiden Ländern wohl zu fühlen, in einer Kultur wie in der anderen und in dem einen Berufs- und Gesellschaftssystem wie in dem anderen. Hier könnte man sich dem Beispiel der großen multinationalen Unternehmen anschließen, die es ihren Angestellten und mehr noch ihren Führungskräften zur Auflage machen, längere Aufenthalte im Ausland zu absolvieren, und diese dann in der Karriere ihrer Mitarbeiter berücksichtigen. Dieser neue Versuch ist nicht allein Sache der Staaten, sondern ebenso sehr der Regionen und Unternehmen, der Verbände und Berufsvertreter. Er kann realisiert werden durch eine Reform der Schul-, Universitäts- und Berufsausbildungsgänge, in denen der Auslandsaufenthalt die Regel und nicht die Ausnahme sein muss; er ist zu verwirklichen durch eine Reform der beruflichen Aufstiegswege, indem der Auslandsaufenthalt positiv angerechnet wird, statt – wie noch allzu oft – ein Handicap zu Karrierebeginn darzustellen. Eine ambitionierte und konzentrierte Sprachenpolitik kann wirkungsvoll sein, die, nach niederländischem Beispiel, die Beherrschung von drei Sprachen (der eigenen, des Englischen und respektive des Französischen oder des Deutschen) zum Ziel hat. Ein neuer Anlauf setzt schließlich auch eine Reform der Rechtssysteme voraus mit dem Ziel, wahrhaft deutsch-französische Institutionen zu schaffen, in denen die Beiträge jedes Partners integriert und nicht einfach nebeneinander gestellt werden, wie dies heute zumeist der Fall ist.

Im Gegensatz zu dem, was hier und dort zuweilen geraunt wird, ist das deutsch-französische Tandem fähig, eine neue Zielsetzung und eine neue Zukunftsperspektive zu finden. Es hat seine Möglichkeiten keineswegs erschöpft – und es kann noch viele Dienste leisten; von ihm hängt u. a. der erfolgreiche Aufbau Europas ab, der dessen Zerfall vermeidet und der die gemeinsame Führerschaft Frankreichs und Deutschlands in der Europäischen Union aufrechterhält – wenn sich denn beide sich ihrer würdig erweisen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Deutschland und Frankreich jedoch imstande sein, Ehrgeiz, Vorstellungskraft und Bescheidenheit zu entwickeln. Drei Bedingungen sind dafür erforderlich: Man muss das Sprachenproblem ernst nehmen; man muss sich zu seinen Unterschieden bekennen und sie als Chance und Herausforderung begreifen, statt sie zu verschleiern, und man muss sich dessen bewusst sein, dass die deutsch-französische Zweierbeziehung nur dann einen neuen Sinn erhält, wenn man aufhört, diese als Selbstzweck aufzufassen und sich in eine bilaterale Rückzugsstellung zu begeben. Man muss bereit sein anzuerkennen, dass sie nur ein Mittel ist und dass sie ihre Bestimmung dann am besten findet, wenn sie sich selbst überschreitet. Knapp 200 Jahre nach der eingangs erwähnten Begegnung zwischen Goethe und Napoleon deutet vieles darauf hin, dass Geschichte und Erinnerung nun endlich soweit sind, Deutsche und Franzosen, nachdem sie sie lange Zeit zu Gegnern gemacht und gespalten haben, einander näher zu bringen.

Wolfram Vogel

Die Rolle Deutschlands und Frankreichs für die Europäische Verfassung*

Spielen Deutschland und Frankreich eine Rolle für die Europäische Verfassung? Der Titel unterstellt, dass beide Länder, wenn sie denn als deutsch-französisches Paar auftreten, eine Rolle für den Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) spielen. Nun hat die französische Bevölkerung den VVE im Referendum vom 29. Mai 2005 abgelehnt, und Deutschland hat ihn ratifiziert. Der französischen Regierung fehlt seit diesem Votum die Legitimität, sich auf europäischer Ebene für den Erhalt des VVE einzusetzen, so wie er am 29. Oktober 2004 in Rom von den 25 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet worden ist. Angesichts dieses elementaren Unterschieds könnte man geneigt sein, die Frage mit nein zu beantworten. Doch ganz so einfach ist es nicht, denn der Titel unterstellt zweitens, daß Deutschland und Frankreich in Europa eine besondere Rolle spielen, eine Rolle, die sich in vielfältiger Weise von anderen bilateralen Verhältnissen in der EU unterscheidet, und zwar fundamental unterscheidet. Es wird somit, um die Frage zu beantworten, in drei Schritten vorgegangen. Zunächst wird die besondere Bedeutung Deutschlands und Frankreichs für den europäischen Integrationsprozess beleuchtet, das Fundament systematisch herausgearbeitet, auf dem dieser Bilateralismus eigentlich basiert. In einem zweiten Schritt werden exemplarisch die deutsch-französischen Impulse im EU-Konvent betrachtet, der den Verfassungsvertrag ausgearbeitet hat. Im dritten Schritt werden Perspektiven aufgezeigt, wie sie sich nach dem gescheiterten Referendum in Frankreich für ein deutsch-französisches Agenda-Setting im Blick auf die Europäische Verfassung ergeben.

* Vortrag gehalten am 20. Juli in der Michaeliskirche zu Erfurt.

I.

Seit der Frühen Neuzeit hatten Deutschland und Frankreich über zwanzig Kriege gegeneinander geführt, von denen die letzten drei (1870/71 und die beiden Weltkriege) sich tief in das kollektive Bewusstsein beider Länder eingegraben hatten. Eine der herausragenden Leistungen der Nachkriegszeit bestand in der Überwindung des feindlichen Gegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich, in der Umwandlung eines konfliktbeladenen Verhältnisses in eine konstruktive Zusammenarbeit.¹ Die erfolgreiche Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich fand durch den Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 gewissermaßen ihre symbolische Krönung, er besiegelte in feierlicher Form die deutsch-französische Partnerschaft. Dabei ist immer unterschätzt worden, wie sehr die Aussöhnung von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst war. Der wichtigste bestand in den neuen internationalen Rahmenbedingungen nach 1945: Die zukünftigen bilateralen Beziehungen würden unweigerlich im Schatten des bipolaren Systems der Weltmächte stehen, ein System, welches das deutsch-französische Verhältnis in seiner Konfliktbeladenheit entschärfte, ja es in gewisser Hinsicht überlagerte. Vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts setzte sich allmählich das Konzept der Sicherheitspartnerschaft durch, ein Konzept der kooperativen Einbindung Deutschlands in den Westen, genauer: durch die Einbindung Westdeutschlands in die NATO und in den europäischen Integrationsprozess. Die Verknüpfung von deutsch-französischer Annäherung und europäischer Integration wurde erstmalig im Jahre 1950 offenkundig, als der französische Außenminister Robert Schuman das Konzept der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorlegte. Die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion sollte unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde gestellt werden, die bindende Entscheidungen treffen kann und anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht. Es handelte sich hiermit faktisch um die Transformation des deutsch-französischen Konflikts durch europäische Integration. Hiermit war ein erster Pfeiler der deutsch-französischen Zusammenarbeit gelegt worden.

1 Vgl. zu den folgenden Ausführungen Wolfram Vogel, „Die deutsch-französischen Beziehungen“, in: Kimmel, Adolf/Uterwedde, Henrik (Hrsg.), *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft* (Lehrbuch), Wiesbaden 2005, S. 418–436.

Dennoch war die Interessenlage gänzlich verschieden: Ging es Frankreich wesentlich um sein Sicherheitsinteresse, um die Kontrolle und Einbindung Deutschlands, sowie auch um eine Führungsrolle Frankreichs in der Europapolitik, so ging es Deutschland um die Rückgewinnung seiner Souveränität – nicht mehr Objekt der Besatzungsmächte sondern Subjekt europäischer Einigungspolitik zu sein. Dieses erste Beispiel zeigt bereits, dass gegensätzlich gelagerte Interessen gemeinsames Handeln nicht ausschließen.

Der zweite Pfeiler ist gewiss der Elysée-Vertrag von 1963, dessen Vorgeschichte ein weiteres Mal unterschiedliche Positionen zum Ausdruck bringt. Während de Gaulle mit dem Vertrag nicht nur einen Aufbruch zu einem vereinigten Europa unter französischer Führung anvisierte, sondern auch Hoffnungen auf eine politisch-strategische Abgrenzung zu den USA hegte, sah Adenauer in ihm den Abschluss einer Lebensaufgabe: die Deutschen ein für allemal an Westeuropa zu binden. Zudem wurde der Vertrag in Deutschland erst ratifiziert, als er mit der berühmten Präambel ausgestattet war, welche die transatlantischen Beziehungen der Bundesrepublik dadurch nicht beeinträchtigt sehen wollte, was damals nach de Gaulles Auffassungen den Vertrag entleerte.

Trotz der divergierenden Ziele, die Adenauer und de Gaulle mit dem Elysée-Vertrag verfolgten, zeigte dieser für die folgende Phase die Möglichkeit eines produktiven Umgangs mit diesen und weiteren Divergenzen auf. Man kann zugespitzt sagen, dass von Anfang an das deutsch-französische Verhältnis repräsentativ für die unterschiedlichen Positionen in der EWG sein würde. In die Zukunft projiziert bedeutete es damals, dass nach der Aussöhnung der gemeinsame Wille zur Kooperation ausschlaggebend sein würde, und nicht notwendigerweise die gemeinsame Vision. Im weiteren Verlauf der europäischen Integration würde deutlich werden, dass unterschiedliche Vorstellungen von einer europäischen Institutionenordnung keinen Hinderungsgrund für gemeinsames Handeln darstellen. Die Permanenz gemeinsamer Handlungen, so ließe sich thesenartig formulieren, führte vielmehr zu einer Annäherung an eine gemeinsame – oder treffender gesagt: gleichgerichtete – Idee von der institutionellen Ordnung der EG. Dies wird insbesondere bei den verfassungspolitischen Konventsvorschlägen erkennbar, die wir unten betrachten (II.). Gemeinsames Handeln aber bedarf in der Regel einer rechtlichen Grundlage, wenn man Handeln verbindlich machen will. Diese rechtliche Grundlage war der Elysée-Vertrag, und er ist es auch heute noch.

Der Zeitabschnitt, der nach der Verabschiedung des Elysée-Vertrags begann, kann als Phase der organisierten Zusammenarbeit bezeichnet werden, als institutionalisierte Kooperation.² Die institutionalisierte Abfolge der regelmäßigen Gipfeltreffen hat zu einem Beratungsmechanismus geführt, der eine ständige Konzertierung deutscher und französischer Akteure erforderlich machte. Der Zwang zur „concertation“ beider Länder, zur Abstimmung in wichtigen Fragen, war über lange Zeit hinweg zu einem Erfolgsgaranten geworden. Dies wiederum hat Vertrauen geschaffen. Ausschlaggebend dabei war, dass beide Partner aus den Belastungen der gemeinsamen Geschichte heraus ein Bewusstsein für ihre gemeinsame Verantwortung für Europa gewonnen haben. Wo immer es möglich war, wurde nach deutsch-französischen Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkten für Kooperation und Austausch gesucht – gewiss phasenweise in unterschiedlich starkem Ausmaß. Diese institutionalisierte Kooperation war es, die nach dem historischen Aussöhnungsprozess zwischen beiden Ländern eine privilegierte Sonderbeziehung entstehen ließ, welche eine zentrale strategische Bedeutung für ihre Außen- und Europapolitik bekommen sollte. Sie besaß klaren Vorrang gegenüber bilateralen Beziehungen mit anderen EU-Partnern.

Ein wesentlicher Grund, der die deutsch-französische Partnerschaft so produktiv macht, liegt in ihrem Umgang mit Divergenzen, der von einer starken Kompromissfähigkeit zeugt. Eine ganze Reihe von Unterschieden erklärt diese Divergenzen in den Ausgangspositionen, ganz gleich, um welches Politikfeld es sich handelt: Unterschiede im Verständnis von Außenpolitik, im Verständnis der Rolle des Nationalstaats in der EU, in der Frage, was die EU in Zukunft sein sollte, Unterschiede in den Sicherheitskonzepten (Integration vs. Unabhängigkeit), im jeweiligen Verständnis von militärischer und ziviler Gewalt, in ihrer ungleichen Abhängigkeit von amerikanischen Sicherheitsgarantien, Unterschiede im Verhältnis zur NATO, zu den Vereinten Nationen, Unterschiede in ihrem Status als Atomstreitmacht und schlussendlich Unterschiede in den rechtlichen und politischen Zwängen in der Außen- und Sicherheitspolitik mit Blick auf Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets.³ Der

2 Vgl. hierzu die neueren Forschungsbeiträge in dem Band von Defrance, Corine u.a. (Hg.), *Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen*, München 2005; zur Vielschichtigkeit der institutionellen Verflechtung vgl. Cole, Alistair, *Franco-German Relations*, London 2001, Kap. 2 und 3.

3 Vgl. Krotz, Ulrich, *National role conceptions and foreign policies: France and*

produktive Umgang mit diesen und anderen Divergenzen hat sich stets als effizient für den europäischen Integrationsprozess erwiesen und bedeutete damit auch eine Fähigkeit zu ressortübergreifender politischer Führung. Diese Fähigkeit der Regierungen zum produktiven Umgang mit Divergenzen musste sich allerdings täglich neu bewähren. Hierauf lässt sich folgende These formulieren: Gerade weil die Ausgangspositionen der deutschen und französischen Seite so häufig auseinander lagen, hat die Zusammenarbeit beider Staaten eine Schlüsselrolle für den Fortgang der europäischen Integration erhalten. Hatten Deutschland und Frankreich eine gemeinsame Linie entwickelt, fiel es den anderen EU-Staaten leichter, sich dieser Linie anzuschließen. Dabei sagt die Dimension eines europäischen Dossiers nichts darüber aus, ob ein Kompromiss sich finden lässt oder nicht.

Hieraus erwuchs eine Motorenrolle des deutsch-französischen Tandems, die es bei genauerem Hinsehen in vielen, aber nicht in allen Politikfeldern wahrnehmen konnte. Der eher „funktionale Mythos“ dieser Motorenrolle, der durchaus tiefer liegende Divergenzen auch verdecken konnte, ist dabei unbestritten.⁴

In der Vergangenheit gelang dies am ehesten noch in Bezug auf die großen europäischen Weichenstellungen der Integrationsentwicklung – Vertiefung der Integration, Ausweitung der Tätigkeitsfelder, zentrale finanzielle Kompromisspakete zwischen den Mitgliedstaaten, vor allem im Rahmen von Regierungskonferenzen zur Vertragsschließung und -änderung (Europäisches Währungssystem 1979, Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion 1992/Maastricht). Diese Motorenrolle aber begann sich im Verlauf der neunziger Jahre zu relativieren, die Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen nahm ab und wurde erst Ende 2002 nachhaltig wiederbelebt.

Germany compared, Harvard Working paper 01/3, Minda de Gunzburg Center for European Studies, Cambridge/Mass. 2001.

- 4 Vgl. hierzu noch immer grundlegend Picht, Robert/Uterwedde, Henrik/Wessels, Wolfgang, „Deutsch-französischer Bilateralismus als Motor der europäischen Integration: Mythos oder Realität?“, in: Picht, Robert/Wessels, Wolfgang (Hg.), *Motor für Europa? Deutsch-französischer Bilateralismus und europäische Integration/Le couple franco-allemand et l'intégration européenne*, Bonn 1990, S. 17–31.
- 5 „Die deutsch-französische Freundschaft im Dienste einer gemeinsamen Verant-

II.

Im Vorfeld der Ausarbeitung des VVE durch den Europäischen Konvent ist der deutsch-französische Motor aus den unterschiedlichsten Richtungen für tot erklärt worden. Seit der Regierungskonferenz von Nizza (Dezember 2000), wo die Debatte um die Stimmengewichtung im Ministerrat ein machtpolitisches Ränkespiel in der EU kaschierte, war das deutsch-französische Verhältnis abgekühlt. Es ließ ebenso deutlich werden, daß die deutsche wie französische politische Elite das Thema ‚Zukunft der EU‘ erstaunlich eindimensional reflektierten: ausschließlich in institutionellen Kategorien, hier und da mit Hinweis versehen, man müsse erst die Institutionen reformieren, um dann die Erweiterung zu erörtern. Es konnte kaum verdecken, dass seit dem Ende des Ost-West-Konflikts Deutschland und Frankreich versäumt haben, eine gemeinsame Strategie der Osterweiterung zu entwickeln. Sie hat es nie gegeben.

Dann auf einmal ging es Schlag auf Schlag: Nur wenige Wochen nach den Bundestagswahlen 2002 einigten sich Berlin und Paris auf einen Kompromiss über die Fortführung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Kurz darauf fand sich ihre gemeinsame Position zum Zeitplan der Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei weitestgehend in den entsprechenden Beschlüssen des Europäischen Rats von Kopenhagen wieder. Im EU-Konvent (er tagte von Februar 2002 bis Juli 2003) folgten insgesamt vier deutsch-französische Initiativen: zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, zur Ordnungspolitik und zur institutionellen Architektur der Union. Und schließlich folgte noch das 40jährige Jubiläum des Elysée-Vertrags im Januar 2003, mit einer „Gemeinsamen Erklärung“⁵, welche eine Reihe neuer Impulse vorsah.

Betrachten wir die vier Konventsinitiativen im einzelnen. Es ist bezeichnend, dass der erste gemeinsame Vorschlag zum Politikfeld der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingebracht wurde, denn nirgends waren die konzeptionellen Unterschiede größer als im verteidigungs- und si-

wortung für Europa“, abgedruckt in: *Internationale Politik* 4/2003, S. 67–74.

6 Vgl. den Schlussbericht der Gruppe „Verteidigung“, [http://register.consilium.](http://register.consilium.eu.int/pdf/de/02/cv00/00461d2.pdf)

cherheitspolitischen Bereich. Es ließe sich fast behaupten, dass seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 – eine französische Initiative mit deutsch-französischer Dimension – die Verteidigungspolitik der Zankapfel schlechthin gewesen ist, da die mit ihr verbundenen Konzepte das Herz nationaler Souveränität und Identität berühren. Für Frankreich sollte die sicherheitspolitische Dimension des europäischen Einigungsprozesses stets dem Ziel dienen, von den USA unabhängige Strukturen aufzubauen; der Bundesrepublik hingegen ging es stets darum, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken und mehr Einfluss auf den Entscheidungsprozess im Bündnis zu gewinnen. Im Blick auf die institutionelle Ausgestaltung der ESVP setzte sich Frankreich traditionell für intergouvernementale Organisationsformen ein; Deutschland hingegen, in Neubegründung einer Tradition der Selbsteinbindung in EG und NATO, favorisierte den gemeinschaftlichen Ansatz.

In ihrer Konventsinitiative schlagen sie nun vor, das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit auch für die ESVP nutzbar zu machen: Einer Gruppe von Mitgliedstaaten solle es erlaubt sein, eine verstärkte Zusammenarbeit zu entwickeln, die den übrigen Mitgliedstaaten bzw. der gesamten Union offen steht. Dieser Beschluss soll auch von weniger als acht Mitgliedstaaten (so noch im Nizza-Vertrag) durch eine qualifizierte Mehrheit aufgelöst werden können. Als Anwendungsbereiche werden vorgeschlagen: multinationale Streitkräfte mit integrierten Führungskapazitäten, die Entwicklung militärischer Fähigkeiten sowie einer europäischen Rüstungspolitik inklusive einer europäischen Rüstungsagentur. Es wird im Ganzen die Schaffung eines europäischen Rüstungsmarktes angestrebt.

Wie ist diese Initiative zu bewerten? Die wesentlichen Vorschläge wurden in den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Verteidigung im Konvent übernommen.⁶ Im Verfassungsentwurf, wie er am 20. Juni 2003 dem Europäischen Rat überreicht wurde, findet sich das einzurichtende Europäische Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten wieder. Im Bereich der gemeinsamen Verteidigungspolitik werden zwei neue Differenzierungsinstru-

[eu.int/pdf/de/02/cv00/00461d2.pdf](http://register.consilium.eu.int/pdf/de/02/cv00/00461d2.pdf); vgl. zum Folgenden auch Koopmann, Martin, „Leadership oder Krisenmanagement? Kommentar zu den deutsch-französischen Europainitiativen“, in: *Dokumente* 2/2003, S. 19–34.

7 Vgl. den Abschlussbericht der Gruppe „Freiheit, Sicherheit und Recht“,

mente eingeführt: Zum einen sieht der Verfassungsentwurf eine „strukturierte Zusammenarbeit“ der Staaten vor, die „anspruchsvollere Kriterien“ in Bezug auf ihre militärischen Fähigkeiten erfüllen. Wie diese strukturierte Zusammenarbeit aussieht, ist im III. Verfassungsteil niedergelegt. Zudem besteht künftig die Möglichkeit einer „engeren Zusammenarbeit“ auf dem Gebiet der gegenseitigen Verteidigung.

Bilanziert man diese Initiative, so ist die weitgehende Umsetzung des deutsch-französischen Vorschlags zur ESVP tatsächlich als ein qualitativer Fortschritt zu werten, da die verstärkte Zusammenarbeit vor allem eine flexible Krisenkooperation ermöglicht. Die Initiative ist von ihrem Charakter her gemeinschaftlich, doch zur Herbeiführung der verstärkten Zusammenarbeit bei militärischen Operationen durch eine Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit konnte sich die französische Regierung nicht durchringen. Ebenso wird die Abschaffung des Vetorechts beim Einsatz militärischer Mittel noch auf sich warten lassen. Auch Deutschland war hierzu nicht bereit. Will Europa als internationaler Akteur ernst genommen werden, wird es sich jedoch genau daran messen lassen müssen: im Konfliktfall militärisch handeln zu können.

Eine Woche später warteten Deutschland und Frankreich mit einer zweiten gemeinsamen Initiative auf, und zwar zum „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, also das was die so genannte dritte Säule ausmacht, nämlich polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit. In den letzten Jahren sind auf diesem Gebiet einige Fortschritte erzielt worden. Vor allem in der Asyl-, der Einwanderungs- und Visapolitik wurden entsprechende Bestimmungen von der dritten in die erste Säule übernommen und hierdurch die Grundlagen für eine schrittweise Vergemeinschaftung gelegt. Die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen verblieb jedoch in der dritten Säule, und damit ein Kernbereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Gleichwohl darf man nicht die Tatsache aus dem Blick verlieren, dass Justiz und Strafverfolgung einen klassischen Bereich staatlicher Souveränität darstellen, welche Staaten kaum gewillt sind abzugeben. Selbst an den EU-Binnengrenzen bestehen nach wie vor Hürden, beispielsweise bei der grenzüberschreitenden Nacheile: an der deutsch-französischen Grenze

darf die deutsche Polizei zwar einen Bankräuber im Auto verfolgen (was die französische Seite verbieten kann), sie hat aber kein Festhalterecht.

In ihrer Initiative präsentieren Deutschland und Frankreich Regelungen für die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft und plädieren für den Ausbau von Europol zu einem europäischen Strafverfolgungsorgan. Das materielle Strafrecht soll nach deutscher Auffassung dergestalt harmonisiert werden, dass sich auf Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen beschränkt wird. Für Frankreich steht die Schaffung eines gemeinsamen Sockels von Vorschriften zu den Bestandteilen der Straftaten und Sanktionen im Vordergrund. (Also: ein gemeinsamer Vorschlag muss nicht immer ein gleichgerichteter sein!). Der EuGH soll künftig von der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit nicht mehr ausgeschlossen sein.⁷

Es stellt einen Fortschritt dar, dass – wie bereits in Nizza vorgesehen – die Anwendung von Mehrheitsentscheidungen auf die Bereiche Visa, Asyl, Einwanderung und Personenkontrollen an den Außengrenzen ausgedehnt werden soll. In „sensiblen Kernbereichen“ (sie sind nicht weiter präzisiert) wurde jedoch gänzlich an der Einstimmigkeit festgehalten. Defizitär ist an den Vorschlägen, so wie sie in den VVE Eingang gefunden haben, das Maß an demokratischer Legitimation, insbesondere durch ein nur marginales Mitbestimmungsrecht des Europäischen Parlaments. Konkret bestimmt der Ministerrat einstimmig nach Anhörung des EP. Die nationalen Parlamente sind hingegen in die politische Kontrolle von Europol mit einbezogen.

Die Wirtschafts- und Ordnungspolitik war das Thema der dritten deutsch-französischen Initiative. Das Motiv ist darin zu sehen, dass die Einführung des Euro, die Erfahrung mit der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken seit einigen Jahren und der Beitritt neuer Mitglieder zur EU die Notwendigkeit unterstrichen, die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in Europa, vor allem in der Euro-Zone zu stärken. Allerdings soll dies wesentlich über eine institutionelle Aufwertung der bereits bestehenden Kooperationsgremien geschehen, vor allem dem Eco-Fin-Rat, der stärker die Wirtschaftspolitik in der Eurozone koordinieren sollte. Die Regularien des Stabilitätspaktes sollen hierbei nicht angetastet werden; die Kommission wird dergestalt

<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/02/cv00/00426d2.pdf>

8 Vgl. den Abschlussbericht der Gruppe Ordnungspolitik unter <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/02/cv00/00426d2.pdf>

gestärkt, dass ihr die alleinige Zuständigkeit für das Frühwarnsystem zugesprochen wird. Darüber hinaus wird in dieser Initiative ein einheitlicher Sitz der EU in internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF gefordert, um ihr Gewicht als Einzelakteur zu erhöhen.⁸

Dass sich keine Hinweise auf veränderte Regularien des Stabilitätspaktes finden, wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre, verwundert kaum. Obwohl beide Länder sich angesichts ihres Schuldenstandes seit Jahren schon in Konflikt mit der Kommission befinden, sind die Ausgangspositionen sehr unterschiedlich: Frankreich konnte trotz einer besseren Konjunkturerholung als in Deutschland aufgrund laxer Haushaltspolitik (Steuersenkungen, Erhöhung des Verteidigungshaushalts) in den letzten Jahren ein übermäßiges Defizit nicht vermeiden. Berlin hingegen ist es trotz strenger Sparpolitik wegen der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung nicht gelungen, das Defizitkriterium einzuhalten.⁹ Aber eine Stellungnahme zur Flexibilisierung des Paktes sucht man in der gemeinsamen Initiative vergebens.

Die vierte und letzte gemeinsame Initiative – zum institutionellen Aufbau der EU – kam genau eine Woche vor dem 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags und sollte nachdrücklich dokumentieren, wie weitreichend Deutschland und Frankreich in der Lage sind, europapolitische Impulse zu geben.

Es ist eine simple Feststellung, dass die Debatte um die zukünftige Architektur der EU in jedem Land von der jeweiligen nationalen Verfassungstradition geprägt ist. Deren Leitbilder werden als Verfassungsideen auf die europäische Ebene übertragen. Das heißt: Das eigene politische System hat „normative Orientierungsfunktion“ für die weiter zu entwickelnden europäischen Institutionen. Verfassungsideen spielen also eine zentrale Rolle für die institutionelle Weiterentwicklung der EU.¹⁰ In Deutschland führt die gegenseitige Verzahnung von Parlament und Regierung zur Übertragung dieser Idee auf die europäische Ebene: so wie der Bundeskanzler aus dem Parlament hervorgeht, soll der Kommissionspräsident vom EP gewählt werden. Führt

consilium.eu.int/pdf/de/02/cv00/00357d2.pdf

9 Zum Ringen um den Stabilitäts- und Wachstumspakt vgl. Vogel, Wolfram, „Neue Dynamik im alten Europa. Deutsch-Französische Beziehungen zwischen Jubiläum und Osterweiterung der EU“, in: *Aktuelle Frankreich Analyse* Nr. 19, Februar 2004, S. 7–9.

10 Grundlegend hierzu Jachtenfuchs, Markus, *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*, Baden-Baden 2002.

11 Vgl. Deutsch-französischer Beitrag für den Europäischen Konvent um institu-

man sich vor Augen, dass Deutschland in der Tradition eines starken Parlamentarismus steht, scheint es selbstverständlich, dass die Bundesregierung auch das EP gestärkt sehen will. Frankreich hingegen ist traditionell Anhänger einer starken Exekutive, weswegen insbesondere die Kommission unter stärkere Aufsicht des Ministerrats zu stellen sei. Dieser bleibt für Frankreich das zentrale Organ der EU, neben dem das EP gerade nicht gleichberechtigt sein soll (das EP wurde lange Zeit auch *assemblée européenne* genannt). Zudem kennt Frankreich die wohl prägendste Institution des französischen Verfassungslebens, nämlich den Staatspräsidenten, der als Oberhaupt die großen strategischen Orientierungslinien vorgibt, sofern er eine Mehrheit im Parlament besitzt. Dass der Europäische Rat in Zukunft einen Präsidenten erhält, ist gewiss eine französische Idee.

Deutschland und Frankreich standen bis dato – *ceteris paribus* – für zwei unterschiedliche Ordnungskonzepte europäischer Integration: dem vorwiegend von Deutschland und den kleineren Mitgliedstaaten vertretenen gemeinschaftlichen Ansatz und dem von Frankreich und Großbritannien geförderten intergouvernementalen Prinzip. War vor diesem Hintergrund ein wirklich innovativer Entwurf zu erwarten?

Innovativ war in diesem Vorschlag die „Doppelspitze“, also die Koexistenz eines neu zu schaffenden hauptamtlichen Vorsitzenden des Europäischen Rates mit dem vom Europäischen Parlament gewählten EU-Kommissionspräsidenten. Mit einem auf zweieinhalb Jahre gewählten Ratspräsidenten wird der halbjährlichen Rotation ein Ende gesetzt, wodurch die Hauptaufgabe des Europäischen Rats, die Festlegung der allgemeinen politischen wie strategischen Prioritäten, an Kontinuität und Kohärenz gewinnt. Die EU soll von ihm auf höchster Ebene nach außen vertreten werden. Die zentrale Kritik am Vorschlag der „Doppelspitze“ bestand nun darin, dass sie eine potenzielle Konkurrenz zwischen dem Präsidenten der Kommission und dem des Europäischen Rates mit sich bringen würde. Eine bedenkliche Formulierung im deutsch-französischen Vorschlag wies dem ER-Präsidenten nicht nur die klassischen Vorsitzaufgaben zu – Sitzungsvorbereitung, Leitung der Aufgaben des ER – sondern auch die Funktion, „über die Umsetzung der Beschlüsse zu wachen“.¹¹ Diese Funktion ging schließlich nicht in den Verfas-

tionellen Aufbau der Union, CONV 489/03, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/cv00/cv00489de03.pdf>

12 Vgl. Jabko, Nicolas, „La France face à la Constitution européenne: un héritage

sungsentwurf vom 20. Juni 2003 mit ein – es hätte mit Sicherheit die intergouvernementale Komponente deutlich gestärkt, da die Arbeit des ER eng mit jener des Ministerrats in seinen verschiedenen Formationen verzahnt ist. Um dessen Arbeit effizienter zu machen, wird vorgeschlagen, seine exekutiven und legislativen Aufgaben zu trennen. Exekutivisch wird der Ministerrat insbesondere in den Bereichen der Justiz- und Innenpolitik und der GASP tätig. In seiner Eigenschaft als Gesetzgeber („Rat für Allgemeine Angelegenheiten“) berät und beschließt er gemeinsam mit dem Europäischen Parlament die Gesetze. Das EP wird dadurch aufgewertet, dass jede Ausweitung der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat mit der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments verbunden wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt im deutsch-französischen Vorschlag, der einen deutlichen Gewinn an Handlungsfähigkeit verspricht, ist die Schaffung eines Europäischen Außenministers, der die Ämter des Hohen Repräsentanten für die GASP (bisher Javier Solana) und des Kommissars fürs Außenbeziehungen in Personalunion ausüben soll (sog. Doppelhut). Er soll vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit mit der Zustimmung des Kommissionspräsidenten ernannt werden, innerhalb der Kommission einen Sonderstatus besitzen – nämlich als Vizepräsident der Kommission – und sich auf einen Europäischen Diplomatischen Dienst stützen können (gebildet aus der Generaldirektion Außenbeziehungen der Kommission und einer neu einzurichtenden außenpolitischen Einheit auf Ratsseite). Entscheidend ist, dass Beschlüsse in der GASP „generell mit qualifizierter Mehrheit gefasst“ werden sollen, soweit sie keine militärischen oder verteidigungspolitischen Bezüge aufweisen.

Wie ist nun dieser gemeinsame Vorschlag zu bewerten? Alles in allem ist er höchst ambitioniert. Grundlegend ist festzustellen, dass der deutsch-französische Vorschlag, wie vielerorts behauptet, kein Kompromissvorschlag ist. Häufig liest man, der gemeinsame Vorschlag sei eine Art Synthese zwischen der deutschen und der französischen europapolitischen Denkschule. Bei genauer Betrachtung ist jedoch erkennbar, dass es sich eher um eine Addition der Ausgangspositionen handelte, die viel Raum für Interpretationen ließ. Ein Beispiel ist die GASP: die geforderte qualifizierte Abstimmung im Rat ist nicht erreicht worden, doch kann die Doppelhutlösung zumindest aus deutscher Sicht als ein erster Schritt in Richtung Vergemeinschaftung gewertet werden. Aus französischer Sicht stellt sich das anders dar: der Europäische

Außenminister steht aufgrund seines Ernennungsverfahrens dem ER und seinem Präsidenten näher als dem Kommissionspräsidenten, der durch den Verlust einer Generaldirektion und den Entzug des Initiativrechts in der GASP für die Kommission als Kollegium an Einfluss verliert. Viel wird davon abhängen, wie der erste Europäische Außenminister dieses Amt führt und prägt. Diese gängige Einschätzung ist zwar zutreffend, doch ist letztlich das institutionelle Design dieses Amtes für den Erfolg des Europäischen Außenministers verantwortlich. Und diesem Design ist die Konkurrenz um Entscheidungsbefugnis inhärent. Wer schließlich über die europäische Telefonnummer verfügen wird, wie Henry Kissinger schon vor 20 Jahren fragte, wird sich schlicht noch erweisen müssen – institutionelles Lernen lautet das Stichwort. Was für diesen Vorschlag jedoch gilt, ist, dass er in exemplarischer Weise supranational-integrationistische und intergouvernementale Leitbilder zum Ausdruck bringt. Dies erklärt zumindest, warum sich das Gros dieser hier formulierten institutionellen Vorschläge im Vertrag über eine Verfassung für Europa auch wiederfindet.

Bilanziert man die Vorschläge, so fällt Folgendes auf. Erstens wurden die Verfassungsvorschläge überwiegend in den Bereichen lanciert, die in der EU auf intergouvernementalem Wege geregelt werden und nicht auf gemeinschaftlichem, also im zweiten und dritten Pfeiler der EU. Der Einfluss bilateraler Achsen ist im intergouvernementalen Bereich fast schon per definitionem größer als im gemeinschaftlichen.

Zweitens ist festzustellen, daß Frankreich von seiner alten Interessenlage abrücken musste, d. h. europäische Politik aus nationalem Nutzen zu betreiben, um nun europäische Politik aus europäischem Nutzen zu betreiben. Dieser Politikwandel ist das spannendste Explanandum, wenn man sich vor Augen führt, daß Frankreich noch im Dezember 2000 auf dem Nizza-Gipfel auf die deutsch-französische Stimmenparität im Ministerrat beharrt hatte (bei Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit) und eine Ausweitung der Befugnisse des EP – gerade im Agrarbereich – konsequent ablehnte (obwohl es bei vorherigen Regierungskonferenzen die Ausweitung der Befugnisse des EP bereits stillschweigend akzeptiert hatte). Erklären lässt sich dieser Policy-Wandel mit der Methode des Konvents, der ein Forum darstellte, das die Akteure unter Aushandlungszwänge stellte, die in der klassischen französischen Außen- und Europapolitik – deren große Linien im Elysée vorgezeichnet werden – nicht existieren. Die „Zwänge des Formats“ führten demnach zu

einer Anpassung der französischen Europapolitik.¹² Drittens hat sich auch die Haltung Deutschlands im Blick auf institutionelle Fragen der EU verändert. Prominentes Beispiel ist die Einwilligung zur Schaffung eines permanenten Amtes des Präsidenten des Europäischen Rates, welches die Kommission und ihren Präsidenten durchaus zu schwächen vermag; ein weiteres die Schaffung eines Europäischen Außenministers, dessen institutionelles Design – vor allem durch die Kontrolle des Rates – die Vergemeinschaftung der GASP gerade nicht fördert.¹³ Ein weiterer Grund für den policy-Wandel ist schließlich die deutsch-französische Allianz in der Irak-Krise 2002/2003, die die internationalen Schlagzeilen dominierte. Von beiden Regierungen wurde sie zum Anlass genommen, um – ohne Konsultierung der EU-Partner – sich zum Fürsprecher Europas zu machen, was sie, parallel zu den Vorbereitungen zum 40-jährigen Jubiläum des Elysée-Vertrages, noch enger aneinanderschweißte.

Vergegenwärtigt man sich noch einmal die oben schematisch skizzierten handlungsleitenden Rollenverständnisse in der Außen- und Europapolitik, so ist dieser Wandlungsprozess bemerkenswert. Das Analyseraster, wonach Deutschland prinzipiell der Föderalisierung Europas das Wort redet und ausschließlich auf die Gemeinschaftsmethode setzt, ebenso wie Frankreich prinzipiell im Intergouvernementalen verharre, ist in dieser Schematik nicht mehr zutreffend.

Gleichwohl ist nach wie vor zutreffend, dass es eine eigene Dialektik deutsch-französischer Agenda-Settings in europäischen Belangen gibt, die zunächst von ununterschiedlichen Positionen ausgeht. Der VVE ist das jüngste Beispiel, denn nach dem verlorenen Referendum könnte die Ausgangsposition für ein gemeinsames, deutsch-französisches Vorgehen kaum unterschiedlicher sein. Gleichwohl scheint es selbstverständlich, dass beide Länder eine Kompromisslinie vorzeichnen, auch wenn es noch so schwierig erscheint. Es ist dies ein aktuelles Beispiel für die Pfadabhängigkeit deutsch-französischer Europapolitik. So lassen sich auch Anhaltspunkte für deutsch-französische Kompromisslinien bei der Ratifizierung der Verfassung bzw. ihrer Kernbestandteile finden.

mal assumé“, in: *Critique internationale* n° 29 (2005), S. 135–51 (141).

13 Vgl. Schild, Joachim, „Quelle vision de l’Europe? Les choix institutionnels et politiques de la France et de l’Allemagne“, in: *Allemagne d’aujourd’hui*, N° hors série, Mai 2006, S. 92–103 (95f.)

14 Colonna, Catherine, „6 mois d’action gouvernementale en matière europé-

III.

In keiner amtlichen Verlautbarung hat die französische Regierung ihre Position der Unterstützung des VVE zurückgenommen, doch ist es offenkundig, daß ihr Mandat und Legitimität fehlen, sich für seinen Erhalt einzusetzen. Diesem Umstand ist es geschuldet, dass eine offizielle Linie schwer erkennbar bleibt. Als sicher gilt, dass eine Wiedervorlage des gleichen Verfassungstextes in Frankreich ausgeschlossen ist. Während man in Dänemark nach dem gescheiterten ersten Referendum zum Maastrichter Vertrag sowie in Irland nach dem Nizza-Vertrag spezielle Klauseln vereinbart hatte, die ein zweites Referendum und die Annahme der jeweiligen Verträge ermöglichen, verbietet es die demokratische Tradition Frankreichs, auch einen abgeänderten Verfassungstext den Franzosen vorzulegen.

Was das europapolitische Verhalten Frankreichs angeht, so ist auffällig, dass es spätestens seit Herbst 2005 an europapolitischen Ideen, Vorstößen und Papieren nicht hat fehlen lassen, gleichsam um den Eindruck zu erwecken, es sei alles andere als geschwächt. Im November 2005 stellte Europaministerin Catherine Colonna vier Pfeiler der französischen Europapolitik vor: eine bessere Verzahnung zwischen Paris und Brüssel auf interministerieller Ebene; besserer Einbezug der Bürger und der Sozialpartner in den europapolitischen Prozess; Stärkung der nationalen Position Frankreichs auf EU-Ebene; Vertrauensbildung anhand konkreter Projekte, vor allem in den Bereichen Forschung und Innovation, Energie und innere Sicherheit. Zur europäischen Verfassung: kein Wort.¹⁴

Im Januar war es der Staatspräsident selbst, der zur Zukunft des Verfassungsprojekts Stellung bezog, wobei er sich auf wenige Aussagen beschränkte: die institutionelle Verbesserung auf Basis bestehender Verträge; die Aufwertung der nationalen Parlamente; die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Bereich Justiz und Inneres, die Stärkung des Amtes des Hohen Repräsentanten für die Außenpolitik der Union und die engere Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und sozialen Fragen.¹⁵

enne“ (28.11.2005), unter http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/action_gouvernementale.pdf

15 „Jacques Chirac veut convaincre les Allemands d’appliquer certaines dispositions de la Constitution“, in: *Le Monde* vom 10.1.2006.

16 Abrufbar unter <http://www.u-m-p.org/site/imprimer/ImprimerDiscours.php?>

Auf deutscher Seite wird indessen befürchtet, dass das nun zunehmend lancierte „Europa der Projekte“, dem auch Premierminister de Villepin in der Humboldt-Rede vom Januar 2006 verstärkt das Wort redete, die leise Absicht durchscheinen lässt, einzelne Elemente des VVE schon einmal auf den Weg zu bringen, um so den Bürger besser von Europa zu überzeugen. Die Berliner Rede des Innenministers Sarkozy im Februar 2006 konkretisierte die französische Ansicht zur Zukunft der Verfassung, indem er einen 3-Stufen-Plan entwickelte, auf den er wiederum in seiner Europarede vom 8. September 2006 zurückgriff und die Umsetzung durch Verabschiedung eines „Mini-Vertrages“ fordert.¹⁶ In einem ersten Schritt sollten innerhalb der bestehenden Verträge Teile des VVE bereits angewendet werden. Emblematisch zielt dies auf die demokratischen Rechte und Verfahren, wie die Einführung von Bürgerbegehren und die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, womit eine vertiefte Kooperation erleichtert würde. In einem zweiten Schritt sollten die unstrittigen Bestimmungen des VVE in einem gekürzten Verfassungstext berücksichtigt werden: das Repräsentationserfordernis der doppelten Mehrheit (der Staaten und der Bevölkerung) beim qualifizierten Mehrheitsentscheid; häufigere Anwendung des Mitentscheidungsverfahrens sowie der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit; Anwendung des „Frühwarnsystems“, dessen sich die nationalen Parlamente bedienen können, um über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu wachen; stabile Präsidentschaft des Europäischen Rates sowie der Europäische Außenminister. Die Zusammensetzung der Kommission, die auch durch den VVE nicht zufriedenstellend gelöst ist, sollte durch einen „konzeptionellen Sprung“ neu gedacht werden. Keine Verringerung des Gremiums bei Beibehaltung des Ernennungsmodus, sondern der Kommissionspräsident solle – gleich einem Regierungschef auf nationaler Ebene – sich seine Kommissionsmitglieder selbst aussuchen können, natürlich in Absprache mit den nationalen Regierungen. Schließlich sollte im letzten Schritt eine demokratische Debatte über die Grenzen der EU sowie ihre Finanzierung geführt werden. Diese Debatte könnte mit den Wahlen zum EP 2009 – für die er grenzüberschreitende Listenverbindungen vorschlägt – in die Schaffung eines neuen, demokratisch legitimierten Verfassungskonvents münden, der nach den EP-Wahlen zusammentritt.

IdGrandDiscours=236

Und Deutschland? Die offizielle deutsche Haltung zum VVE ist hingegen schnell erläutert: Kein Aufschnüren des VVE, da er erstens den größtmöglichen europäischen Kompromiss darstellt, der gefunden werden kann, und zweitens der Ratifizierungsprozess weiter läuft. Darüber hinaus hat der VVE festgelegt, dass der Europäische Rat sich mit Frage befasst, wenn vier Fünftel ihn ratifiziert haben (also 20), und in einem oder mehreren Mitgliedsstaaten „Schwierigkeiten bei der Ratifikation aufgetreten“ sind (Art. IV-7, Abs. 4). Hinter vorgehaltener Hand erhofft sich die deutsche Regierung auch neue Impulse und Optionen durch einen Wechsel an der französischen Staatsspitze nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, also am Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Hier liegt denn auch eine mögliche Kompromissformel für ein deutsch-französisches Voranschreiten, das diesmal nicht die Etikette „gemeinsam“ bekommt, sondern „nacheinander“: Deutschland soll im ersten Halbjahr 2007 ein Mandat für einen neuen Vorstoß zur Lösung der europäischen Verfassungskrise erhalten. Dieser neue Lösungsversuch solle dann binnen 18 Monaten, also unter der französischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2008, zu einer Entscheidung gebracht werden. Die Argumente, die beide Seiten anführen werden, sind jetzt schon bekannt: „Ein funktionsfähiges Europa braucht den Verfassungsvertrag“, lautet das eine, das deutsche Argument. Das andere, überzeugendere französische lautet: Im Jahre 2009 wird man belegt haben, daß die EU seit der Osterweiterung, seit fünf Jahren also, ohne Verfassungsvertrag auf der Grundlage von Nizza regiert worden ist. Eine Synthese von möglichen Lösungen steht am Horizont. Sie wird in einen Kompromiss münden, der in etwa heißen wird: „Wir retten die EU-Verfassung, indem wir sie aufschnüren und ihren Kernbestand sichern.“ Auch für Deutschland, heißt das, wird ein „Mini-Vertrag“ akzeptierbar sein. Dass es eine deutsch-französische Synthese sein wird, ist noch nicht erkennbar, aber absehbar.

Autoren



Professor Dr. **Frank Baasner**, geb. 1957, ist Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg (dfi). Er lebte bis 1961 in Paris, bis 1971 in Bonn und bis 1975 in Mons/Belgien. Abitur an der École Internationale du SHAPE. Anschließend Studium der Romanistik, Vergleichenden Literaturwissenschaft und Psychologie an den Universitäten Bonn, Bologna und Tübingen. Kürzere Studienaufenthalte in Perugia, Salamanca und Siena. Promotionsstudium in Paris, Promotion 1986. Assistent an der Universität Erlangen 1986/87 und bis 1989 an der Universität Tübingen. Habilitationsstipendium der DFG 1989-1991 in Madrid. Habilitation 1993, Professor an der Universität Erlangen 1993-1995. Seit 1995 Professor an der Universität Mannheim. Gastprofessuren in Österreich, Spanien und Schweden.



Jean-Luc Bredel, 1948 in Le Havre geboren, ist seit 2004 Direktor des regionalen Kulturministeriums für Provence-Alpes-Côte d'Azur. Studium der Germanistik und Studium der klassischen Gitarre an der Musikhochschule Wien. Bis 1991 Direktor der französischen Kulturinstitute in Kiel, Heidelberg, Innsbruck und Wien, parallel dazu Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten für Kulturmanagement und Politikwissenschaften. Von 1991 bis 1998 Generalkulturdirektor der Stadt Lille und danach bis 2004 Direktor des regionalen Kulturministeriums für das Elsass. Er ist Officier de l'Ordre National du Mérite, Officier de l'Ordre National des Arts et Lettres und Träger des Großen Silbernen Ehrenzeichens der Republik Österreich.

Dr. habil. **Corine Defrance** ist Historikerin am französischen Centre National de la Recherche Scientifique (Institut „IRICE“, Paris). Sie hat insbesondere zwei Bücher über die französische Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945-1955 (Straßburg 1994) und über die Westalliierten und die deutschen Universitäten (Paris 2000) veröffentlicht sowie mit Ulrich Pfeil den Sammelband „Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945-1963-2003“ herausgegeben (München 2005 und Paris 2005).

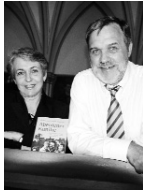


Professor Dr. **Etienne François**, geb. 1943 in Bois-Guillaume. Studium der Geschichtswissenschaft und der Geographie in Nancy und Paris. 1968 Agrégation d'Histoire, 1974 Promotion an der Universität Paris-X. 1970-1979 Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Nancy-II. 1986 Habilitation an der Universität Straßburg. 1979-1986 Leiter der Mission Historique Française en Allemagne (Göttingen), 1986-1989 Professor für Geschichte an der Universität Nancy-II. 1989-2003 Professor für Geschichte an der Universität Paris-I (Panthéon-Sorbonne); seit 2003 emeritiert. 1991/92 Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Anschließend Gründungsdirektor des Centre Marc Bloch. Seit 1999 hat François eine Professor für Geschichte am Frankreich-Zentrum der TU Berlin inne, seit 2001 als dessen Geschäftsführender Direktor. Seit dem 1.10.2005 gehört das Frankreich-Zentrum zur Freien Universität Berlin.



Adam Krzemiński, geb. 1945 in Radecznica in Westgalizien, studierte in Warschau und Leipzig Germanistik. Er gilt als einer der führenden Publizisten Polens. Vorsitzender der deutsch-polnischen Gesellschaft; seit 1973 Redakteur des Nachrichtenmagazins Polityka. Drei Monate lang war er Gastredakteur der Zeit. 1993 wurde ihm die Goethe-Medaille verliehen, 1996 erhielt er den Essayistik-Preis des Polni-

schen P.E.N.-Clubs. Veröffentlichungen u.a.: Polen im 20. Jahrhundert, München 19982; Deutsch-polnische Verspiegelung, Holzhausen 2001. Zahlreiche Publikationen in deutschen Tages- und Wochenzeitungen, Drehbücher für historisch-politische Dokumentarfilme.



Jürgen Liminski, Dipl.info., Dipl.pol., geb. 1950 in Memmingen, studierte Journalismus/Informationswissenschaften (Diplom und Lizentiat) an der Universität von Navarra in Spanien sowie Geschichte und Politische Wissenschaften (Diplom) in Freiburg i.B. und Straßburg. Redakteur bei den Dernières Nouvelles d'Alsace, Straßburg. Zwei Jahre Ressortleiter Außenpolitik bei der Wochenzeitung Rheinischer Merkur, acht Jahre Ressortleiter Außenpolitik bei der Tageszeitung Die WELT. Derzeit Moderator aktueller politischer Sendungen im Deutschlandfunk und ständiger Mitarbeiter mehrerer regionaler Tageszeitungen zwischen Flensburg und Passau sowie im deutschsprachigen Ausland. Bedient regelmäßig rund vier Millionen Leser und Hörer. Zahlreiche Buchbeiträge im In- und Ausland. 2002 erschien das Buch „Abenteuer Familie – Erziehung mit Liebe ist immer ein Erfolg“, das er zusammen mit seiner Frau als Lesebuch verfasst hat. Das Vorwort schrieb Bundesverfassungsrichter a.D. Professor Paul Kirchhof (Sankt Ulrich-Verlag, Augsburg, neue aktualisierte Ausgabe 2004). Das Ehepaar Liminski hat 10 Kinder im Alter von 34 bis 15 Jahren und mittlerweile auch zwei Enkelkinder. Frau Martine Liminski, geb. Le Noxaic, kommt aus der Bretagne und war Direktrice einer Ecole Maternelle in Straßburg. Seit Ende 2005 ist er Geschäftsführer des im selben Jahr gegründeten Instituts Demographie-Allgemeinwohl-Familie e. V. (www.i-daf.org).

Professor Dr. **Andreas Naumann** lehrt seit 1995 an der Fachhochschule Erfurt im Fachgebiet „Grundlagen der Gestaltung“. Von 2001 an war der Berliner vier Jahre Dekan des Fachbereiches Landschaftsarchitektur und Gartenbau. Seit 2005 ist er Prorektor für Studium und Lehre und 1. Stellvertreter des Rektors.

Professor Dr. **Ulrich Pfeil**, geb. 1966, promovierte 1995 im Fach Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg; war bis 1996 Lehrer für Erziehungswissenschaften, Französisch und Geschichte am Gymnasium Bernau (Brandenburg) und anschließend im Rahmen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Lektor für deutsche Sprache und Geschichte am Institut d'Allemand d'Asnières der Universität Paris III (Sorbonne Nouvelle). Seit 2005 ist Pfeil Professor für Deutschlandstudien an der Universität Jean Monnet in Saint-Étienne und Gastwissenschaftler am Deutschen Historischen Institut Paris. Veröffentlichungen u. a. „Comme un coup de tonnerre dans un ciel d'été“. Französische Reaktionen auf den 17. Juni 1953. Verlauf – Perzeptionen – Interpretationen, Berlin 2003; Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990 Köln 2004.



Daniel Vernet, geb. 1945. 1965 Diplom am Institut d'Etudes politiques, Paris. Seit 1973 als Journalist bei Le Monde, Korrespondent in Deutschland, in der Sowjetunion, in Großbritannien. 1983–1985 stv. Leiter des Auslandsdienstes, 1985–1991 Chefredakteur und Redaktionsdirektor, seit 1991 Direktor der „Auslandsbeziehungen“. Mitglied des Redaktionskomitees der Zeitschriften Documents (Paris) sowie Internationale Politik (Berlin). Ausgezeichnet u. a. mit dem „Adenauer-de-Gaulle-Preis“. Publikationen u. a.: L'Amérique messianique - les guerres des néoconservateurs, Seuil 2004. La



Russie de Vladimir Poutine, Les notes de l'IFRI 2002. Novembre 1989, le mur de Berlin s'effondre, Seuil 1999. Le rêve brisé, Chronique des guerres yougoslaves, Odile Jacob 1994. La renaissance allemande, Flammarion 1992 (in deutscher Übersetzung: Was wird aus Deutschland? 1993).



Dr. **Wolfram Vogel**, geb. 1970, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg (dfi). Er studierte Politikwissenschaft, Anglistik und Geschichte an der Universität Mannheim, der Johns Hopkins University in Baltimore, der School for Advanced International Studies in Washington sowie am Institut d'Etudes Politiques in Paris. Er war danach Parlamentsassistent in der Nationalversammlung und promovierte an der Universität Mannheim zum Verhältnis von Demokratie und Verfassung in der V. Republik. Seit 2002 ist er am dfi sowie als Lehrbeauftragter der Universität Stuttgart und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg im Rahmen des Aufbaustudiengangs Master of European Public Administration tätig. Zu seinen Forschungsgebieten zählen die deutsche und die französische Europapolitik, die deutsch-französischen Beziehungen sowie Verfassungsfragen der EU.